

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Über Riesen und Zwerge

Derzeit gilt es als modern und fortgeschritten, von einem Marxismus und Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu sprechen. Viele, die sich dafür erwärmen, möchten tatsächlich auf dem neuesten Stand sein, wobei sie alle nützlichen Erfahrungen einbeziehen und sich nur von Fehlerhaftem oder Überholtem trennen. Andere erfinden das Fahrrad neu. „Up to date“ sein zu wollen, ist berechtigt, zumal jeder weiß, daß es in der revolutionären Theorie und Praxis stets darauf ankommt, sich nicht im Nachtrab der Gedanken oder Ereignisse zu befinden. Wer Neues nicht rechtzeitig wahrnimmt, sieht nur noch den letzten Waggon des einteilenden Zuges der Geschichte. So ist es den um die UdSSR gruppierten sozialistischen Staaten mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ergangen. Wer außerstande bleibt, den Stellenwert der vom Beispiel Kubas beflügelten Umwälzungen in Lateinamerika zu begreifen, befindet sich nicht auf der Höhe der Zeit.

Aufdringliche Hinweise indes, daß jetzt nur noch der Marxismus und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts gültig seien, lassen Falltüren vermuten. Es gibt in unserer Chronik keinen Jahrhundertbruch. Die Pariser Commune, deren Teilnehmer Marx zu Recht als „Himmelsstürmer“ bezeichnete, gehörte bekanntlich dem 19. Jahrhundert an. Der Rote Oktober mit seinem Protagonisten Lenin – dem kühnen Fortsetzer der marxistischen Lehre –, der Triumph im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Chinas Aufstieg zur sozialistischen Großmacht, der Aufbau neuer Gesellschaften in Ländern Europas, aber auch deren Niederlage, Castros Kuba und der vietnamesische Massenheroismus, die Erfolge der Kommunisten von Indien über Portugal bis Griechenland – all das war Teil des 20. Jahrhunderts. Und jetzt schauen wir den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ins Auge. Alles bildet eine Einheit, ist zum weltrevolutionären Prozeß sozialer und politischer Umgestaltungen verschmolzen. Gegen diesen richtet sich der von den USA und anderen Mächten forcierte gegenläufige Prozeß imperialistischer Globalisierung und kapitalistischen Machterhalts. Dabei ist der Klassenfeind in keiner Weise zu unterschätzen. Doch unser Potential wächst. Und wir besitzen eine intakte, auf die jeweiligen Kampfbedingungen anwendbare wissenschaftliche Theorie – den Marxismus-Leninismus.

Die Klassiker unserer Weltanschauung haben darauf verwiesen, daß wir auf den Schultern der ganzen Menschheit stehen. Wir schöpfen aus allem Progressiven und Positiven der Jahrtausende ihres Voranschreitens – von der Antike bis zum Sozialismus. Lenin unterstrich, nachfolgende

Generationen von Marxisten stünden auf den Schultern von Marx und Engels. Ein nicht immer unumstrittener Literat, Gerhard Branstner, hat die Metapher geschaffen, daß ein Zwerg auf den Schultern des Riesen weiter zu blicken vermöge als dieser selbst. Auch das ist nicht von der Hand zu weisen. Denn die großen drei haben manches, was wir inzwischen als selbstverständlich betrachten, in ihrer Lebensspanne nicht erfahren können.

Da sind Versuche unsinnig, den Sozialismus des 21. Jahrhunderts in undialektischer Weise von der bisherigen Geschichte abzukoppeln. Ein Wortführer solchen Herangehens ist der westdeutsche Sozialdemokrat Heinz Dieterich, Professor in Mexiko-Stadt. Er läßt sich gerne als „Chefberater“ lateinamerikanischer Revolutionäre bezeichnen. Mag dahingestellt bleiben, ob er es ist. Jedenfalls aber kann man die Bestrebungen zur Verselbständigung des zeitgenössischen Sozialismus und des jetzigen marxistischen Denkens nur mit einem Baum vergleichen, dem die Wurzeln abgeschlagen worden sind: Seine Blätter müssen zwangsläufig verdorren.

Manche Verfechter des „neuen“ Sozialismus, der von allen Fehlern, Irrungen und Niederlagen des bisherigen frei sein soll, sind einfach Antikommunisten: Sie wollen den radikalen Schnitt, die totale Absage an Lenin und die Oktoberrevolution, jegliche Erbe sowjetischer Prägung, natürlich auch die „stalinistische“ DDR. Wenn sich ein kleinbürgerlicher Politiker wie Gregor Gysi, für den – ganz im Unterschied zu Oskar Lafontaine – die Fragen der Macht und des Eigentums längst abgehakt sind, plötzlich als Anwalt eines „lateinamerikanischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bei zugleich deutlicher Abgrenzung von Castro und Chávez hervortut, dann läßt das aufhorchen. Wirklicher Sozialismus – in welcher Form auch immer – dürfte hier nicht vermutet werden.

Indes: Wird durch solche Sonntagsreden irgend jemand vom Kurs abgedrängt? Bringen sie China als das volkreichste Land der Welt dazu, seinen sozialistischen Weg zu verlassen und den Marsch an die Spitze der stärksten Volkswirtschaften aufzugeben? Oder werfen die Führer Kubas, Venezuelas, Boliviens, Ekuadors und Nikaraguas nun die Flinte ins Korn? Wohl kaum. Denn buntschillernde Ballons gibt es heutzutage gratis und zuhauf. Jede tatsächlich weiterführende Überlegung, jede wirkliche Aktion, jedes vertiefte Nachsinnen über gegenwärtigen und künftigen Sozialismus aber ist von unschätzbarem Wert. Auch im 21. Jahrhundert bleiben wir unter dem Banner von Marx, Engels und Lenin.

Klaus Steiniger



### INHALT

Befürchtungen eines Historikers	S. 2
Neues zum „Rückbau Ost“	S. 3
Bahrs RIAS gab den Takt an	S. 4
Zur Affäre Oettinger	S. 5
Zwei Deutsche	S. 5
Torgauer Erfahrungen	S. 5
Erinnerungen an den Lehrertag 1953	S. 6
Als uns der sowjetische	
Leuna-„General“ rufen ließ	S. 7
Alexej Leonow schwebte als erster	
Mensch frei im Weltraum	S. 8
Offener Brief an Dr. Hubertus Knabe	S. 8
Preußischblau sei's Panier!	S. 9
Aus dem „Hamsterrad“ befreit	S. 10
Unflätiges von Herrn Flath	S. 11
Erkenntnisse eines Sozialdemokraten	S. 12
Wo ist Cassandra?	S. 13
Das neue Lied der Deutschen	S. 13
Statt eines Kommentars	S. 13
Knut geht's gut	S. 13
Über Leute, die das Wertgesetz mit	
der Feuerzange anfassen	S. 14
„Bedingungsloses Grundeinkommen“?	S. 15
Robert Alts Pädagogikvorlesungen	S. 16
■ Verhaftung und Kerkerzeit	
Ernst Thälmanns	Extra I
Privatisierung einer Armee	Extra III
Angeboren oder überwiegend erlernt?	S. 17
Bushs Amoklauf hat seine Gründe	S. 18
Vor dem XVII. Parteitag der KP Chinas	S. 19
Die NATO treibt den Aufbau ihrer	
Raketenabwehr voran	S. 20
Neues aus Venezuela	S. 21
Vietnam: Armut um 2/3 gesunken	S. 21
Türkei: Reaktionärer Machtkampf	S. 21
Die Blutspur des Luis Posada Carriles	S. 21
Irak – ein Faß ohne Boden	S. 22
Vor 40 Jahren: Israels Aggression gegen	
Ägypten, Syrien und Jordanien (1)	S. 23
Birthlers Warschauer Kollegen	S. 24
Vor 50 Jahren starb der kommunistische	
Poet Louis FURNBERG	S. 25
Bundesdeutscher Alltag	S. 25
Der Komponist Kurt Schwaen wird 98	S. 26
Wie der Funkstützpunkt „Nord“	
der CIA ausgehoben wurde	S. 26
Zum 100. Geburtstag des Arztes	
und Autors Diego VIGA	S. 27
Raimund Kriegers Erstling	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Impressum / Anzeigen	S. 32

Spätestens nach dem letzten Vorhang weiß ein Theaterbesucher, was mit seinen Helden geschehen ist. Bedeutend komfortabler hat es da der Historiker: Er sitzt zwar nicht im Parkett, sondern am Laptop, kennt aber chiffrierte Telegramme, vertraulichen Briefwechsel und geschredderte Dokumente, ist beinahe allwissend. Wenn dann ein solcher Historiker seinen Lesern die Frage stellt: „Zu früh zur Macht gegriffen?“, sind diese doch etwas verduzt. In unserem Falle ganz besonders, weil er gleichzeitig von einem gewissen Lenin, der vor 90 Jahren ziemlich ahnungslos auf der Weltbühne stand, erwartet, daß er diese Frage schon damals fehlerfrei – will heißen, im Sinne des Autors – beantwortete. (Ich beziehe mich auf Helmut Bocks Beitrag zu Lenins Aprilthesen in Biskys ND vom 7./8. April.)

Ort – auf zwei Versammlungen der Bolschewiken und Menschewiken vorstellte.“ Wahrhaft schwerwiegend: „Ohne Analyse vor Ort“. Um so eifertiger wird Plechanow in den Zeugenstand gerufen (ohne Analyse vor Ort), Marx wird bemüht (nicht vor Ort). Sehr gerne werden auch (nicht bei Bock) die weitsichtigen Analysen zur Russischen Revolution von Rosa Luxemburg zitiert (nicht vor Ort, sogar in einem preußisch-kaiserlichen Zuchthaus), auch Karl Kautsky wird mit seiner Kritik der Bolschewiki und speziell Lenins bevorzugt herangeholt (ebenfalls nicht vor Ort). Selbst der verehrte Bock – nicht vor Ort. Was soll dieser, der Untersuchung wenig dienliche Spezialstatus des sich bereits vor Ort befindenden Wladimir Iljitsch?

„Ideen und Taten der Vergangenheit sind primär nur aus ihren zeitgenössischen

man, wie weit uns gewisse Russen schon 1917 voraus waren; woran Herr Schäuble noch bastelt – die sozialrevolutionären Minister setzten bedenkenlos reguläre Truppen im Innern des Landes ein. Oder umgekehrt: Man sieht, wohin uns der weit nach rechts schielende deutsche Innenminister zurückzerrt.

ND-Autor Bock sei daran erinnert, daß die oft beweinte Verfassungsgebende Versammlung (Konstituante) 1917 nach ihrer Auflösung noch einmal halblegal zusammentraf, um sich – vor Ort – ausdrücklich für die Fortsetzung des mörderischen Krieges, für die Bündnistreue gegenüber der Entente auszusprechen. Es ist leider nicht klar ersichtlich, ob Helmut Bock heute die Einschätzung des Krieges durch Lenin damals teilt.

Als augenscheinlich bis in unsere Tage gültige Auffassung, besser „theoretisches Argument“, erwähnt der Artikelschreiber: „Die ökonomisch-soziale Rückständigkeit des Landes gestattete noch gar keinen Übergang zu einer zweiten Etappe der Revolution“. Das allerdings hinderte die PDS nicht daran, jüngst einen prominenten Vertreter nach Lateinamerika, in rückständige Länder, zu schicken, um deren Führern Ratschläge zu erteilen, wie man den Sozialismus errichtet. Dabei fällt einem unwillkürlich ein, daß auch die DDR angeblich an der „zu niedrigen Arbeitsproduktivität“ g e s c h e i t e r t sein soll – über hundert Staaten mit viel niedrigerer Arbeitsproduktivität gedeihen unbekümmert bis heute. Oder wie viele hochentwickelte Länder sind längst „reif“ für die soziale Revolution, bloß dort ereignet sich keine – es ist immer noch „zu früh“.

Historiker Bock kommt zu der – nicht unerwarteten – Schlußfolgerung: „Die proklamierten Ziele der ‚April-Thesen‘ blieben unerfüllt.“ Bei allem Wohlwollen gegenüber dem Autor stutzt man doch ein wenig, denn er vermerkt selbst, „... daß der Oktoberaufstand in der Gefährdungslage der russischen Revolution unumgänglich war“. Besonders in der alles entscheidenden Frage der sofortigen Beendigung des räuberischen, des imperialistischen Krieges waren die Bolschewiki – sehr zum Leidwesen der militaristischen Konterrevolution und des Adels – erfolgreich; das veranlaßte diese, sofort einen allumfassenden neuen Krieg gegen die junge Sowjetmacht vom Zaun zu brechen – einen Bürgerkrieg der zaristischen Generäle im Verein mit ausländischer Intervention aus allen Himmelsrichtungen, wahrhaft nicht vorrangig „gegen die Kulaken“, wie H. Bock vorgibt. Die als Kriegskommunismus bekannte Periode hinderte die Sowjetmacht zweifellos über viele Jahre hinweg daran, ihr eigentliches Anliegen – den friedlichen Wiederaufbau des Landes – in Angriff zu nehmen. Ein zweites Ziel der April-Thesen war der Sturz der Provisorischen Regierung und die nachfolgende Bildung des Rates der Volkskommissare. Auch dieses wurde – möglicherweise aus der Sicht einiger heutiger Historiker etwas „zu früh“ – „erfüllt“.

Walter Ruge

## Bloß nicht „zu früh“ nach der Macht greifen Befürchtungen eines Historikers

Der gestandene DDR-Historiker weiß 90 Jahre nach der Rückkehr Lenins nach Petrograd nicht, ob es damals „zu früh“ oder gar „zu spät“ war, nach der Macht zu greifen. Mal ganz abgesehen von Helmut Bock – es gab eine große Koalition von Militärs, Bankiers, Immobilienhain, Großgrundbesitzern, Ladeninhabern und Spekulanten, von Ministern und Regierungsbeamten, Quartalsäußern und Huren, sogar von eigenen Genossen, die wußten, daß der Griff des Proletariats und seiner Partei „nach der Macht“ i m m e r „zu früh“, also n i e m a l s gerade zum rechten Zeitpunkt ist. Mit ziemlicher Sicherheit ist auch in der DDR 1952 „zu früh“ nach dem Sozialismus „gegriffen“ worden. Die Kunst, die Weisheit der Revolutionäre bestand und besteht darin, sich von solchen nebulösen, „demokratischen“, also „dem Volk dienenden“ Beweggründen nicht den Verstand rauben zu lassen und unter Umständen „bestehende Strategien über den Haufen zu werfen“. (H. Bock).

„In der ungemein komplizierten Situation des ganzen Landes, seiner revolutionären und kriegerischen Verwicklungen wußte niemand eine sichere, zudem unblutige Konfliktlösung“, schreibt der ND-Autor. Der einzige, der augenscheinlich eine solche „Lösung“ (sicher nicht zwangsläufig eine „blutige“) kannte, war – selbst nach Bock – kein anderer als W. I. Lenin. Aber irgendein Makel muß doch an diesem Uljanow sein. Ja, er war ein Papiertiger: „Als er auf dem Finnländischen Bahnhof mit den Klängen der ‚Marseillaise‘ empfangen wurde, trug er ein fertiges Revolutionskonzept in der Tasche, das er bereits am folgenden Tag – ganz ohne Analyse vor

Verhältnissen zu begreifen“ schreibt Bock. Davon ist eindeutig auch Lenin ausgegangen. Er begab sich sofort nach Ausbruch der Revolution vor Ort, nach Petrograd, um sich mit seinen Genossen zu beraten, von ihnen zu lernen und sie zu überzeugen.

Die Erfahrungen der Bolschewiki und Lenins mit den „sozialistischen“ Apologeten der Kriegsparteien und vermeintliche „Kriegsziele“ in allen europäischen Ländern, nach dem „Ausbruch“ des Ersten Weltkrieges, waren sehr bitter. Nur die bulgarischen Sozialisten und die russischen Bolschewiki hatten den Charakter des Krieges sofort erkannt und die Kriegskredite verweigert, wofür die fünf bolschewistischen Duma-Abgeordneten 1915 in die sibirische Verbannung geschickt wurden. Mit anderen Worten: Die strengen Kritiker des „zu frühen Griffs nach der Macht“ waren unfähig – obwohl vor Ort – den Charakter des entfesselten Weltkrieges zu erkennen. Die deutschen Sozialdemokraten zogen gegen den „barbarischen Zarismus“ und die französischen Sozialisten gegen „die Monarchien“ ins Feld. Der verlogenen Kampagne der Kerenski, Tschaidse, Tschernow, Lwow und Co, die – vor Ort – den Soldaten weismachten, daß sich der Charakter des Krieges aus einem „zaristischen“ in einen nunmehr „demokratischen“, ja in eine „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“, einen Krieg gegen die „Kaisermächte“ gewandelt habe, traten allein die Bolschewiki entgegen, was ihnen die Herrschenden mit der Niedermetzelung der Julidemonstration auf dem Newski-Prospekt in Petrograd durch reguläre Truppen vergalt. Da sieht

Am 22. 3. beschäftigte sich der „Stern“ in einem großaufgemachten Beitrag mit der „Renaturierung des Ostens“. Die Schlagzeile lautete: „Laßt die Wölfe rein!“ Und auch der Untertitel verriet Scharfsinn: „Die Menschen gehen, die Natur erobert sich große Teile Ostdeutschlands zurück.“ Zwei Kostproben für die Geschichtsklitterung, wie sie die Autoren des Beitrags betreiben:

„Viele Bürger Arterns schafften in der Kyffhäuserhütte ... Im Sozialismus war die Region künstlich proletarisiert worden – wie so viele Gebiete der ehemaligen DDR. Die SED erschuf eine ökonomische Scheinwelt ... Alle diese Industrien konnten nach der Wende in der Marktwirtschaft nicht bestehen. Die Scheinwelt ging unter, und die Werktätigen blieben zurück. Nun ist jeder Zweite ohne Job.“

Die demographische Entwicklung der Stadt ergänzt dieses Bild: 1970 hatte Weißwasser rund 19000 Einwohner, 1987 waren es 37388, aber 13 Jahre später hatte sich die Zahl bereits auf 26107 verringert, und 2005 zählte man nur noch 2116 Bürger. Im selben Jahr vermeldete man 1239 Wegzüge und nur 645 Zuzüge. Gerade mal 144 Geburten standen 274 Sterbefällen gegenüber.

Offensichtlich stehen wir am Beginn einer neuen Etappe des bundesdeutschen Umgangs mit dem Osten. Nach der komplexen Deindustrialisierung und der gezielten Bevölkerungsausdünnung wird jetzt eine endgültige Lösung angestrebt. Im „Stern“ liest sich das so: „Rund um die Stadt (gemeint ist Demmin) gedeihen Tiere und Pflanzen. Nirgendwo in Deutschland tummeln sich mehr Seeadler, Biber

„Die Zeit für den Rückbau Ost drängt, denn das Geld wird knapp“, schreibt der „Stern“, während der Leiter des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, finanzielle Beihilfen für solche Familien, die vom Land in die großen Städte ziehen, fordert, um den Prozeß der Entvölkerung ostdeutscher Regionen noch weiter zu beschleunigen. Der Anspruch auf die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ sollte aus dem Grundgesetz gestrichen und der Solidarpakt gekündigt werden. Falls überhaupt noch Geld fließe, müßte damit „die Mobilität der Menschen gezielt gefördert werden“. Bei solchen Äußerungen handelt es sich nicht um theoretische Überlegungen, sondern um sehr konkrete Planungen.

Die „Berliner Zeitung“ veröffentlichte am 27. März unter der Überschrift „Aufholjagd Ost“ eine Deutschlandkarte der Schweizer Beratungsgesellschaft Prognos. Sie basiert auf den Ergebnissen einer umfangreichen Untersuchung zu den Zukunftsperspektiven aller 439 kreisfreien Städte und Landkreise der heutigen BRD. Was geht daraus hervor? Das Wachstum in Ostdeutschland konzentriert sich auf „urbane Leuchttürme ... wie Dresden, Potsdam, Jena“. Diesbezügliche Fortschritte seien „sehr punktuell“. Die wenigen städtischen Wachstumsregionen werden von großen, sehr strukturschwachen ländlichen Regionen umgeben, für die sich keine Verbesserung abzeichnet. Besonders gravierend: Mecklenburg-Vorpommern und die Lausitz. Schlußlicht: der Kreis Spree-Neiße in Brandenburg. Die Zahl der „absoluten wirtschaftlichen Problemfälle“ im Osten liegt bei 81 (von insgesamt 113) Regionen, beträgt also rund 72 %, während für 28 Städte und Kreise ein „ausgeglichener Chance-Risiko-Mix“ diagnostiziert wird.

Das sind 25 %. Hier ist noch „alles offen“. Der sogenannte Ostbeauftragte der Bundesregierung Wolfgang Tiefensee – in Leipzig wohl eher als „Tiefflieger“ bekannt – hat keine Idee, wie diese Entwicklung gestoppt werden könnte. Er verlangte, die Förderpolitik allein auf Wachstumszentren auszurichten, und meinte, es werde „in Ostdeutschland zu einer weiteren Ausdifferenzierung (!) kommen“. Alarmierend ist, daß kein einziger „Experte“ auf eine weitere fatale Folge dieser politisch gewollten Entwicklung hinweist: nämlich darauf, daß sie für Neonazis den denkbar günstigsten Nährboden bildet. Breitester Widerstand gegen solche düsteren „Perspektiven“ wäre dringend geboten.

**Hans Gebhardt**

## Was Kohl meinte, als er von „blühenden Landschaften“ sprach Neues zum „Rückbau Ost“

Weiter heißt es: „Zu DDR-Zeiten war Weißwasser ein Kunstprodukt der Planwirtschaft. An die 39000 Menschen lebten hier, arbeiteten im Bergbau und der Glasherstellung. Der Eishockeyclub SG Dynamo Weißwasser triumphierte in der Oberliga. Nach der Wende brach die Industrie zusammen. Fast die Hälfte der Einwohner packte die Koffer, und die ‚Lausitzer Füchse‘, wie sich die Eishockey-Profis heute nennen, krebsen unten in der zweiten Liga herum.“

Man könnte die Frage stellen, warum ein Betrieb wie die Kyffhäuserhütte in Artern, in dem über 1000 Beschäftigte u. a. Backöfen und Molkereimaschinen herstellten, Teil einer „ökonomischen Scheinwelt“ gewesen sein soll. Niemand hörte bisher, daß Butter, Milch und Brot nicht mehr gebraucht werden!

Oder zu dem „DDR-Kunstprodukt“ Weißwasser mit seiner in Wirklichkeit über 100jährigen Tradition in der Glasindustrie: Die erste von 11 Glashütten und 5 Glasraffinerien entstand bereits 1872, und am Beginn des 20. Jahrhunderts war Weißwasser der bedeutendste Standort der Glasindustrie nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. In der Tat begann in den 50er und 60er Jahren in den nunmehr volkseigenen Glasbetrieben Weißwassers eine erneute kräftige Aufwärtsentwicklung, die ca. 5500 Beschäftigten und ihren Familien ein Leben in sozialer Sicherheit ermöglichte. Nach 1989/90 brach auch die Glasindustrie in Weißwasser zusammen. Gegenwärtig gibt es nur noch zwei Glaswerke in der Stadt, die insgesamt lediglich etwa 500 Menschen beschäftigen.

und Fischotter ... Sträucher und Ranken wachsen verlassene Gebäude zu.“ Dann kommt man zum Kern: „Ein Grund zum Jammern? Im Gegenteil“, sagt Joachim Ragnitz, Experte für den Strukturwandel am Institut für Wirtschaftsforschung in Halle. „Wir sollten das als Riesenchance und nicht als Problem begreifen.“ Solche blühenden Landschaften brauche Deutschland dringend als „ökologische Ausgleichsgebiete für den Klimawandel“.

Unter der zynischen Überschrift: „Prognose blühende Landschaften“ sieht man eine Landkarte, die so erläutert wird: „Die Deutschlandkarte zeigt Regionen ..., die nach und nach der Natur zurückgegeben werden können. Die Experten des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung stützen sich dabei auf die Veränderung der Bevölkerungsdichte von 1990 bis 2020.“ (Es versteht sich, daß diese „Experten“ samt und sonders im Westen zu Hause sind oder von dort stammen.)

Sieht man sich die Karte genauer an, dann hat man – von geringen Ausnahmen abgesehen – das Gebiet der früheren DDR vor Augen.

Der Direktor des ominösen Berlin-Instituts meint dazu: „Die Menschen selbst stimmen seit der Wende mit den Füßen ab, wo die Zukunft solcher Landstriche liegt – in der Renaturierung.“ Nach seiner Auffassung kann „rund ein Drittel der ehemaligen DDR getrost der Schöpfung zurückgegeben werden“.

Es sei inzwischen klar geworden, daß der Staat „gleichwertige Lebensverhältnisse bis in den letzten Winkel ... nicht garantieren, geschweige denn bezahlen“ könne.

Auf den Artikel von Dr. Ernst Heinz (RF 4/07, S. 4) zur Arbeit von  
**Dr. Ehrenfried Pöbneck**

„Zurück zu Eduard Bernstein?“

Eine Betrachtung seiner friedenspolitischen Ansichten“ hat es die Anfrage gegeben, wo dieses Material abrufbar ist. Deshalb der Hinweis: Leser mit Internetzugang können den Beitrag unter [www.triller-online.de](http://www.triller-online.de) (Marxistische Linke) herunterladen.

Im Frühjahr 1953 ergab sich eine komplizierte Lage. Seit Monaten hatte die Regierung der DDR versucht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß eine schnelle Verbesserung des Lebensstandards nur möglich sei, wenn die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werde. Versuche, eine Massenbewegung für freiwillige Normerhöhungen in Gang zu bringen, scheiterten. Dabei waren die Normen damals recht weich. Ich selbst stand in jenen Tagen an der Maschine. Sicher, es gab nicht wenige Beispiele persönlicher Normerhöhungen, doch die Mehrzahl der Kollegen verweigerte sich, zumal diese Erhöhungen dann für alle galten. Das führte oft zur Isolierung derer, die die Sache voranbringen wollten.

Noch war das politische Wissen der meisten sehr unterentwickelt. Der Faschismus hatte die klassenbewußten Kader der Arbeiterklasse erheblich dezimiert. Die Nazi-Ideologie wirkte in weiten Kreisen der Bevölkerung nach. Viele sahen die Ursache ihres niedrigen Lebensniveaus nicht in der verbrecherischen Politik Hitlers, sondern im Einfluß der Sowjetunion. Sie erkannten nicht, daß in Deutschland eine erbitterte Systemauseinandersetzung stattfand. Die gesellschaftlichen Umwälzungen in Industrie und Landwirtschaft wurden in ihrer Bedeutung längst nicht von allen begriffen.

Da die Massenbewegung nicht die erhofften Ausmaße angenommen hatte, versuchte die Regierung, ihre richtige Zielstellung einer Leistungssteigerung durch administrative Maßnahmen durchzusetzen. Am 28. Mai 1953 wurde eine durchschnittlich 10%ige Normerhöhung beschlossen. Sie sollte bis zum 30. Juni eingeführt werden. Die Normen gaben das fast überall her. Aber es war keine glückliche Entscheidung. Man hatte den Bewußtseinsstand der Massen falsch eingeschätzt. Die allgemeine Unzufriedenheit nahm zu. Das Kapital wollte die günstigen Bedingungen für einen konterrevolutionären Vorstoß nutzen. Vermutlich glaubten seine Vertreter selbst nicht an die Beseitigung der sich gerade erst formierenden sozialistischen Ordnung in der DDR, da es unwahrscheinlich war, daß sich die auf ihrem Territorium befindlichen sowjetischen Streitkräfte nicht einschalten würden. Dennoch schickten sie Provokateure los, die sich an die Spitze der Verdrossenen setzen sollten. Berlin wurde dabei als Ausgangspunkt gewählt. Die Stadt war eine Agentenhochburg, wie es keine zweite in der Welt gab. Man konnte ungehindert den Ostteil Berlins betreten und in die gesamte DDR hineinwirken. Im amerikanischen Sektor Westberlins operierte ein leistungsstarker Sender, der RIAS. Er bildete die ideologische Diversionszentrale.

Das Signal sollten die Bauleute der Stalinallee geben. Am 16. Juni legten einige Brigaden die Arbeit nieder und riefen zum Streik auf. Doch die Fäden wurden ganz woanders gezogen.

Am Vormittag des 16. Juni zogen Bauarbeiter zum Haus der Ministerien, um die Rücknahme der Normerhöhungen zu

fordern. Als sie dort ankamen, bestand der Demonstrationzug schon nicht mehr nur aus ihnen. Minister Selbmann, selbst einst Arbeiter und 12 Jahre in faschistischer Haft gewesen, versuchte, zu den Demonstranten zu sprechen. Das war ungefähr um 12 Uhr. Selbmann wurde niedergeschrien. Nun tauchten neue Losungen auf. Aus „Fort mit den Normerhöhungen!“ wurde plötzlich „Weg mit der Regierung!“ Wir kennen ähnliche Wandlungen aus dem Jahre 1989. Die Zusammenrottung vor dem Haus der Ministerien löste sich zunächst auf.

Bald darauf begann der RIAS mit Berichten über Unruhen im Osten Berlins. Um 19.30 Uhr brachte er eine Forderung, die angeblich von den Bauarbeitern stammen sollte. Der Text wurde stündlich wiederholt. Die Arbeiter hätten durch den Streik und ihre Demonstration bewiesen, daß

ein gewisser Egon Bahr als Einpeitscher hervortat.

Ich selbst habe den 17. Juni in der Motorendreherei des Magdeburger Karl-Liebknecht-Werkes erlebt. Ich hatte Frühschicht. Am 16. Juni war noch alles normal. Am darauffolgenden Tag schien die Lage zunächst unverändert zu sein. Der RIAS hatte ja nur zu Aktionen in Berlin aufgerufen. Von den dortigen Ereignissen wußte ich kaum etwas. Der RIAS war für mich kein Standardsender. Auf der Straße erzählte man sich, in Berlin werde gestreikt. Ich ging wie gewohnt zur Frühschicht. Meine Motorendreherei arbeitete unverändert.

Um die Frühstückszeit kamen ca. 20 bis 30 Mann grölend in unsere Halle, wo mehrere hundert Arbeiter tätig waren. Sie forderten: „Aufhören, wir streiken!“, rissen Transparente runter und

---

## Dichtung und Wahrheit über den 17. Juni 1953

# Bahrs RIAS gab den Takt an

---

sie in der Lage seien, den Staat zur Bewilligung ihrer berechtigten Forderungen zu veranlassen, hieß es. Bei Androhung neuer Proteste wurden folgende Maßnahmen verlangt: Auszahlung der Löhne nach den alten Normen; sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten; freie und geheime Wahlen; keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher.

Ab 23 Uhr brachte der RIAS dann stündlich Sondermeldungen, in denen alle Arbeiter Ostberlins aufgefordert wurden, sich am Morgen des 17. Juni auf dem Strausberger Platz zu versammeln. Der amerikanische Sender gab also den Takt an.

Am Morgen des 17. Juni kam es im Zentrum Berlins zu Zusammenrottungen. Wie viele Teilnehmer aus dem Westen stammten, läßt sich heute schwer feststellen, ihre massive Anwesenheit steht aber außer Frage. Nun wurden antisozialistische Losungen gerufen. Schnell kam es zu Ausschreitungen und Gewalttaten. Volkspolizisten, Funktionäre und Sowjetsoldaten wurden angegriffen, in einigen Fällen – wie bei uns in Magdeburg – VP-Angehörige sogar ermordet. Die Putschisten legten Brände. Staatliche Einrichtungen wurden demoliert. Gegen Mittag schaltete sich der sowjetische Stadtkommandant ein. Panzer rückten aus und machten dem Spuk ein Ende. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. Es kam zu Verhaftungen und anschließenden Verurteilungen. Auch zu standrechtlichen Erschießungen. Jedes der auf beiden Seiten zu verzeichnenden Opfer ist zu beklagen, saßen doch die eigentlichen Drahtzieher im Westen, in den Agentenzentralen und beim RIAS, wo sich

bedrohten Kollegen, die ihre Maschinen nicht abstellen wollten. Es entstand ein wüster Tumult. Nach 15 Minuten riefen plötzlich einige: „Jetzt holen sie den roten Stern runter.“ Dieser befand sich auf dem höchsten Turm des Werkes und war beleuchtet, wenn wir den Plan erfüllt hatten. Nun strömten die meisten aus der Halle. Plötzlich standen zwei LKWs bereit: „Auf in die Stadt!“, wurde gerufen. Die meisten gingen einfach nach Hause. Beim Betriebsleiter fanden sich ungefähr 20 Kollegen zusammen, meist Genossen, aber auch Parteilose. Was war zu tun? Wir mußten sicherstellen, daß keine Produktionsmittel beschädigt wurden. Die Nacht verlief ruhig. Jetzt kam es darauf an, das normale Leben wiederherzustellen. Ich begann meine Frühschicht. Später suchten wir Kollegen auf, um sie für die Rückkehr an den Arbeitsplatz zu gewinnen. Auch ich erhielt eine entsprechende Liste. Wir wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, nicht mit Drohungen oder Vorwürfen zu operieren, sondern die noch Fehlenden darüber zu unterrichten, daß die Normerhöhungen bereits am 17. Juni von Otto Grotewohl zurückgenommen worden seien. Wir sollten beachten, daß die Kollegen, die sich verleiten ließen, die Arbeit niederzulegen, nicht unsere Feinde seien. Auch über den demokratischen Rundfunk wurden die Werkstätigen aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Bereits in der Spätschicht erschien ein Teil von ihnen. Am nächsten Tag waren schon fast alle wieder da. Am dritten Tag wurde vollzählig gearbeitet.

**Dieter Hainke, Magdeburg**

## Zur Affäre Oettinger

# Eiapopeia um einen Blutrichter

„Ich habe ein gutes Gewissen“, erklärte Ider baden-württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger. Das berichtete die Hamburger „Zeit“ am 14. Juli 1978. Ein anderer führender CDU-Politiker, der amtierende Regierungschef dieses Bundeslandes, Günther Oettinger, stellte im April 2007 fest: „Filbinger war ein Gegner des Nationalsozialismus.“ Wegen solcher Sätze in Oettingers Trauerrede für den verstorbenen Amtsvorgänger rauschte es tagelang im Blätterwald. Es sei ein Skandal, daß Rechtsaußen Oettinger seinen Lehrmeister beinahe zum Widerstandskämpfer gegen Hitler hochstilisiert habe, hieß es. Sogar Frau Merkel gab sich erbost und fertigte Oettinger brüsk ab. Zweifellos verfährt die in Frage stehenden Sätze Oettingers die Geschichte, was bei den bürgerlichen Medien aber gang und gäbe ist. Weshalb also der Aufschrei? Die Beerdigungsrede für einen Blutrichter Hitlers ging natürlich über das hinaus, was heutzutage als schicklich gilt und verdiente insofern Kritik. Aber worin besteht der eigentliche Skandal?

Doch wohl vor allem in der Tatsache, daß Filbinger mit seiner tiefbraunen Vergangenheit zu einem der führenden Politiker der BRD aufsteigen konnte, der bis zu seinem Tod Ehrenvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg blieb. Er war noch bei der Wahl des Bundespräsidenten vor drei Jahren eigens aufgeboden worden, um als Alterspräsident der Bundesversammlung den gestandenen Antifaschisten und früheren KZ-Häftling Hans Lauter von der PDS, gegen den überdies die passende Rufmordkampagne eingeleitet worden war, auszubooten. Nazi Filbinger durfte also 2004 die Wahl Horst Köhlers leiten und dem neuen Präsidenten als erster gratulieren. Darüber gibt es ein entlarvend Foto. Warum zeigten sich die Medien damals nicht zum Protest veranlaßt?

Seit 1978 waren die Verbrechen Filbingers bekannt. Eine „Panorama“-Sendung und ein Text des Schriftstellers Rolf Hochhuth („Eine Liebe in Deutschland“) über den „furchtbaren Juristen“ hatten den Stein ins Rollen gebracht. Mächtige Parteifreunde suchten Filbingers politische Karriere zu retten, bestritten alles und waren bemüht, den in Schwierigkeiten Geratenen weißzuwaschen. Denn es ging nicht allein um Filbingers Person, sondern um die antikommunistische Grundlinie der bundesdeutschen Politik. Franz-Josef Strauß forderte kategorisch: „Man soll jetzt aufhören mit dieser Art von Vergangenheitsbewältigung.“ Hans Filbinger verteidigte sich: „Ich habe für eine Position einzutreten. Und mit der Räumung dieser Position würde naturgemäß auch etwas Sachlich-Inhaltliches in der deutschen Politik geändert bzw. geräumt werden.“ Der Nazi-Richter prägte den berühmtesten Satz: „Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.“ Er wurde zur Grundlinie bundesdeutscher „Vergangenheitsbewältigung“.

Trotz der Schützenhilfe rechtskonservativer und faschistoider Kräfte war Filbinger nicht zu halten. Seinen Sturz werteten viele im Bonner Machtbereich als eine „aus der DDR gesteuerte Intrige“. Und in der Tat: Auch der sozialistische deutsche Staat hatte zur Demaskierung des Hitler-Juristen beigetragen.

Die Fakten sind inzwischen unwiderlegbar.

Vor dem Tode Filbingers gab Wolfram Wette im Jahre 2006 Studien heraus, die Oettinger leicht hätte nutzen können, wäre es ihm auf Erkenntnisgewinn angekommen. Ihr Titel: „Filbinger – eine deutsche Karriere“. Dort wird nachgewiesen, daß Oettingers politischer Ziehvater an 234 Militärgerichtsverfahren beteiligt war, in 138 Fällen als Vorsitzender Richter und in 63 Prozessen als Vertreter der Anklage.

Ricarda Berthold hat Filbingers Tätigkeit als Marinerichter lückenlos dokumen-

tiert, auch die Verurteilung und Hinrichtung des desertierten Matrosen Walter Gröger. Für ihn forderte Filbinger noch am 16. März 1945 die Todesstrafe. Um 14.05 Uhr teilte er dem Todeskandidaten mit, daß sein Gnadengesuch abgelehnt worden sei. Und um 16.00 Uhr leitete er persönlich Grögers Erschießung. Das Protokoll ist von Filbinger unterschrieben. In dem genannten Buch beweist Manfred Messerschmidt, daß bei den insgesamt 30000 Verfahren vor Nazi-Militärgerichten keineswegs alle Juristen so gnadenlos handelten wie Filbinger.

Mit Oettingers Trauerrede ist das Kapitel Nazijustiz und BRD erneut in die Schlagzeilen geraten. Ebenso wie das Thema Refaschisierung, zu dem sich ja Herr Schäuble, wie politische Beobachter meinen, in jüngster Zeit manches hat einfallen lassen. **Prof. Dr. Horst Schneider**

## Zwei Deutsche

Hans Filbinger, Marinerichter des faschistischen Regimes, wurde 93 Jahre alt. Der unter seinem Kommando erschossene Matrose Walter Gröger wurde 22 Jahre alt.

Hans Filbinger war 1933 freiwillig in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund eingetreten, 1934 in Hitlers SA, 1937 in die NSDAP. Walter Gröger zwang man zum Eintritt in die deutsche Marine.

Hans Filbinger starb am 1. April 2007 im Bett. Walter Gröger starb am 16. März 1945 auf Filbingers Befehl.

Die Trauerfeier für Filbinger war ein Staatsakt. Nach der Ermordung von Gröger hielt es Filbinger nicht für nötig, dessen Eltern zu benachrichtigen.

Ministerpräsident Günther Oettinger sagte in seiner Trauerrede für Hans Filbinger:

„Wenn unser Land in den 70er Jahren dem marxistischen Zeitgeist widerstanden hat, dann verdanken wir dies vor allem Hans Filbinger.“ Filbinger sagte dem Matrosen Walter Gröger vor dessen Erschießung, er sei ein „hoffnungsloser Schwächling“.

Oettinger meinte am 11. April 2007 über Filbinger, er verneige sich „voller Respekt und Hochachtung vor einer großen Persönlichkeit, einem herausragenden Politiker und vor seinem Lebenswerk“. Filbinger teilte dem todgeweihten Gröger mit, daß ihm – neben dem Todesurteil – seine bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt seien.

Hans Filbinger freute sich über eine steile und gutbezahlte Karriere in Westdeutschland. Walter Gröger hatte keine Gelegenheit mehr dazu.

**Hans Dölzer, Hirschberg**

## Torgauer Erfahrungen

Walter Gröger hatte sich als Matrose in Norwegen in eine Norwegerin verliebt und sich von seiner Einheit entfernt. Als er sich später selbst stellte, wurde er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Doch der zuständige Admiral akzeptierte das „niedrige“ Strafmaß nicht, so daß erneut verhandelt werden mußte. Diesmal vertrat Marinejurist Hans Filbinger die Anklage. Das Ergebnis des Prozesses ist bekannt. Doch mehr als das: Bereits von den Briten in Schleswig-Holstein interniert, setzte Filbinger sein ruchloses Wirken für die Nazi-Militärjustiz fort und verurteilte am 1. Juni 1945 (!) einen Oberleutnant, der im Monat zuvor zu desertieren versucht hatte, noch zu 13 Jahren Haft.

Warum beschäftigt mich gerade diese Thematik? Während meiner 26jährigen Tätigkeit beim MfS – sie begann 1958

– wurde ich in der Strafvollzugseinrichtung Torgau mit den faschistischen Verbrechen und deren Tätern konfrontiert. Bis 1945 war Torgau nämlich nicht nur eine berüchtigte Militärhaftanstalt der Faschisten. Hier tagte auch das Militärkriegsgericht. Unzählige Soldaten und Offiziere wurden in Torgau verurteilt und hingerichtet.

Die Dokumente dazu konnte ich sichten. Ich sah die Totenscheine, auf denen als Todesursache meist Tuberkulose angegeben wurde. Ich vermochte auch den jeweils genauen Hinrichtungstag zu ermitteln.

Nach der Vereinnahmung der DDR durch die BRD wurden die Materialien der Hauptabteilung IX/11 des MfS in das Bundesarchiv überführt.

**Heinz Strauchmann, Pflückuff**

## Erinnerungen an den Lehrertag 1953

# Ein Wäschekorb voller Blumen

Der 12. Juni war in der DDR der „Tag des Lehrers“. Die Staatsorgane, die Patenbetriebe, Eltern und Schüler aller Altersstufen dankten ihren Lehrern und Erziehern für die geleistete Arbeit. Kindern und Jugendlichen galten die größte Aufmerksamkeit und Zuwendung aller gesellschaftlichen Kräfte. Das war im Sozialismus Staatsdoktrin. Die Forderungen an die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Pädagogen waren hoch. Immer stand deren Tätigkeit im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Aber sie erhielten auch vielseitige Unterstützung. Am „Tag des Lehrers“ wurden sie besonders gewürdigt.

Mögen gewisse Kräfte in der BRD das Bildungswesen der DDR verteufeln und diffamieren, die Wahrheit können sie nicht aus der Welt schaffen. Und sie sind auch außerstande, seine haushohe Überlegenheit im Vergleich mit dem dreigliedrigen Schulsystem des Staates der deutschen Monopole in das Gegenteil zu verkehren. Die qualitativen Unterschiede der Stellung des Lehrers zwischen hier und dort waren gewaltig. Gewiß, solange es Schulen gibt, haben auch die besten Lehrer Schwierigkeiten mit einzelnen Schülern. In der DDR war das nicht anders. Heute aber spüren die Lehrer sehr deutlich, daß sich die Gesellschaft für die heranwachsende Generation nicht wirklich verantwortlich fühlt. Staatliche Institutionen, Medien und auch viele Eltern unterstützen berechnete pädagogische Forderungen der Lehrer, welche die Disziplin und Ordnung in den Schulen betreffen, in keiner Weise. Es darf lediglich Wissen (welches?) vermittelt, aber nicht erzogen werden. Das ist ausschließlich Sache der Eltern (und der zu Mord und Totschlag aufrufenden Sender).

Es gab in länger zurückliegenden Zeiten nicht wenige Fälle, in denen brutale Lehrer ihre Schüler zu Krüppeln oder gar zu Tode geprügelt haben. Heute fehlt es ebenfalls nicht an schrecklichen Geschehnissen. Berichtet worden ist davon, daß Lehrer mit dem Messer bedroht oder von amoklaufenden Schülern erschossen worden sind. Die Vorfälle am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt waren zwar besonders grausam, können sich aber jederzeit wiederholen. Drogendealer und Jugendbanden terrorisieren nicht wenige Schulen. An Hauptschulen ist das fast die Regel. Wen wundert es da, daß die Bildungsergebnisse der BRD dem internationalen Vergleich nicht standhalten?

In der DDR wurde kein Generationenkonflikt provoziert. Natürlich gab es auch dort Spannungen zwischen Alten und Jungen. Nicht immer war gegenseitige Achtung und Anerkennung die Praxis. Doch man bemühte sich um einen Ausgleich und die Einbeziehung der Heranwachsenden in die Gestaltung sozialer Verhältnisse.

Zurück zum Lehrertag: Zu Beginn der 50er Jahre stand die DDR erst am Anfang ihrer

Ausgestaltung. Neues und Revolutionäres wurde auch im Volksbildungswesen erprobt und in Angriff genommen. Wir – meine Frau und ich – waren damals frischverheiratete junge Lehrer. Wir lebten und arbeiteten in Großdeuben – einem Dorf südlich von Leipzig. Wir waren im Unterricht eifrig, hingen an unserer Aufgabe und bewältigten sie immer erfolgreicher. Die Kinder merkten, daß wir unseren Beruf liebten. Wir bemühten uns, verständnisvoll, gerecht und streng zu sein. Wie es sich für Lehrer gehört. Das war oft nicht leicht, und es klappte auch nicht immer. Unsere Haltung fand bei den Eltern Anerkennung.

Die Mehrzahl unserer damaligen Kollegen verhielt sich ähnlich. Wir lernten viel von ihnen.

An den 12. Juni 1953 erinnern wir uns noch heute. Später haben wir diesen Tag Jahr für Jahr gefeiert. Uns wurden auch staatliche Auszeichnungen verliehen. Doch der 53er Lehrertag war etwas ganz Besonderes. Wir beide waren Klassenlehrer in 4. Klassen. Als ich am 12. Juni zur ersten Stunde den Raum betrat, bot sich mir ein bewegendes Bild. Wie immer standen die Kinder an ihren Plätzen. Doch sie waren besser als sonst gekleidet. Die meisten trugen ihr Pioniertuch. Ganz hinten hatten sich Mütter aus dem Elternaktiv postiert. Ihre Regie war nicht zu verkennen. Zuerst sangen die Schüler

mir zu Ehren ein Lied. Ich war etwas verunsichert. Danach kamen alle zu mir nach vorn. Jedes Kind überreichte mir einen kleinen Blumenstrauß. Manche lächelten dabei verlegen, andere gratulierten lebhaft. Auf einem Dorf wäre niemand auf den Gedanken gekommen, Blumen beim Gärtner zu kaufen. Sie stammten aus eigenen Gärten. Kindern, die keinen Strauß hatten mitbringen können, war vom Elternaktiv ausgeholfen worden. Auf dem Lehrerpult bildete sich bald ein regelrechter Blumenberg.

Ich konnte meine Rührung kaum verbergen. Doch als junger Mann durfte ich sie natürlich nicht zeigen. Nach einem weiteren Lied war die kleine Feierstunde, in der keine Reden gehalten wurden, vorüber. Mich spornte sie an.

In der Pause erzählte mir meine Frau, daß es in ihrer Klasse genauso zugegangen war. Auch ihr machte die Resonanz neuen Mut.

Was aber sollte mit den vielen Blumen geschehen? Die Frauen vom Elternaktiv hatten mehrere Wassereimer mitgebracht. Nach dem Unterricht kamen sie mit einem großen Wäschekorb in die Schule. Er wurde bis zum Rand gefüllt. Zwei Schüler aus jeder Klasse, die jeweils „Ersatzleute“ zur Ablösung hatten, trugen ihn zu uns nach Hause. Wohl nie mehr im Leben haben wir uns so über Blumen gefreut.

**Dr. Harry Voitsch**

Ihren **85.** Geburtstag begehen

**Rudi Wilfert (16. Juni)** aus Waren-Müritz und  
**Gerhard Wetzel (25. Juni)** aus Berlin.

Zum **80.** gratulieren wir

**Dr. Ernst Mecklenburg (3. Juni)** aus Berlin,  
**Leonhard Helmschrott (5. Juni)** ebenfalls aus Berlin,  
**Hans Jahnke (7. Juni)** aus Gramzow,  
**Georg Gensel (21. Juni)** aus Strausberg und  
**Vera Tenner (25. Juni)** aus Berlin.

**75** Jahre werden alt:

**Joachim Spinler (10. Juni)** aus Potsdam,  
**Bodo Troschke (16. Juni)** aus Berlin und  
**Gerald Geiling (26. Juni)** aus Muldenstein.

Auch die jüngeren Semester rücken auf.

**70** Jahre werden alt:

**Dr. Ingo Kurtz (11. Juni)** aus Dessau,  
**Herbert Spalt (11. Juni)** aus Leipzig und  
**Rolf Mauersberger (17. Juni)** aus Berlin.

Alles Gute zum **65.** Geburtstag wünschen wir

**Rudolf Lojewski (7. Juni)** aus Tann,  
**Sabine Otto (14. Juni)** aus Cottbus,  
**Roswitha Möller (19. Juni)** aus Gera und  
**Helmar Schoth (22. Juni)** aus Boock.

Die junge Garde wird reifer.

Unsere Gratulation zum **60.** geht an

**Hans-Jürgen Hermann (18. Juni)** aus Teterow und  
**Peter Wolter (18. Juni)** aus Berlin.

Redaktion  
und  
Förderverein  
übermitteln  
herzliche  
Glückwünsche  
an unsere  
Jubilare

# Als uns der sowjetische Leuna-„General“ rufen ließ Wo bleiben die Frauen?

Seit längerer Zeit beschäftigt mich die Frage, warum sich Frauen und Mädchen, sicher aus unterschiedlichen Gründen, immer stärker vom aktiven politischen Leben zurückziehen.

Es ist eine Glanzleistung des „RotFuchs“, daß in ihm so viele Leser zu Wort kommen. Mir fällt aber auf, daß der Anteil der Frauen unter jenen sehr gering ist, die sich in seinen Spalten äußern. Ich habe mir einmal den Jahrgang 2006 vorgenommen und eine Übersicht angefertigt, damit meine Gedanken durch Fakten gestützt werden können: Wir hatten 381 veröffentlichte Leserzuschriften, wovon nur 27 von Frauen stammten. Das waren ganze 7 %.

Als ich darüber nachdachte, erinnerte ich mich an meinen eigenen Weg. 1945 wurde ich als 17-jährige bei der ersten Betriebsratswahl Jugendbetriebsrätin im Chemiewerk Leuna. Der sowjetische Generaldirektor lud den Betriebsrat zur Sitzung ein. Ob alle da seien, wollte er wissen. Ja, meinte der Betriebsratsvorsitzende. Aber wo sind denn die Jugend- und die Frauenbetriebsrätinnen, erkundigte sich der Generaldirektor beim Vorsitzenden, dem SPD-Mitglied Zschäge. Dieser erklärte daraufhin, daß er beide nicht eingeladen habe, da sie sowieso keine Ahnung hätten, so daß es bloße Zeitverschwendung sei. Der „General“ unterbrach daraufhin die Beratung und verlangte, Kollege Z. möge unverzüglich die Frauen holen lassen. Seine Begründung lautete: „Wenn wir sie nicht einbeziehen, wird es dabei bleiben, daß sie keine Ahnung haben.“ Vor Wut lief Z. rot an. Er holte uns persönlich und reagierte mit einigen scharfen, völlig unqualifizierten Bemerkungen seinen Zorn an uns ab.

Das Direktionszimmer war mit schweren dunklen Möbeln und riesigen Polstersesseln ausgestattet. Verschüchtert betraten wir den Raum. Der „General“ forderte uns auf, Platz zu nehmen. Ich wurde von dem gewaltigen Sessel fast verschluckt. Die Sitzung begann. Gespannt verfolgte ich die Vorträge der deutschen Direktoren. Von Zahlenkolonnen bombardiert, schrieb ich mir Dinge auf, die ich überhaupt nicht verstand. Damit kam ich nicht weit. Nach Beendigung der Zusammenkunft war mir klar, daß alles an mir vorbeigerauscht war.

Wenige Tage später wurde ich wieder zum Generaldirektor beordert. Mit weichen

Knie folgte ich gehorsam der Aufforderung. Erneut stand ich ziemlich hilflos in dem wuchtig möblierten Raum. Der „General“ wollte nun von mir wissen, was ich läse, ob ich warme Bekleidung besäße und welche Garderobe ich zu Sitzungen oder festlichen Anlässen anziehen könnte. Ob ich, außer denen, die ich trüge, auch noch andere Schuhe hätte, fragte er mich. Ich antwortete wahrheitsgemäß. Dann holte er die „Tägliche Rundschau“ – das deutschsprachige Blatt der Sowjetischen Militäradministration – und machte mit mir eine regelrechte Zeitungsschau. Diese Unterrichtsstunde werde ich wohl zeitlebens nicht vergessen. Nachdem er mich verabschiedet hatte, händigte mir die Sekretärin des Generaldirektors Bezugsscheine für Spinnstoffe und Schuhwerk aus. So weit der Rückblick.

Und nun meine Gedanken: Bildung ist inzwischen mehr und mehr ein Privileg der Reichen und Begüterten. Die hohe Geistlichkeit bemüht sich redlich, die Frauen wieder auf die drei K zurückstufen. Die Diskussion im Regierungslager um Krippen und Kindergärten beunruhigt mich sehr. Ich würde die 5 Milliarden Euro Steuergeschenke, die den Konzernen unlängst pro Jahr gemacht worden sind, gerne dafür verwendet sehen, die Krippenkosten zu begleichen. Da bliebe sogar noch Geld übrig.

Alles ist in Bewegung, alles ändert sich, auch die Gesellschaft. Welche realen Chancen aber haben wir, Einfluß darauf zu nehmen, daß Frauen und Jugendliche mit den gegenwärtigen und den künftig auf sie zukommenden Belastungen fertig werden? Wie kann man ihnen helfen, ihre eigenen Vorstellungen zu formulieren und zu artikulieren?

Frauen denken und fühlen anders als Männer. Sie haben meist auch einen anderen Pflichtenkreis. Gestattet man es ihnen, stehen sie im Lernen und im Leben

nicht hinter dem „starken Geschlecht“ zurück.

Als Diplomlehrerin in der Erwachsenenqualifizierung und als Berufsschullehrerin habe ich erfahren, wie fleißig sich Frauen bilden, wie sie arbeiten. In der DDR wurde immer darauf geachtet, daß sie ihre Rechte überall wahrnehmen können. Wichtige Gesetze haben wir im Unterricht behandelt. Man konnte die Texte auch überall im Buchhandel erwerben.

Wir Frauen machen rund 50 % der Bevölkerung aus und haben nach wie vor auf die Erziehung der Kinder den größten Einfluß. Viele von uns auch auf den Mann. Da der heutige Staat und die ihn tragenden Parteien sich nicht um die Frauen kümmern, werben ganz andere um ihre Gunst und ihre Wählerstimmen. Können wir dabei passiv zusehen? Unser „RotFuchs“ ist eine anspruchsvolle Zeitschrift. Doch er ist außerstande, schon alle Lücken zu schließen. Obwohl sich seine Auflage vervielfacht hat, ist er für die meisten noch kein Begriff. Deshalb meine Bitte: Vielleicht findet das Autorenkollektiv des RF einen Ansatz, um mehr Leserinnen und Mitgestalterinnen des Blattes zu gewinnen. Es wäre sicher gut, wenn sie aus ihrer Erfahrung und ihrer gegenwärtigen Tätigkeit berichten würden. Mir schwebt dabei auf keinen Fall eine Quote vor. Aber wenn Frauen und Männer an einem Strang ziehen, können wir unsere Ziele besser erreichen. Wir müssen uns mehr um die Frauen kümmern, damit sie nicht auf der Strecke bleiben. Der sowjetische Generaldirektor in Leuna hat es mir damals vorgemacht.

Wie war das doch mit der 13. Feuerbach-These? Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.

Schließlich möchten wir den nachfolgenden Generationen unser Banner guten Gewissens überlassen.

**Brigitte Marx, Zörbig**

**Die Jugendbibliothek Gera e.V.**  
Keplerstr. 34–36, Tel. 0365/55237 35,  
begeht am **8. Juni** um **18 Uhr** den

**2. Jahrestag ihres Bestehens.**

Am **15. Juni** und am **20. Juni**  
findet das

**Grundlagenseminar des  
Marxismus-Leninismus**

jeweils um 18 Uhr statt.

Gäste sind herzlich willkommen.



**Reiche Chancen in der BRD**

**Zeichnung: Lydia Kuhnt**

# Alexei Leonow schwebte als erster Mensch frei im Weltraum

## Das Herz am rechten Fleck

Sensationelle Fotos gingen am 19. März 1965 um die Welt: Sie zeigten den sowjetischen Kosmonauten Alexej Leonow, der zusammen mit Pawel Beljajew im Raumschiff Woschod 2 gestartet war. Als erster Mensch führte er ein Ausstiegsmanöver durch und hielt sich zwölf Minuten frei im Weltraum auf.

Für viele von uns ist Alexej Leonow, der am 30. Mai seinen 73. Geburtstag beging, kein Unbekannter. Er diente Mitte der 50er Jahre als Jagdflieger bei einer sowjetischen Einheit in Altenburg und besuchte nach seinem Weltraumspaziergang die DDR. Zusammen mit anderen Journalisten hatte ich Gelegenheit, ihn auf seiner Rundreise zu begleiten. Dabei kam es vor allem mit jungen Leuten zu vielen freundschaftlichen Begegnungen. Schlagfertigkeit, urwüchsiger Humor und ein kritisches Auge brachten dem Kosmonauten überall herzliche Sympathien ein. In Schwerin wurde Leonow gefragt, was er aus kosmischer Höhe auf der Erde gesehen habe. Wie aus der Pistole geschossen antwortete er: „Ich sah den Kaukasus und das Ufer des Schwarzen Meeres, die Städte und die weiten Felder, und es war genau zu erkennen, welche Bauern gepflügt hatten und welche in der Frühjahrsbestellung säumig waren.“

In Magdeburg erhielt Alexej Leonow eine Nachbildung des bekannten Vakuum-Versuchs Otto von Guericke in miniature: die zwei zusammengefügte luftleer gepumpten Halbkugeln, die selbst von mehreren Pferden nicht auseinandergezogen werden konnten. Leonow betrachtete das ihn erfreuende Geschenk, dann rief er den Dozenten und Studenten der Technischen Hochschule zu: „Unsere Freundschaft soll unzertrennbar bleiben wie die Kugel des Otto von Guericke!“

In Potsdam empfing eine Schülerkapelle Leonow mit dem „Lied der Roten Flieger“. Begeistert hörte der Kosmonaut die Melodie, dann ging er auf den jungen Kapellmeister zu, ließ sich den Taktstock geben und dirigierte selbst; dazu sang er den Text. Die Kinder staunten. Einen kosmischen Dirigenten hatten sie noch nicht erlebt.

In mehreren Städten baten Brigaden den Kosmonauten, seinen Namen tragen zu dürfen. Leonow sagte nicht so ohne weiteres zu, sondern erkundigte sich immer zuerst nach den Leistungen und Plänen der Antragsteller. Als Jugendliche in Berlin eine solche Bitte vorbrachten und Leonow ein Fernglas für den nächsten Raumflug überreichten, besah er sich dieses und sagte dann: „Ich werde aus dem Kosmos kontrollieren, wie die Brigade arbeitet.“

Im Tierpark Berlin empfing ihn der stellvertretende Direktor Dr. Petzold. Zugegen waren auch sein Kosmonautenbruder Pawel Beljajew und beide Gattinnen. An der Vogelvoliere erkundigte sich Leonow: „Wo bleiben die Tiere im Winter?“ „Ein Teil hier im Freien, der Rest wird in warme Käfige gebracht“, lautete die Antwort. Darauf Pawel Beljajew: „Wie fängt man die Vögel?“ Dr. Petzold: „Wir locken sie mit



Futter an“. „Na ja“, kommentierte Leonow, „viel reden hilft nichts. Materielle Interessiertheit ist besser.“

Vor dem Hauptbahnhof in Schwerin brachte der Kosmonaut das Protokoll durcheinander, Nach den Ansprachen sollte er sofort in den Wagen steigen und zum Fernsehturm Zippendorf gefahren werden. Doch Junge Pioniere umringten ihn und baten um Autogramme. Leonow

ließ seine Begleiter stehen und die Autos warten, zückte den Federhalter und gab Unterschrift auf Unterschrift. Erst als alle Kinder zufriedengestellt waren, ging die Fahrt los.

Einmal wurde Leonow über das Leben im sowjetischen Sternenstädtchen, dem Wohnort der Kosmonauten, befragt. Nachdem er einiges erzählt hatte, fügte er scherzhaft hinzu: „Ich bin in der Kosmostadt für die Wandzeitung verantwortlich. Manchmal habe ich Sorgen, weil meine Himmelsbrüder säumig sind. Einmal, als gar kein Material vorlag, gestaltete ich eine besondere große Wandzeitung, malte lauter Rahmen um leere Flächen und schrieb zum Beispiel darunter: „Das ist die Zeichnung von Juri Gagarin.“ Eine solche „Sonderausgabe“ war allerdings nur einmal nötig.

Alexej Leonow sprach auf einer großen Kundgebung in Dresden. Seine Erlebnisse in der DDR faßte er so zusammen: „Freundschaft ist das erste Wort überall in der DDR. Die Jüngsten wie die Ältesten kennen es. Freundschaft gehört zu den größten Schätzen im Leben.“

**Aufgezeichnet von Rudolf Janert**

## Offener Brief an Herrn Dr. Hubertus Knabe

In Ihrem jüngsten Buch „Die Täter sind lunter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur“ maßen Sie sich die Rolle des Zensors, Anklägers und Richters gegenüber all jenen an, die ihre Biographien und die Geschichte der DDR nicht dem Diktat einiger überlassen.

Ein Abschnitt lautet „Die Hohenschönhausen-Lüge“. Mancher Leser wird fragen: Worin besteht diese Lüge, wer verbreitet sie? Sie widmen mir in diesem Abschnitt zwei Seiten. Meinen Text „Das Gruselkabinett des Dr. Knabe(lari)“ betrachten Sie als „vorläufigen Höhepunkt“ des Kampfes gegen die „Gedenkstätte“, aber Sie versuchen nicht, meine Behauptungen und Wertungen zu widerlegen. Ich erlaube mir, aus Ihrem Verdikt zu zitieren: „Ein ehemaliger Dozent der Pädagogischen Hochschule in Dresden, der dank des Einigungsvertrages weiterhin seinen Professorentitel führen darf, rechnet in der 128 Seiten starken Kampfschrift mit der Gedenkstätte ab, daß man (?) noch heute Mitleid mit seinen Studenten bekommt.“

Was hat die frühere Dozentur mit der „Kampfschrift“ zu tun? Wogegen ist denn der „Kampf“ gerichtet, gegen die Lügen und Fälschungen des Dr. Knabe oder gegen das Gedenken? (Ich hätte nichts dagegen, wenn alle Haftanstalten Gedenkstätten würden, z.B. auch Moabit oder Stammheim.) Die zwei Professuren (ordentliche und außerordentliche, worüber es in der DDR einen Witz gab) waren keine Geschenke, auch für die Festlegung im Einigungsvertrag muß kein DDR-Wissenschaftler zu Kreuz kriechen.

Was „meine“ Studenten und Schüler betrifft: Es sind über 10000, die mich als Lehrer kennengelernt haben. Auch in diesem Sommer fahre ich wieder zu Klasesentreffen meiner ersten Schüler nach 1945 und werde von Studenten eingeladen. Bis jetzt hat noch keiner das „Bedauern“ Knabes geteilt. (Wie Sie nach 45 Dienstjahren beurteilt werden, kann man nur vermuten. Es geht mich aber nichts an.) Ich versichere hier: Am 80. Geburtstag und am Tage meiner Beisetzung wird eine Kopie Ihrer zwei Seiten verteilt, damit die Teilnehmer einen Spaß haben. Kopiert darf doch wohl werden?

Sie zitierten den GRH-Vorsitzenden Hans Bauer: „Treten wir den Geschichtsfälschern entgegen und für eine faire, ehrliche und sachliche Geschichtsdiskussion in ganz Deutschland ein. Jetzt erst recht!“ Was ist an einer solchen Forderung auszusetzen? Fürchten Sie eine faire Diskussion? Warum ist für Sie eine andere Erfahrung und Meinung bereits ein „Schönreden der SED-Diktatur“?

Es gibt viele Leute, die sich über Aufgaben und Wirkung der Geschichtsschreibung geäußert haben, kluge und dumme. Aber daß sie Bausteine liefern soll, um ganze Geschichtsabschnitte zu verteuflern und Andersdenkende zu diffamieren, ist selten. Und die Wirkungen des Antikommunismus sind in der deutschen Geschichte verheerend.

Aber schon da werden wir uns nicht einig – zum Glück für mich.

**Prof. em. Dr. sc. phil. Horst Schneider**

# Wie Glanz und Gloria in Potsdams Mitte wiederhergestellt werden Preußischblau sei's Panier!

Die Würfel für die „Mitte von Potsdam“ sind gefallen. Wer geglaubt hatte, daß sie wenigstens einen Schein von Rosa tragen würde, muß ein trutziges Preußischblau zur Kenntnis nehmen. Noch ist dieses durch hellrosa Tünche verdeckt, aber es ist abzusehen, wann der Belag blättert.

Worum geht es? Um die Rekonstruktion eines Stadtbildes, das 1945 im Bombenhagel alliierter Geschwader vernichtet wurde? Oder handelt es sich vielmehr um die Wiederherstellung auch der äußeren Insignien großbürgerlich-kapitalistischer Macht? „Rückbau“ nennt man heute den Abriß von vielem, was in 40 Jahren DDR entstanden ist. Die willkürliche Zerstörung des Palasts der Republik in Berlin lieferte dafür die Vorlage.

Bei uns geht es um den „Geist von Potsdam“, der beschworen wird. Gemeint sind damit Militarismus, Obrigkeitdenken, Unterordnung der Mittellosen unter die „gottgewollte Ordnung“. Dazu bedarf es jedoch gewisser Symbole. Eines Schloßdenkmals, einer Garnisonkirche, eines Luisenplatzes anstelle des Platzes der Nationen, wo doch sonst so viel von Multikulti geredet wird.

Auch das Ernst-Thälmann-Stadion in Potsdams Mitte muß weg. Die Methode folgt fast immer demselben Strickmuster: Man läßt einen Bau verrotten, gibt ihn dem Vandalismus preis, um dann sagen zu können, der „Schandfleck“ müsse endlich beseitigt werden. Wer sind die geistigen Hintermänner für Preußischblau? Zweifellos gehören dazu konservative Vereine und Traditionsverbände, die Preußens Auflösung durch ein 1947 erlassenes Gesetz der Alliierten nie verwunden haben. Nach dem Motto „Ihr braucht uns noch mal!“ waren sie im Westen immer präsent gewesen. Als Abgeordnete oder als Lobbyisten treiben sich ihre Vertreter jetzt in beschließenden Gremien herum und nutzen den dort gewonnenen Einfluß. Seit Jahrzehnten pflegen sie Preußens Glanz und Gloria. Lang ist ihr Atem, und langfristig sind ihre Pläne. Die Neuerrichtung des wenige Wochen vor dem Sieg der Roten Armee 1945 durch einen Luftangriff zerstörten Potsdamer Stadtschlusses gehört zu ihren bis 1989 irrealen Traumbildern. Seit eh und je führen solche „Traditionsvereine“ der alten BRD das große Wort.

Nach der Zerschlagung der DDR hatten sie freie Bahn. Tatsachen wurden in Windeseile geschaffen. Ein 1987/88 errichteter Theater-Rohbau auf dem Alten Markt wurde 1990 abgerissen. Dort will man ein Hohenzollern-Denkmal neu entstehen lassen.

Immer wieder mal auf die Tagesordnung gesetzt, dümpelte das Vorhaben ebenso wie der Garnisonkirche genannte Militärtempel vor sich hin. Die Öffentlichkeit

wollte wenig davon wissen. Dann „entdeckten“ Preußenfans, daß unter dem von einem Rasen verborgenen Schloßfundament gewaltige historische Erkenntnisse schlummern könnten. Flugs begann man zu buddeln, weder Kosten noch Mühe scheuend. Und schon war die Anlage zerstört. Man fand etwas, doch so toll war's nicht. Immerhin – das Schloß wurde wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Und die Potsdamer Abgeordneten spielten mit. Es entstand eine regelrechte „Schloßfraktion“. Die PDS wehrte sich zunächst bei der zweimaligen Abstimmung. Auch andere Mandatsträger lehnten das Ansinnen der Ewiggestrigen ab. Jedenfalls solange, bis die Fraktionschefs ihre Widerständler weichgekocht hatten. Am 31. Januar beugte sich eine derart zusammengezwungene Mehrheit dem Druck.

57 % der Potsdamer hatten bei Umfragen das Schloß abgelehnt. Aber eine Reihe von PDS-Abgeordneten machte den Kotau vor den Monarchie-Anbetern mit. Der Landtagsneubau auf dem Grundriß des Potsdamer Schlosses wurde ins Auge gefaßt. Natürlich verbuchte die PDS-Fraktion den „Erfolg“, daß das Gebäude offiziell nicht als „Schloß“ bezeichnet wird.

Was kommt, werden wir sehen. Aus der Erfahrung kennt man die Absichten der Schloß-Befürworter und ahnt, was sie und ihre geistigen Väter im Schilde führen: Weitere Bauwerke sollen die 1945 beerdigte Preußengeschichte wieder heraufbeschwören. Schon jetzt redet man von der Neugestaltung des gesamten Häuserensembles am Alten Markt.

Dafür spricht alles. Der 295. (!) Geburtstag Friedrichs II. wurde nur wenige Tage vor besagter Stadtverordnetensitzung mit einer feierlichen Kranzniederlegung begangen. Es war fast ein Staatsakt, bei dem weder der sozialdemokratische OB und

andere Offizielle noch die Vertreter des zahlreich im Osten „zugezogenen“ Adels fehlen durften. Gleich nach 1990 hatte man eine Umbettung nach Sanssouci verfügt, und der Geschäftsführende Hohenzollern-Prinz zeigte sich huldvoll den vom „Joch der kommunistischen Diktatur“ befreiten Untertanen.

Nur in einem Teil Deutschlands waren die Preußen-Hohenzollern nach 1945 auf das Maß einer absolutistischen Fürstendynastie zurückgeholt worden. In der BRD blühten hingegen Verherrlichungslegenden über den „Alten Fritz“ und dessen Vorfahren schon bald wieder auf. Mit der Annexion der DDR war der Weg dafür in ganz Deutschland frei.

Franz Mehring schrieb in der Lessing-Legende: „In dem Kampfe zwischen einer ehrlichen Forschung und einer unheilbaren Illusion wird ihnen (den Historikern, d. A.) Friedrich bald zum kompletten Narren, bald zum majestätisch tragischen Phantom, während er tatsächlich nichts war als ein dynastischer Despot des achtzehnten Jahrhunderts, in all seiner Gescheitheit und in all seiner Beschränktheit.“

Preußenvereine gibt es inzwischen überreichlich. Im Internet erscheint unter vielen der Verein Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg. Er „bewahrt und pflegt preußisch-fridericianisches Gedankengut und preußische Tugenden ... Er will als Initialzündung für eine geistige Erneuerung Deutschlands wirken: Deutschland soll wieder als Vaterland begriffen werden, dem zu dienen größte Ehre ist.“ Frau Merkel hat diesen geistigen Dienst inzwischen aufgenommen.

Die Gespenster leben. Ihre Aktivitäten reichen von Ritualen zur Verherrlichung des Militarismus, wobei sich großgewachsene Männer dazu hergeben, Soldat zu spielen, über die Eröffnung pseudowissenschaftlicher Ausstellungen bis zum Glockenspiel „Üb immer Treu und Redlichkeit“ – ein Maßstab, nach dem sich die herrschende Klasse nie gerichtet hat. Preußenglorifizierung ist das Panier. Es geht dabei um die Verbreitung der Ideologie des erzkonservativen Lagers. Der Bogen ist nicht weit zu der neuen Elite-Politik, zu Eliteschulen und -Universitäten, zu den „Eliten“ in den Banken und Konzernen, die natürlich auch Gehälter beziehen, die die Bezüge eines Normalverdieners um ein Vielfachtes übersteigen.

Anhimmelnde Preußenglorifizierung gehört heute ebenso zum „geistigen“ Instrumentarium der Bourgeoisie wie rabiater Antikommunismus. Ihr Ziel besteht nicht zuletzt darin, von der Brutalität kapitalistischer Wirklichkeit abzulenken. Das sollten jene Abgeordnete „verinnerlichen“, die den Willen einer Mehrheit der Potsdamer in den Wind geschlagen haben.

**Dr. Kurt Koopmann**

## Lenin bleibt

Schwerins Stadtvertretung hat mit 21:19 Stimmen bei zwei Enthaltungen den Abriß des Lenin-Denkmal abgelehnt.

Eine Lenin schmähende „Informationstafel“ wurde indes „parteiübergreifend“ beschlossen.

Der Fraktionsführer der Linkspartei, Böttger, lobte die dazu geführte öffentliche Diskussion als „besonders wertvoll für den Meinungsbildungsprozeß“.

## Ansichten eines Genossen, der lange nach einer politischen Heimat suchte

# Aus dem „Hamsterrad“ befreit

Als mein Staat DDR verkauft wurde, war ich etwas über ein Jahr älter als dieser. Inzwischen habe ich sein Ende um mehr als anderthalb Jahrzehnte überlebt. Diese Jahre in erzwungener Selbstständigkeit, mit besserem Konsum und schlechterer Lebensqualität sind wie im Flug vergangen. Für früher gewohntes gesellschaftspolitisches Engagement blieb kaum Zeit, und außerdem stand ja auch die Frage: Wo sollte dieses stattfinden?

Meine Frau ist praktizierende Ärztin und unser Sohn – zur „Wende“ 11 Jahre alt – jetzt nicht ganz freiwillig Stationsarzt einer Universitätsklinik in der Schweiz. So scheint der nie auszuschließende private soziale Abstieg für uns momentan eher unwahrscheinlich. Für Millionen in Deutschland ist er aber schon Realität, und für viele weitere Millionen verheißt das Kommende wenig Gutes, womit wir wieder eingeschlossen sind.

Im Jahre 2004 habe ich mich teilweise aus dem „Hamsterrad“ befreit und die erzwungene und mir selbst auferlegte Zurückhaltung beendet. Aus unzähligen Notizen seit 1989, meinen Kenntnissen aus der Wirtschaft des Sozialismus und des Kapitalismus, vielen Reisen in die Welt und meinem politischen Engagement als Kommunist in der DDR habe ich 2005 ein Buch mit dem Titel „Im Krebsgang in die Zukunft“ (Ingo-Koch-Verlag, Rostock, ISBN 3-938686-27-8) geschrieben. Dabei und danach habe ich bis heute gesucht, wo Gleichgesinnte eine politische Heimat und Plattform gefunden haben, die der sogenannte SED-Nachfolger PDS für mich nie war und nicht ist. Bei dieser Suche bin ich auch auf den „RotFuchs“ aufmerksam gemacht worden, dessen Nr. 104 mir zunächst vorlag. Erstmals las ich eine Zeitschrift, die mich mit nur einem Exemplar überzeugt hat. Sie ist seitdem meine Lektüre und Tribüne. Als Wirtschaftswissenschaftler empfinde ich die Tendenz sehr wohltuend, sich kritisch mit dem realen Sozialismus auseinanderzusetzen und dabei den Schwerpunkt darauf zu legen, wie man die sozialistische Gesellschaft künftig effektiver gestalten kann. Eine menschenwürdige Ordnung wird uns nicht als Geschenk überreicht; wir können sie nur selbst erkämpfen und

wir wissen um die Mittel, sie bewußt zu gestalten.

Noch leben viele, die sich im realen Sozialismus bemüht haben, immer und überall ihr Bestes zu geben. Sie fragen sich heute berechtigterweise, wie es möglich war, daß ihr Bestes nicht ausgereicht hat. Was sollen sie tun? Hierauf zu antworten, vom sozialen Abstieg Betroffene und Bedrohte, Wissende und Kritiker des überholten kapitalistischen Gesellschaftskonzepts zu aktivieren – das stellt derzeit die Aufgabe der Kommunisten dar. Ohne Zweifel ist es dabei wichtig, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Aber mit der Suche nach Fehlern, Schuldzuweisungen, hochintellektuellen Auslegungen von bewußt oder unbewußt zweifelhaften, oftmals aus der Not geborenen Entscheidungen oder mit einer Verklärung der Vergangenheit wird die Entwicklung nicht einen Zentimeter vorangebracht. Klar, es fehlt das Konzept, das heute und für morgen auf alle Fragen des Lebens schlüssige Antworten zu geben vermag. Marx hat seinen Nachfolgern noch viel Raum für kreatives eigenes Weiterdenken gelassen. Auch Lenin und andere marxistische Wissenschaftler nach ihm vermochten nicht alle Lücken zu schließen. Was sie nicht vollbrachten, wird wohl kurzfristig kaum zu bewältigen sein. Der Kampf der Gegensätze, auch der Klassenkampf, findet jedoch täglich statt. Dieser Konflikt bringt nicht nur ständig neue Erkenntnisse für den objektiven Nachfolger des Kapitalismus, sondern auch für jene, welche das seit über 300 Jahren herrschende Gesellschaftssystem ins Unendliche verlängern wollen. Kommunisten dürfen sich nicht dazu verleiten

lassen, ängstlich darauf bedacht zu sein, jegliche Fehler der Vergangenheit und kommender Tage generell zu vermeiden oder die Lösung von einer Theorie für jeden Einzelfall zu erhoffen. Ihre Vorstellungen müssen sich in einer Praxis beweisen, die sich ständig verändert.

Um den Kapitalismus zu überwinden und vor allem, um zu verhindern, daß er noch einmal erfolgreich die faschistische Karte spielen kann, muß man den Ausbeutern die politische Macht und das privatkapitalistische Eigentum entziehen. Dabei helfen uns die Lehren von Marx, Engels und Lenin ebenso wie die Erfahrungen der Kommunisten aller Länder, wobei wir davon ausgehen dürfen, daß jeder kommende Sozialismus besser sein muß als dessen erste Varianten, auf deren positiven Erfahrungen wir aufbauen.

Marxisten wissen, daß Sozialismus weder perfekt noch umfassend gerecht sein kann. Und: Es wird niemals gelingen, den Übergang zur neuen Gesellschaftsordnung gleichzeitig oder schlagartig überall in der Welt zu vollziehen. Man muß den Kampf um die Macht der vom Kapitalismus ausgebeuteten und ausgegrenzten Massen also konsequent und mit langem Atem führen, wohl wissend, daß die Probleme nicht vor der Etablierung des neuen Systems, sondern erst von diesem selbst gelöst werden können. Solange eine landesweite und von starken Kräften in der Gesellschaft unterstützte kommunistische Alternative fehlt, geht es um die beharrliche Sammlung von Mitstreitern, wobei man Meinungsunterschiede durchaus in Kauf nehmen muß.

**Klaus Liebrecht**

Am **22. Juni** begeht unser verdienter Autor

**Prof. Dr. Werner Roß**

Vorsitzender der *Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen*, seinen **75. Geburtstag**.

Redaktion und Förderverein übermitteln ihm herzliche Glückwünsche. Der bewährte Kommunist war zuletzt als Prorektor der Technischen Hochschule Zwickau tätig.



**Lateinamerika geht voran: Nikaraguas Präsident Daniel Ortega, Kubas Vizepräsident Carlos Lage, Venezuelas Präsident Hugo Chávez, Boliviens Präsident Evo Morales und Haitis Präsident René Préval auf dem jüngsten ALBA-Gipfel im venezolanischen Barquisimeto**

# Sachsens schwarze Kleingeister spielen sich als Marx-Töter auf Unflätiges von Herrn Flath

Sachsens bisherige Kultusminister haben viel gemeinsam. Sie alle nutzten die Vorzüge des sozialistischen Bildungssystems der DDR, bezogen Stipendien, absolvierten Universitäten und Hochschulen, erwarben Diplome. Zwei von ihnen konnten sogar promovieren. Bei der CDU stiegen sie die Leiter empor.

Nach der konterrevolutionären Rückwende 1989/90 haben sie allesamt die Chancengleichheit im Bildungswesen zunichte gemacht. Sie taten ihr „Bestes“, um auch Sachsen das zu sozialer Ausgrenzung führende Schulsystem überzustülpen.

So mußte die hiesige Lehrerschaft seit 1990 Dresdner Vorgesetzte überstehen, die das Schulwesen auf ein Niveau heruntersetzten, welches die „PISA-Studie“ hinreichend charakterisiert hat.

Da war zunächst Stefanie Rehm. Sie erwies sich als inkompetent und maßlos überfordert. Ministerpräsident Biedenkopf sah sich genötigt, seine Parteifreundin wieder aus dem Verkehr zu ziehen. Frau Rehm hatte sich vor allem darauf konzentriert, Lehrerinnen und Lehrer wegen „DDR-Staatsnähe“ zu entlassen. Eine Lawine von zuweilen sogar erfolgreichen Wiedereinstellungsprozessen war die Folge.

Mit geradezu inquisitorischem Eifer kaprizierte sie sich darauf, Schulnamen, abzuschaffen, die an verdienstvolle Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung oder des antifaschistischen Widerstandes erinnerten. Clara Zetkin und Ernst Thälmann mußten in Plauen weichen. Die Karl-Marx-Schule aber widerstand den Angriffen. Bis jetzt.

Rehms Nachfolger wurde Matthias Rößler. Er behauptete, nur ein Drittel der Lehrerschaft Sachsens sei für den pädagogischen Beruf geeignet. Rößler hielt es für „normal“, daß ein Fünftel der sächsischen Jugendlichen zwischen 15 und 20 – wie eine Studie ergab – im Besitz einer Waffe war. „Als Schüler war ich auch bewaffnet, mit einem Messer und einer Schreckschußpistole“, meinte er nur. Nachdem er im hiesigen Bildungswesen mit genügend Unzulänglichkeiten aufgewartet hatte, wurde Rößler im Mai 2002 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst!

Ihm folgte der habilitierte Geograph Karl Mannsfeld, der dadurch in die Annalen einging, daß er das Schulnetz stark ausdünnete. In den vergangenen zehn Jahren wurden 870 Bildungseinrichtungen geschlossen. Die Folge war, daß sich besonders in ländlichen Gegenden die Schulwege oft in unerträglicher Weise verlängerten. Zu den bereits 1990 dichtgemachten Schulen gehörten auch jene, die zu DDR-Zeiten eine Berufsausbildung mit Abitur angeboten hatten.

Doch nun zur Gegenwart. Heute amtiert im sächsischen Staatsministerium für Kultus, wie das Ressort offiziell heißt,



ein gewisser Steffen Flath, der allein auf Karriere setzt. Er schreckt nicht vor der Verbreitung krasser Unwahrheiten zurück. So behauptete Flath, in der DDR seien die Eltern gezwungen worden, ihre Kinder in die Krippenerziehung zu geben. Gerade um Krippenplätze bemüht sich ja jetzt seine Berliner Parteifreundin Ursula von der Leyen, die dabei, ohne das zu sagen, DDR-Erfahrungen zu Rate zieht. Natürlich weiß Flath als Absolvent der Martin-Luther-Universität Halle, daß sich seine Behauptung mit der Wahrheit beißt. Doch Demagogie gehört nun einmal zum politischen Geschäft – nicht nur der CDU! Jetzt geht es um eine gewichtige Angelegenheit. Plauens größte Grundschule, die seit vier Jahrzehnten den Namen „Karl Marx“ trägt, wird nach zweijähriger Sanierung am 1. September wieder eröffnet. Das veranlaßte Bildungsbürger Flath dazu, dem Direktor sinngemäß zu erklären: „Wenn die Schule dann immer noch ‚Karl Marx‘ heißt, werde ich wohl nicht zur Feier kommen.“ Eine wirklich gewaltige Drohung!

Der Direktor sieht allerdings keinen Grund für eine Namensänderung. Und der Elternrat stimmte mit 9:1 für den Erhalt des Namens.

Erinnert wurde daran, daß in Trier eine Karl-Marx-Gedenkstätte besteht, ja, daß selbst unter Kohl im Jahre 1983 eine Gedenkmünze und eine Briefmarke zum 100. Todestag des großen Gelehrten herausgegeben wurden. Fernsehzuschauer

erinnern sich vermutlich noch an das Ergebnis einer als repräsentativ erklärten ZDF-Umfrage vor wenigen Jahren, bei der Marx für die BRD-Bourgeoisie als Zweiter „erschreckend gut“ abschnitt.

Doch möglicherweise folgt Herr Flath eher der Weisung des Vatikans vom 14. Februar 1951, wonach römisch-katholischen Christen, zu denen er sich zählt, die Lektüre von Marxens „Kapital“ ausdrücklich verboten wurde.

Bei uns in Sachsen gibt es, was das Bildungswesen anbelangt, genügend echte Probleme. Jahr für Jahr verlassen z. B. 4500 junge Menschen die Schule ohne Abschluß, was einer Abbrecherquote von 8,6 Prozent entspricht.

Um die Chancengleichheit ist es schlecht bestellt. Schüler aus ärmeren Familien besitzen bei gleichen Leistungsvoraussetzungen dreimal schlechtere Aussichten als jene, die aus „geordneten Verhältnissen“ kommen.

Was Herrn Flath betrifft, besteht die Hoffnung, daß ihn die Schulkonferenz und der Elternrat vor der Wiedereröffnungsfeier der Karl-Marx-Schule einfach ausladen. Das wäre mal ein richtiger Eklat. Doch abgesehen davon ist es beunruhigend, daß Leute seines Zuschnitts weiterhin im sächsischen Bildungswesen das Sagen haben. Wenn es nach ihnen ginge, würden sämtliche Karl-Marx-Straßen hierzulande umbenannt, wie es Plauens schwarze Kommunalpolitiker bereits vollbracht haben.

Doch über Kleingeister wie den unflätigen Herrn Flath wird die Geschichte hinweggehen. Zu Recht sagte Engels bei der Beisetzung von Marx am 17. März 1883: „Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk.“

P. S. Angesichts der zahlreichen Proteste gegen eine Umbenennung der Plauener Karl-Marx-Schule hat Herr Flath offenbar den Rückzug angetreten. Über seinen Pressesprecher ließ er die Behauptung austreten, der Kultusminister habe doch nur „einen Witz gemacht“. Schulleiter Uwe Schmidt bekräftigte demgegenüber, die Namensänderung sei von Flath ausdrücklich „angeregt“ worden.

Heinz Behrendt

Am **5. Juni** um **18.00 Uhr** spricht  
**Prof. Dr. Ingo Wagner** auf einer  
Veranstaltung der  
**Regionalgruppe Leipzig**  
im Liebknechtthaus, Braustraße 15,  
zum 90. Jahrestag von Lenins

**„Staat und Revolution“**

über aktuelle Aspekte dieser Thematik.

## Glückwunsch nach Bremen

Das hervorragende Abschneiden der Liste „Die Linke“ in Bremen erfüllt alle Antifaschisten, Kommunisten und Sozialisten mit Freude und Genugtuung. Unsere solidarischen Gefühle gelten den Bremer Genossen, die eine große Schlacht geschlagen haben. ■

# Wie Herr Müller das Siechtum seines Systems bemerkte Erkenntnisse eines Sozialdemokraten

Das ist krank, dieses System.“ Wenn ein Berliner SPD-Spitzenfunktionär diese Weisheit von sich gibt, liegt zunächst die Vermutung nahe, er könnte sich ausnahmsweise mal mit Karl Marx beschäftigen haben.

Der Mann, dem die Äußerung unlängst und eher nebenbei entglitten ist, heißt Michael Müller; er ist Vorsitzender des hauptstädtischen SPD-Landesverbandes und auch Fraktionschef seiner Partei im Berliner Abgeordnetenhaus. Wird nun das halbe Hundert SPDler, die dort sitzen, unverzüglich zur Tat schreiten, um das „kranke System“ zu überwinden? Augenscheinlich nicht. Doch die Übernahme des Chemiekonzerns Schering im Westberliner Bezirk Wedding durch den IG-Farben-Nachfolger Bayer aus Leverkusen rief Genossen Müller am 1. März – zumindest verbal – auf den Plan: „Es ist ein privates Unternehmen, das seinen Aktionären verpflichtet ist. Die klatschen leider nur, wenn sie zehn Cent Dividende mehr bekommen, und nicht, wenn Arbeitsplätze erhalten werden. Das ist krank, dieses System.“

Nun ja! Auch der Koalitionspartner der SPD ist gar nicht weit entfernt von Müllers Wertung. Und selbst Angela Merkel sprach plötzlich vom „Sanierungsfall Deutschland“, wobei sie den erkennbaren sozialen Abstieg Tausender bei BENO, EADS, Telecom und Bayer für „akzeptabel“ hält.

Wie ernst ist das „Abrücken“ Müllers und der Seinen vom Kapitalismus zu nehmen? Im „Bremer Entwurf“ für ein neues Grundsatzprogramm der SPD (Januar 2007) liest sich das Lernergebnis so: „Die SPD kann auf die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten zurückschauen: vom Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter im 19. Jahrhundert bis zur Übernahme nationaler Regierungsverantwortung in der Weimarer Republik, vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus bis zum politischen Kampf gegen den Kommunismus, vom Aufbau des demokratischen und sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik bis zur Erneuerung des wieder vereinten Deutschlands am Ende des 20. Jahrhunderts.“

Worin bestand und besteht diese Erneuerung? In der Ausdehnung des kapitali-

stischen Systems auf den annektierten Osten. Linke Phraseologie mischt sich hier mit ungebremstem Haß auf revolutionäres Gedankengut. Trotz durch viele Sozialdemokraten selbst erlittener faschistischer Brutalität findet sich im „Bremer Entwurf“ die Fortschreibung des Antikommunismus wieder. Haben nicht Mitglieder von SPD und KPD gemeinsam im Widerstand gegen Hitler gestanden? Mit gutem Grund erkannten die damaligen vier Alliierten am 1. Oktober 1946 SED wie SPD als „antifaschistisch-demokratische Parteien“ an. Zu diesem Zeitpunkt hatten sie, „um eine vollständige Ausmerzungen des Nazismus und Militarismus herbeizuführen“, die Regularien für eine Entnazifizierung festgeschrieben und befahlen in Punkt 6: „Personen, die aus öffentlichen Ämtern entfernt worden sind, werden ihre Pensions- oder sonstigen Beamtenrechte verlieren.“

Hat die SPD, seinerzeit um Kurt Schumacher versammelt und auch später, den Aufstieg der Globke, Oberländer, Gehlen und anderer Nazigrößen in der BRD verhindert? Die Tatsachen liegen auf der Hand. Schumacher und sein „Ostbüro“ führten den „politischen Kampf gegen den Kommunismus“ mit allen Mitteln. Sie verzichteten dafür auf die Verfolgung der Naziverbrecher.

Schon im Februar 1946 schuf die SPD-Zentrale eine „Untergrundorganisation in der sowjetischen Zone“. Von Diversion über Sabotage bis zum Mord reichten die in Auftrag gegebenen Verbrechen. Wolfgang Busch hat in seinem Buch „Das Ostbüro der SPD“ – es erschien 1991 im Münchener Oldenburg-Verlag – höchst detailliert darüber berichtet. Herr Müller, erst 43 Jahre alt, weiß davon vermutlich nicht allzuviel.

Die Treibjagd gegen Andersdenkende im eigenen Revier richtete sich auch gegen Mitglieder der SPD. 1972 begründete der große Demokrat Willy Brandt den „Radikalerlaß“. „Das Berufsverbot hat Hunderttausende, ja bei weitem mehr als eine Million Menschen in seinen Filter hineingezogen“, stellte Wolf-Dieter Narr 1992 in seinem Rowohlt-Taschenbuch „Die Skandale des neuen Deutschland“ fest. „Ängste gingen um (und sie gehen teilweise noch um, bis hin zur Selbstzensur, zur bekannten Schere im Kopf, die niemand

mehr bemerkt), die viele davon abhielten, sich in politischen Fragen offen zu artikulieren.“ Ja, Michael Müller hat recht: „Das ist krank, dieses System!“

Kam den SPD-Gewerkschaftsfunktionären Michael Sommer und Jürgen Peters etwa deshalb die Idee, entrüsteten Arbeitern nur noch eine Trillerpfeife in den Mund zu stecken, um sie ihre Empörung so abreagieren zu lassen? Müller bekennt auf seiner Homepage: „Ein einziger neuer Gedanke mit einem Fünkchen Wahrheit ist mehr wert als die hundertfache Wiederholung bewährter Gemeinplätze.“ Auch da ist ihm zuzustimmen.

Doch soll die Erkenntnis, daß das kapitalistische System krank ist, als neue Idee gelten? Schon Marx und Engels hatten seinerzeit konstatiert: „Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“ Das erleben Tag für Tag Hunderte Millionen Menschen im kapitalistischen Teil der Welt – natürlich auch Millionen in der BRD. Mit dem Beitritt ihrer Länder zur EU sind der soziale Abstieg und die demütigende Sorge um das Morgen für unzählige Europäer zur bedrückenden Realität geworden. Solange allerdings Regierende wie Müller nur gelegentlich mal die Tülle vom Teekessel ziehen, um etwas Dampf abzulassen, wird sich keine Änderung zugunsten der Benachteiligten einstellen. Die SPD-Führer dürften wohl kaum darüber hinausgehen. Der Zug, der zur Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse abfahren soll, wird von ihnen nicht abgefertigt. Und was ihre Berliner Koalitionspartner betrifft, so könnten sie höchstens ein paar Hostessen für den Bahnsteig stellen: „Zum Kartenkauf bitte hinten einreihen!“

Übrigens, am 10. November 1989 brachte das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen seine Zeitschrift „Wir in Ost und West“ heraus. Darin war u. a. zu lesen, die DDR habe „große Anstrengungen unternommen, um in Ausbildung und Beruf für Frauen und Mädchen gleiche Voraussetzungen zu schaffen. Seit langem bereits ist jeweils rund die Hälfte aller Erwerbstätigen, aller Lehrlinge, Abiturienten und Studenten weiblich. In der Bundesrepublik ist die derzeitige Situation kaum auf einen Nenner zu bringen. Erwerbstätige Frauen sind nach wie vor am häufigsten in niedrigeren und schlecht bezahlten Positionen zu finden, konzentrieren sich auf wenige Berufsfelder mit relativ geringen Aufstiegschancen und sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.“

Also, Herr Müller: Das uns früheren DDR-Bürgern vom Westen oktroyierte System war schon damals krank! Sie hatten es nur noch nicht bemerkt. **Hans Horn**

RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** spricht am **18. Juni um 17 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität **Rostock**, Bremerstraße 26, und am **19. Juni um 15 Uhr** in **Bergen/Rügen**, Bahnhofstraße 34 a (Frauenbund) zu Mitgliedern, Lesern und Interessenten.

Thema:

## Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung?

Veranstalter: **Regionalgruppe Rostock/Leserkreis Rügen**

## Wo ist Cassandra?

Wäre es denkbar,  
daß wie einst bei den Griechen  
einer Cassandra –  
im Besitze der Gabe,  
Unglück vorauszusehen  
und zu warnen –  
es heute gelänge,  
mit Vernunft  
solche Warnung begreifend,  
zu handeln,  
um Leid zu vermeiden?

Niemals ein Risiko?  
Jeder Wunsch,  
die eigenen Kräfte  
messen zu wollen,  
daß Neues, Besseres  
sich entfalte,  
bliebe stecken im Sand. –  
Jede Liebe,  
jung und voller Hoffnung  
dem Glück vertrauend,  
trüge im Keim schon den Tod,  
welkte vor Zeiten dahin.

Aber die Kriege,  
das Blutvergießen  
auf unserer Erde,  
wäre es nicht zu vermeiden  
in der Gewißheit, die Seherin  
hätte die Wahrheit verkündet,  
die man nie hören wollte,  
aber bei Strafe des Untergangs  
jetzt hören muß?

Könnte das sein,  
heute und hier:  
Bei Strafe des Untergangs  
der Vernunft zu vertrauen,  
wenn doch immer wieder  
die Mächtigen drängen,  
Quellen und Märkte  
der anderen zu erobern,  
ohne Rücksicht,  
daß sie das Leben der Völker  
und der Natur auf immer zerstören?

Also warten wir  
still und vor allen  
Dingen bescheiden  
auf das dritte Karthago,  
den Untergang allen Lebens  
atomar und total.

Wäre es denkbar,  
daß wir gemeinsam  
– wie die Natur  
Elemente des Himmels –  
Wind, Sturm und Wasser  
sich aufbäumen läßt aus Protest  
gegen die Jagd nach Profit,  
die Wälder vernichtend, die Luft verpestend,  
die KASSANDRA in uns  
rufen, erwecken  
als mächtigen, großen Protest,  
über Ländergrenzen hinweg  
uns auf unsere Stärke  
besinnend, demonstrierten  
ohne Gewalt,  
Zeichen setzten  
für eine Umkehr, bei Strafe des Untergangs,  
und warnten: Es gibt keine Arche Noah  
für KEINEN.  
Wäre das denkbar?

**Käthe Seelig**

## Das neue Lied der Deutschen

### Ein Text für Heino

*Mancher Briefwechsel enthält verbreitungswürdige Passagen. So auch der zwischen mir und meinem Freund, der es vorzog, in Frankreich statt in der Bundesrepublik zu leben. In unseren Briefen bleibt nichts ausgelassen, weder Politik noch Ökonomie, weder Geschichte noch Kunst und Literatur, weder Soziales noch Bildung, schon gar nicht regierender und allgemein um sich greifender Schwachsinn. In einem dieser Briefe befand sich der Text eines neuen Liedes der Deutschen. Die Vorgeschichte dazu – so interessant sie sein mag – erspare ich mir, hier darzulegen. Nur soviel: Heino, dieser Wilhelm Strienz der Bundesrepublik, seine Jünger und alle übrigen braven Deutschen sollen wieder aus vollem Herzen alle drei der Gegenwart angepaßten Strophen nach gehabter Melodie singen können.*

Deutschland braucht Dich über alles,  
über alles in der Welt.  
Deinen Mut und Deine Stärke,  
Deine Werke und Dein Geld.  
Von der Wiege bis zum Sarge,  
von frühmorgens bis zur Nacht,  
schwitze, blute, dürste, darbe,  
so wird Deutschland stark gemacht.

Mögen die Muslime toben,  
Bomben werfen, Terror schrei'n  
unser Herrgott hoch dort droben,  
läßt die Deutschen nicht allein.  
Mit uns schreiten zum Gefechte  
Thomas Blähr und Georg Busch.  
Wir verteid'gen Freiheitswerte  
bis zum fernen Hindukusch.

Deutschlands Grenzen sind gekommen  
von dem Vater auf den Sohn.  
Mitteldeutschland ward genommen,  
Königsberg, wir kommen schon.  
Danzig, Gdingen, Breslau, Posen,  
Potsdams Schande wird vergeh'n,  
wenn die Deutschen frei und einig  
wieder für Großdeutschland steh'n.

**Prof. Dr. Norbert Lehmann**

## Statt eines Kommentars

„Der Schoß ist fruchtbar noch,  
aus dem das kroch.“  
Der große gute alte Brecht  
behält mit seinem Satze recht.  
Jahrzehnte alt, gebraucht als Bild,  
nicht ahnend, daß er heut' noch gilt.

Die braune Brut kriecht aus den Ecken,  
braucht sich ja nicht mehr zu verstecken,  
Man schmust mit ihr, sie wird gestützt,  
in Trauerreden gar beschützt.

Aus einem Nazi, wohlgeraten,  
wird man da flugs zum Demokraten.  
Der Tote sei gar kein Nazi gewesen,  
meditiert man im Bierzelt und am Tresen.  
Hauptsache schwarz, was stört dabei braun,  
für die CDU genug, auf solche zu bau'n.

Hoffnung auf Vernunft wird immer geringer.  
Filbinger gebar sterbend Herrn Oettinger.

**Dr. habil. Hans-Jürgen Audehm**

## Knut geht's gut

Wenn du beim Spargelstechen schwitzt,  
Vor nicht bezahlter Rechnung sitzt,  
Verraucht zu Hause deine Wut,  
Denn ZDF weiß: Knut geht's gut.

Wenn du Sprit füllst in deinen Tank,  
Macht dich schon der Benzinpreis krank.  
Bald bist du wieder frohgemut,  
Weil ARD verkündet: Knut geht's gut.

Wenn die Tornados fliegen nach Afghanistan,  
Geht dich das alles gar nichts an.  
Am Hindukusch fließt nicht dein Blut,  
Und RTL verbreitet: Knut geht's gut.

Wenn ohne Grund du wirst entlassen,  
Kannst du zunächst es gar nicht fassen.  
Doch dann verfliegt die Zornesglut,  
Denn BILD berichtet: Knut geht's gut.

Wenn immerfort die Preise steigen,  
Hängt dir der Himmel kaum voll Geigen.  
Trotzdem verliere nicht den Mut,  
Vom Rundfunk hörst du: Knut geht's gut.

Vier Millionen sind ohne Job,  
Sagt die Statistik, nur ganz grob.  
Mancher verliert da Rock und Hut,  
Doch nicht so schlimm, denn: Knut geht's gut.

Wenn Knut einmal erwachsen ist,  
Genüßlich seine Robben frißt,  
Die Medienfrage, die wiegt schwer:  
Wie nur – ein neuer Knut muß her!

Wenn's Bärchen nicht vorhanden ist,  
Verbreiten wir auch andern Mist:  
Ein deutscher Papst, ein „Stasi-Schwein“,  
Uns fällt noch immer etwas ein.

Zu Herzen geh'n muß die Postille,  
Dann hält die Unterschicht auch stille.

**Peter Poeschmann**



**Grafik: Karlheinz Effenberger**

Wenn von der Gestaltung des Sozialismus die Rede ist, wird leider oft schematisch gedacht und vergessen, die Marxsche Dialektik anzuwenden. So werden nicht selten Plan und Markt absolut entgegengestellt und die Anwendung von Wertkategorien verteufelt. Auch in verschiedenen Artikeln des „RotFuchs“ zu sehr unterschiedlichen Themen flammt immer wieder der Gedanke auf, daß Markt, Konkurrenz und Wertgesetz etwas Negatives darstellen, das man höchstens noch in der Übergangsperiode dulden solle (Nr. 108, S. 4). Das Wertgesetz trage schließlich eine Mitverantwortung für die Verwerfungen der kapitalistischen Gesellschaft, und man müsse sich bestenfalls über einen begrenzten Freiraum für sein Wirken unterhalten (Nr. 109, S. 16). Durch Einschränkung des Wertgesetzes solle das Primat der Politik über die Ökonomie gesichert werden, und bei gesellschaftlichem Eigentum sei keinerlei Konkurrenz gewollt (Nr. 107, S. 18). Das alles stellt die Dinge auf den Kopf und ist völlig undialektisch. Wir müssen uns davon frei machen, den Sozialismus als ein widerspruchsfreies Gegenstück zum Kapitalismus zu sehen, wie Plan gegen Markt, wettbewerbsfreie Kooperation gegen Konkurrenz, solidarische Moral gegen Gewinnstreben, Enthusiasmus gegen materielle Interessiertheit usw. Damit sind wir im realen Sozialismus schon einmal ökonomisch nicht sonderlich zu Rande gekommen, ohne damit große Erfolge insbesondere auf sozialem Gebiet leugnen zu wollen. Es fehlte aber an ausreichenden Triebkräften für die Erzielung höchster Arbeitsproduktivität, nach Marx und Lenin das Entscheidende für den endgültigen Sieg des Sozialismus. Auch Dr. Dr. Ernst Albrecht geht in seinem hochinteressanten Beitrag (Nr. 110, S. I–IV) auf diese Probleme ein.

Der Marxismus hat uns doch auch ein neues philosophisches Herangehen an die Gesellschaftsentwicklung geschenkt, eben die materialistische Dialektik. Mit dem Sozialismus verschwinden die Bewegungswidersprüche komplexer Gesellschaften nicht. Man kann sie auch nicht wegdekretieren oder sich um ihre Lösung herumogeln, wie das zum Teil versucht wurde.

Sozialistische Ware-Geld-Beziehungen dienen der positiven Gestaltung ge-

sellschaftlicher Widersprüche wie der fortschreitenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der notwendigen ökonomischen Selbständigkeit bzw. Eigenverantwortung der Produzenten, woraus sich weitere Einzelwidersprüche ergeben, die sich in verschiedenen Wertkategorien manifestieren. Die Marxsche Werttheorie ist doch ein Musterbeispiel für die Anwendung der Widerspruchsdiagnostik, die sich durch alle drei Bände des „Kapitals“ zieht. Für die Lösung grundlegender Widersprüche in der Gesellschaft sind die Ware-Geld-Beziehungen wie die Planung

der Produktion (8), die im komplexen gesellschaftlichen Wertbildungsprozeß eine große Rolle spielt, zu ermitteln. Also acht schwerwiegende Einwände, die letztlich negierte Widersprüche betreffen.

Es ist ein Irrglaube, daß Wert- und Geldformen die Ursachen von Ausbeutung, Maximalprofit und Unmenschlichkeit darstellen. Marx nennt das Geldfetischismus. Man sagt zwar „Geld regiert die Welt“, aber es sind die Eigentums- und Verteilungsverhältnisse, welche sich dahinter verstecken und die entscheiden.

## Fanatikern einer Gegenüberstellung von Markt und Plan ins Stammbuch Über Leute, die das Wertgesetz mit der Feuerzange anfassen

eine große Errungenschaft und nicht etwas, was Kommunisten lieber mit der Feuerzange anfassen sollten. Das habe ich in zwei Beiträgen bereits begründet.

Es nützt letztlich nichts, unter Hinweis auf die rasante Computerwelt die Möglichkeit einer direkten Arbeitszeitrechnung und eines äquivalenten Arbeitsaustausches ohne Geldformen zu proklamieren, wie das z. B. Heinz Dieterich und Arno Peters mit ihrer Äquivalenzökonomie als postkapitalistisches Projekt tun. Man kann nicht einfach Arbeitszeiten gegeneinander austauschen. Marx erläutert ausführlich, daß im Wert verschiedene konkrete (1) und unterschiedlich komplizierte (qualifizierte) (2) Arbeiten auf einfache abstrakte (3) Arbeit an sich in durchschnittlicher Höhe (4) gebracht sind und komplizierte Arbeit als multiplizierte (5) einfache Arbeit wirkt. Auch unterschiedliche Intensität (6) der Arbeit gilt es zu beachten. Diese Bewegungswidersprüche der gesellschaftlichen Arbeit können mit Arbeitszeitrechnungen nicht erfaßt werden. Hinzu kommt, daß auch im Sozialismus der Produzent neben dem notwendigen Produkt ein Mehrprodukt (7) schaffen muß ( $c+v+m$ ), um dort sogar viel höhere gesellschaftliche Erfordernisse konsumtiver und investiver Art befriedigen zu können. Es ist also nicht möglich, zwischen den Arbeitenden völlig gleiche – äquivalente – Mengen an Arbeit auszutauschen und es jedem einzelnen zu überlassen – als Ausdruck höchster Produzentendemokratie –, auf welche Teile er davon für gesamtgesellschaftliche Aufgaben verzichtet. Den utopischen „unverkürzten Arbeitsvertrag“ Ferdinand Lassalles wird es auch in einem „Computer-Sozialismus“ (Arno Peters) nicht geben können. Schließlich besteht ohne Märkte auch keine Möglichkeit, die Bedarfsgerechtigkeit

Wie die sozialistische Wirtschaft bewußt zu gestalten sein wird, ist heute nicht in allen Einzelheiten vorausszusehen. Eckpunkte einer sozialistischen Wirtschaftsverfassung können natürlich erarbeitet werden, zumal jetzt wieder wesentlich verstärkt über den Sozialismus geforscht und debattiert wird. Dabei tritt der internationale Maßstab immer mehr hervor, weil globale Märkte zwar wesentlich mit Regionalisierung zu verbinden und planmäßig zu regulieren sein werden, wenn es politisch gewollt ist, aber abzuschaffen sind sie nicht mehr. Man muß sie als Ausdruck gewaltiger Fortschritte in den Produktivkräften betrachten, also objektiv bedingt. Hier tun sich weitere komplizierte Widersprüche auf, die dialektisch zu gestalten und zu lösen sind. Im „RotFuchs“ wird sicher weiter darüber berichtet. **Prof. Dr. habil. Fred Matho**



Die **Regionalgruppe Schwerin** lädt zum **30. Juni, 10 Uhr**, in die „Altschweriner Schankstuben“ am Schlachtermarkt ein.

Der Kenner der Region  
**Bernd Fischer** spricht  
über das Thema

## Zur Lage im Nahen Osten

# Ein schillernder Ballon, dessen Platzen garantiert ist „Bedingungsloses Grundeinkommen“?

Das in der Überschrift genannte Thema wird nicht nur unter Linken kontrovers diskutiert, wie manche Veröffentlichungen in letzter Zeit beweisen, sondern auch in anderen Teilen des politischen Spektrums. Die Befürworter eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ geben vor allem sozialpolitische Gründe an. Sie gehen davon aus, daß es in dieser Gesellschaft nicht mehr gelingen wird, allen Arbeitswilligen eine Beschäftigung zu sichern. Tägliche Horrormeldungen über Betriebsschließungen und Massenentlassungen scheinen ihnen Recht zu geben.

Sie wollen, daß allen Menschen eine volle Teilhabe in und an der Gesellschaft gewährleistet wird. Es geht hier also nicht nur um Rentner, Kranke und Invaliden, sondern auch um Arbeitsfähige und -willige, die in seinen Genuß kommen sollen.

Der Streit dreht sich auch um die finanzielle Höhe einer solchen Leistung, um den Unterschied zu Sozialhilfe und Arbeitslosengeld. Die sozialen Folgen von Hartz-IV- und anderen „Reformen“ haben eine solche Diskussion heraufbeschworen.

Ich stimme den Überlegungen von Dr. Manfred Böttcher im Februar-„RotFuchs“ zu, daß es in der BRD Arbeit für alle Menschen gäbe, wenn diese nicht nur unter dem Blickwinkel der Profiterwirtschaftung betrachtet würde.

Dreh- und Angelpunkt ist also die Arbeit in der und für die Gesellschaft.

Friedrich Engels betonte, indem er sich auf Charles Darwin stützte, daß die Arbeit den Menschen als gesellschaftliches Wesen hervorbrachte; daß seine Fähigkeit zu sprechen und zu denken ihre Wurzeln in der Arbeit hat; daß sich der Mensch durch die Arbeit vom Tier unterscheidet. Arbeit ist die Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums und zugleich Mittel zum Lebensunterhalt der Lohnabhängigen in der bürgerlichen Gesellschaft. Sie ist damit die Voraussetzung zur „Reproduktion der Ware Arbeitskraft“, wie Karl Marx nachwies.

Aber Arbeit ist weit mehr als nur eine politökonomische Größe. Sie ist Ausdruck der Selbstverwirklichung des Menschen. Das schließt Qualifizierung und Bildung ein. Es ist eine Schande für die BRD, daß jährlich Zehntausende junge Menschen davon ausgegrenzt werden, in „Warteschleifen für einen Ausbildungsplatz“ gelangen, in Perspektivlosigkeit geistig und moralisch verkümmern.

Das Einbinden in den Arbeitsprozeß fördert und entwickelt die kulturell-soziologische Kommunikation und wirkt damit gegen das Gefühl des Nichtdazugehörens und der Vereinsamung.

Was brächte da ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ für die Arbeitsfähigen und Arbeitswilligen? Es würde zweifellos ein bestimmtes unteres Niveau des persönlichen Lebensstandards sichern. Aber alle oben genannten positiven Faktoren fielen gänzlich weg. Initiative und

Schöpferkraft der Menschen verkrüppeln, was zwangsläufig zu sozialer Isolation führt. Die Möglichkeiten der geistigen Manipulation, die schon heute durch die modernen Medien riesig sind, werden weiter zunehmen. Das gleiche trifft auf geistige Trägheit und Bequemlichkeit zu. Potentielle Widersacher des Kapitalismus werden so ruhiggestellt. Das erinnert fatal an die Bürger des alten Rom, die durch Zuwendungen, Almosen und Volksbelustigungen, durch „Brot und Spiele“, an der Kandare gehalten wurden.

Das kann weder unser Weg noch Teil unseres Forderungskatalogs sein. Wir Marxisten verlangen eine Arbeit für alle Menschen, die ihren Lebensunterhalt sichern und ihre gesellschaftlich-kulturellen Grundbedürfnisse abdeckt.

„Das ist nicht bezahlbar!“, höre ich schon das Gezeter der Großkoalitionäre, der „Realpolitiker“ aller Schattierungen, der Bosse von Konzernen und Banken, der Sprecher der Unternehmerverbände und mancher Angepaßter anderswo. Die Regierung Merkel-Müntefering, die den antisozialen Kurs von Schröder, Hartz und Rürup fortsetzt, wird sicher keine Signale in der genannten Richtung aussenden. Ihr Ziel besteht weiterhin darin, die Reichen reicher zu machen und der Mehrheit der Bevölkerung kräftig in die Taschen zu greifen. Nur ein machtvolles außerparlamentarisches Aufbegehren kann einer solchen Politik tatsächlich Hindernisse in den Weg legen. Der Gedanke weitgehender Vollbeschäftigung wäre bei entsprechendem Druck durch Ausnutzung zusätzli-

cher Arbeitsmöglichkeiten durchaus nicht unrealistisch.

Statt schöner Sonntagsreden ist ernsthaftes Handeln angesagt! Dem Teil der Gesellschaft, der nicht oder nicht mehr im aktiven Arbeitsleben steht, ist durch die Zentrale, die Länder und Kommunen sowie andere Institutionen eine gesellschaftlich nützliche und im allgemeinen Interesse liegende Tätigkeit zu vermitteln. Das sollte Qualifizierung und Weiterbildung einschließen. Ein erster Schritt in diese Richtung könnte durchaus in der Schaffung eines „öffentlichen Beschäftigungssektors“ bestehen. Das Arbeitsentgelt muß dabei dem durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung aus „normaler“ Tätigkeit entsprechen. Ein-Euro-Jobs sind unmoralisch und daher abzuschaffen. Der Gefahr „Armut trotz Arbeit“, vor der manche Gewerkschaften heute warnen, ist durch die Einführung und gesetzliche Verankerung von Mindestlöhnen in allen Berufsgruppen entgegenzuwirken. Dem „Argument“ rechter DGB-Führer, die flächendeckende Einführung von Grundlöhnen hebele die Wirkung der Tarifverträge aus, ist zu widersprechen. Schon heute haben viele Tarifverträge durch sogenannte Öffnungsklauseln und die Einführung „tariffreier“ Unternehmen nur noch eine begrenzte Wirksamkeit.

Auch für den bürgerlichen Staat ist es allemal vorteilhafter, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Eine andere Steuerkonzeption und gerechtere Verhältnisse sind dabei die Voraussetzung, vor allem aber eine andere Politik.

**Klaus Baunack**



Grafik: Heinrich Ruynat

# Erinnern an einen der profiliertesten Erziehungswissenschaftler der DDR Robert Alts Pädagogik-Vorlesungen

Robert Alt zählte zu den profiliertesten Erziehungswissenschaftlern der DDR.

Seine Arbeiten zur historischen Pädagogik wie beispielsweise der Bilderatlas zur Schul- und Erziehungsgeschichte, Vorlesungen über die Erziehung auf den frühen Stufen der Menschheitsentwicklung, Studien zur Arbeitserziehung in Deutschland oder Untersuchungen wie jene zu Comenius begründeten seinen Ruf als herausragender Wissenschaftler. Im September 2005 jährte sich sein Geburtstag zum 100. Mal.

Siegfried Protz, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität Erfurt, ist zu danken, daß er die von Robert Alt im Zeitraum von 1948 bis 1958 an der Humboldt-Universität zu Berlin gehaltenen „Vorlesungen zur Systematischen Pädagogik“ in akribischer Weise herausgegeben und bearbeitet hat. Es gelang ihm, mit größtmöglicher Genauigkeit in das Denken Robert Alts auch auf diesem



zierung pädagogischer Einrichtungen und Prozesse, die Kategorialbestimmung von Erziehung im Kontext von Gesellschaft und Individuum in seiner finalen Bedeutung, die notwendige allseitige Förderung jedes Schülers und weitere pädagogische Grundfragen, die auch heute hochaktuell sind.

Bei Alt erscheint der Mensch in selbstverständlicher Weise auch in seinem erzieherischen Tun als werte- und zwecksetzendes Wesen.

Demzufolge werden Bildungsideale und Erziehungsziele in ihrer gesellschaftlichen Bezogenheit und folglich auch das Bildungsmonopol behandelt. Dabei versteht er unter Monopolisierung der Bildung die Tendenz, seitens der herrschenden Klasse uneingeschränkt über Bildungsinhalte im Interesse der Reproduktion der Klassengesellschaft zu verfügen.

Erzieherisches Handeln und Methoden der Erziehung betrachtet er im Hinblick auf ihre Wirkungen auf die Bildungsfähigkeit des Menschen im Kontext von Anlage, Umwelt und Eigenaktivität.

Im einzelnen beschäftigt er sich auch mit dem pädagogischen Verhältnis in der Wechselwirkung der erzieherisch wirksamen Kräfte und der zu Erziehenden im pädagogischen Prozeß. Die erstmals veröffentlichten Vorlesungen Robert Alts zur Systematischen Pädagogik beruhen auf einem im wesentlichen handschriftlich überlieferten Text, weshalb sie auch wenig bekanntgeworden sein dürften.

Das ursprüngliche Manuskript war wahrscheinlich nicht unmittelbar zur Veröffentlichung vorgesehen, obwohl eine Gliederung im Anhang dies eventuell vermuten läßt.

Der gesamte Vorlesungszyklus macht im methodologischen Herangehen den Grundzusammenhang von Gesellschaft und Erziehung erkennbar.

Wie die Vorlesungen verdeutlichen, geht Robert Alt konsequent historisch-systematisch bei der Analyse wissenschaftlicher Entwürfe anderer Meister des Metiers vor, arbeitet Grundgedanken von

namhaften Philosophen und Soziologen auf und reflektiert konstruktiv-kritisch reformpädagogische Ansätze und psychologisch-experimentelle Untersuchungen. Seine Studien und kritischen Analysen zu Reformpädagogen und Psychologen führte er auch noch in einer Zeit weiter, als er im Dritten Reich wegen seiner ethnischen Herkunft und seines politischen Engagements als SPD-Mitglied Berufsverbot hatte, bis er ins Konzentrationslager Auschwitz verschleppt wurde.

Mit seinen Forschungen und Vorlesungen setzte Robert Alt diese pädagogischen Gedanken und Entwürfe in konstruktiver Weise nach 1945, in der Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und der Entwicklung der DDR, erfolgreich fort.

Die vorliegende Veröffentlichung ist eine Fundgrube bildungspolitischen und pädagogischen Denkens in heutiger Zeit. So wie ich als langjähriger Hochschuldozent für Systematische und Allgemeine Pädagogik sie mit großem Gewinn gelesen habe, wird sie sicher auch für Bildungspolitiker, praktisch tätige Pädagogen und Hochschullehrer, für Studenten, für viele andere Interessierte wichtige Anregungen für aktuelles bildungspolitisches und pädagogisches Handeln geben. Das um so mehr, als die notwendige Veränderung und Demokratisierung des Bildungswesens der BRD längst überfällig ist.

**Doz. Dr. sc. Horst Adam**

*Robert Alt: Vorlesungen zur Systematischen Pädagogik (Allgemeine Erziehungswissenschaft), gehalten von 1948 bis 1958 an der Humboldt-Universität zu Berlin. Herausgegeben und bearbeitet von Siegfried Protz. Leipziger Universitätsverlag, Anne-Fischer-Verlag, Norderstedt 2005. 480 S., 32 Euro*

## Schreiben wir den Frieden

**Bundesweiter Schreibwettbewerb zum Weltfriedenstag  
– eine linke Initiative**

Gedicht- und Prosabeiträge bis zum  
**31. Juli** an [frieden@tele2.de](mailto:frieden@tele2.de)  
Infos über [www.friedenslesung.de](http://www.friedenslesung.de)

Machen Sie mit künstlerischen Beiträgen deutlich und nachfühlbar, was Sie von der Kriegspolitik der imperialistischen Staaten halten – nicht nur, aber auch in einem Buch.

Für Jugendliche von 9 bis 99.

**Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.**

**Marx/Engels, MEW 4/478**

Gebiet einzuführen und durch behutsame Kennzeichnung seiner Überarbeitungen und Modifizierungen den dabei zu verzeichnenden Erkenntnisprozeß zu dokumentieren. Damit gewinnt die Erinnerung an diesen hervorragenden Pädagogen eine neue Qualität. Protz setzt mit der Herausgabe einem der bedeutendsten Erziehungswissenschaftler und Hochschullehrer, der in der Nachkriegszeit ganze Lehrergenerationen der DDR an der Humboldt-Universität ausbildete und maßgeblich das pädagogische Denken in Deutschland und darüber hinaus bestimmte, ein würdiges Denkmal.

Die Veröffentlichung ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Vervollkommnung unseres Wissens über die Berliner Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Denn es wird deutlich, daß an der Humboldt-Universität gleich nach der Zerschlagung des faschistischen Regimes in den vierziger und fünfziger Jahren eine intensive Forschungsarbeit in der Verbindung von Theorie und Praxis zu den neu aufgeworfenen pädagogischen Fragestellungen geleistet wurde. Das betrifft sowohl Fragen der gesellschaftlichen Dimensionen, den neuen Charakter von Bildung und Erziehung, die Neubestimmung der Bildungs- und Erziehungsziele, das soziale Umfeld erzieherischen Wirkens, die innere und äußere Differen-

In den Medien kann man seit einiger Zeit den Trend zu einer psychologisierenden und individualisierenden Deutung menschlicher Verhaltensweisen (z. B. Gewalttätigkeit, Vandalismus, Autoraserei) unter Hervorhebung genetisch bedingter Veranlagungen beobachten. Dieser Trend ist gewiß nicht zufällig, weil damit gesellschaftliche Ursachen aus dem Blickfeld verschwinden sollen. (Erstaunlicherweise wird jedoch bei abweichendem Verhalten, wenn es im Osten Deutschlands auftritt, oftmals die Perspektive gewechselt und die gesellschaftliche Erklärung bevorzugt, um der DDR die Schuld zuweisen zu können.) Dieser Trend kann außerdem auch im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Neigung bürgerlicher Politiker, Medien und Fachleute zur Hervorhebung des Individuums und seiner Selbstverantwortlichkeit gesehen werden.

Am Beispiel des „Aggressionstriebes“ möchte ich der sich zumeist auf Sigmund Freud berufenden individualisierenden psychoanalytischen Deutung menschlicher Verhaltensweisen die angemessene soziologische Erklärung entgegenzusetzen. Freud unterschied zwei Arten menschlicher Triebe: erotische und destruktive. Der Aggressionstrieb stelle einen „innerhalb jedes lebenden Wesens wirkenden“ Trieb dar, den man nicht abschaffen könne. Er dränge auf Entladung, die nach außen gewendet entlastend, unterdrückt und nach innen gerichtet aber psychisch schädigend wirke. Da der Aggressionstrieb in jedem Individuum angelegt sei, könne man ihn nicht ausschalten, sondern müsse ihn auf unschädliche Handlungen („Sublimation“, Veredelung) ablenken und ihm solchermaßen eine Befriedigung ermöglichen. Nichtbefriedigung eines Triebes führt nach Freud zu einem Triebstau, der sich dann zwangsläufig in unerwünschter Weise entladen könne. Freud erklärt auch Kriege psychologisch mit dem angeborenen Aggressionstrieb, unter Ausklammerung seiner realen wirtschaftlichen und machtpolitischen Ursachen, auch wenn er den Krieg prinzipiell verdammt und eine „ideale Gesellschaft“ für erstrebenswert hält, in der „das Triebleben der Diktatur der Vernunft“ unterworfen würde.

Soviel in aller Kürze zur Triebtheorie von Freud. Man könnte genügend Beispiele aus den Medien für die Übernahme und Anwendung dieser Erklärungsweise menschlichen Verhaltens anführen: Ärger mit dem Chef gehabt, Abreagieren beim Autofahren. Oder: Autoritärer Erziehungsstil der Eltern, Gewalttätigkeit gegenüber Mitschülern usw.

Will man dieses Phänomen einer wissenschaftlichen Betrachtung unterziehen, so wäre zunächst einmal zwischen „Aggressionstrieb“ und „aggressivem Verhalten“ zu unterscheiden, und nur dieses ist eigentlich einer Beobachtung zugänglich. Bei menschlichen Verhaltensweisen handelt es sich nach Auffassung der Sozialisationstheorie zum überwiegenden Teil um erlernte Verhaltensweisen. Aggressives Verhalten wird im Verlauf kindlicher und jugendlicher Entwicklung

## Die Meinung eines marxistischen Soziologen zum menschlichen „Aggressionstrieb“

### Angeboren oder überwiegend erlernt?

zum größten Teil erlernt. Die Ursachen dafür können vielfältig sein und liegen in jedem konkreten Fall anders. Lernen erfolgt erstens nach dem Prinzip „Erfolg – Mißerfolg“. Hat ein Kind mit Aggressivität Erfolg, wird es allgemein zu einem entsprechenden Verhalten neigen. Lernen erfolgt zweitens durch Beobachtung und Nachahmung von Vorbildern in der Familie, in sozialen Gruppen oder im Fernsehen. Aggressives Verhalten kann schließlich auch eine Reaktion auf Benachteiligung, auf Leistungsversagen, auf Ausgrenzung oder Unterdrückung oder auf selbst erlittene Gewalt in der Familie oder in der Gruppe sein. Auch in diesem Falle ist es sozial bedingt und nicht auf Veranlagung zurückzuführen.

Wie Koch in einem Aufsatz berichtet, widerlegen neuere Ergebnisse der Hirnforschung die Theorie vom Triebstau in Bezug auf den Aggressionstrieb. Verhält sich ein Mensch längere Zeit nicht aggressiv, so schreibt er unter Berufung auf Erkenntnisse des Bremer Hirnforschers G. Roth, dann drosselt der Körper die dazugehörige Hormonproduktion von Neuropeptiden, ohne daß sich da irgend etwas aufstaut, was auf Entladung drängt. Die Neuropeptide zeigen laut Roth keinerlei Stauphänomene. Neuronale Aktivität ist demzufolge nicht speicherbar. Zutreffend wäre es demzufolge, von aufgebauter statt von aufgestauter Aggressivität zu sprechen. Damit wird auch die häufig vertretene Ansicht infrage gestellt, daß man seinen angeblich angeborenen Aggressionstrieb irgendwie abreagieren müsse. Besonders dem Sport wird gern eine Rolle beim „Abbau vorhandener Aggressionen“ zugewiesen, was als äußerst fragwürdig betrachtet werden kann. Denn Sport, ins-

besondere Leistungssport, erzeugt ja, wie man immer wieder beobachten kann, offensichtlich erst Aggressionen, nicht nur bei Fans, sondern auch bei Aktiven. Man beobachte nur einmal die heute üblichen Siegesgesten von Leistungssportlern, die oftmals eher wie Drohgebärden wirken denn als harmlose Freude über Erfolg oder Sieg. Diese Veränderung im Verhalten vieler Sportler kann wohl kaum als Ausdruck „angeborener Aggressionen“ gedeutet werden. Da muß sich wohl im Sport, in den Medien und in der Gesellschaft etwas verändert haben. Ebenso wie aggressives Verhalten zu erlernen ist, kann (und muß) der Mensch auch lernen, mit seinen Bedürfnissen, Wünschen und Trieben umzugehen, sie zu beherrschen. Wenn man die zahlreichen Berichte über Erscheinungen abweichenden Verhaltens in den Medien zur Kenntnis nimmt, gewinnt man den Eindruck, daß viele Kinder und Jugendliche diese Fähigkeit im Verlauf ihrer Sozialisation nicht genügend erlernt haben. Goleman ordnet in seinem Buch mit dem gleichnamigen Titel diese Fähigkeit der „emotionalen Intelligenz“ zu, von anderen auch als Charakter bezeichnet. Dazu zählt er u. a. die Fähigkeit, Impulse zu unterdrücken und Stimmungen zu regulieren. Und er vertritt zugleich die Auffassung, daß diese und andere Komponenten der „emotionalen Intelligenz“ vom Kind erlernt werden können und müssen.

Indem man aber aggressives Verhalten auf einen genetisch angelegten Trieb zurückführt und menschliches Fehlverhalten individualisierend und psychologisierend zu erklären versucht, bleiben soziale Bedingungen und gesellschaftliche Umstände außerhalb der Betrachtung und der Kritik. Das ist ja wohl auch so gewollt.

Abschließend ein für das Thema „Aggression“ zutreffendes Gleichnis, das ich in einem Leserbrief fand: Ein alter Indianer saß mit seinem Enkel am Lagerfeuer. Es war schon dunkel geworden, und das Feuer prasselte, während die Flammen in den Himmel züngelten. Nach einer Weile des Schweigens sagte der Alte: „Weißt du, wie ich mich manchmal fühle? Es ist, als ob zwei Wölfe in meinem Herzen miteinander kämpfen würden. Einer der beiden ist rachsüchtig, aggressiv und grausam. Der andere hingegen ist liebevoll, sanft und mitfühlend.“ „Welcher der beiden wird den Kampf um dein Herz gewinnen?“, fragte der Junge. „Der Wolf, den ich füttere“, antwortete der Alte.

**Prof. Dr. Klaus Rohrberg**

Am **30. Juni** um **9.30 Uhr** spricht der Vorsitzende des RF-Fördervereins und Botschafter a. D. **Rolf Berthold** auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Strausberg** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, über das Thema

### China vor dem XVII. Parteitag und der Sozialismus heute

Gäste sind herzlich willkommen.

Der 11. 9. 2001, der Anschlag auf das World Trade Center in New York, wird zweifellos auch weiterhin Gegenstand von Diskussionen und Untersuchungen sein. Es bleiben die Fragen nach den Planern, den Akteuren, den Strippenziehern, nach der Rolle der Geheimdienste.

Folgte man dem Bericht des USA-Militärs über die geheimen Verhöre in Guantánamo, so wäre Chalid Scheich Mohammed der Planer, Drahtzieher und Finanzier in einer Person. Ein Superterrorist. Nach jahrelanger Haft in Geheimgefängnissen, nach vielfacher Folter gestand er: „Ich war von A bis Z verantwortlich für die Operation am 11. September.“ Und noch für etwa 30 weitere Anschläge oder An-

hungslegenden, die im Kampf gegen die UdSSR als das „Reich des Bösen“ gipfelten, waren auf einmal gegenstandslos geworden. Was allerdings nicht bedeutete, daß sich der Antikommunismus in der Propaganda der großbürgerlichen Medien und kapitalistischen „Think-Tanks“ (Denkfabriken) überlebt hätte.

„Terrorismus“ – hieß jetzt der nebulöse Feind. Krieg und Kriegsgeschäft bedürfen der Lüge, der Heuchelei, der Provokation. Im Rahmen der „Neuordnung“ verfolgt die USA-Administration drei strategische Ziele:

*Erstens* stellt sie mit ihren Aggressionsakten das Völkerrecht, die UNO-Charta sowie alle Prinzipien und Konventionen

Entschlossenheit, das Völkerrecht durch das Faustrecht des Stärkeren zu ersetzen. Der Ideologie Washingtons zufolge wollen die USA bestimmen, welche Länder „Schurkenstaaten“ sind. Bush listete rund 60 von ihnen auf, denen, je nach Laune des Weißen Hauses und des Pentagons, eine Afghanistan- oder Irak-„Lösung“ verordnet werden soll. Zur Bush-Doktrin gehört das deklarierte „Recht auf Präventivkrieg“.

*Zweitens* geht es den transnationalen Konzernen und dem Militär-Industrie-Komplex der USA um weltweite Hegemonie. Die imperialistische Globalisierung bedarf der militärischen Absicherung, um alte und neue Einflußsphären im Griff zu behalten. Der frühere Außenminister Henry Kissinger bekannte: „Globalisierung ist ein anderes Wort für Herrschaft der USA.“

Ex-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski schrieb 1997: „Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf.“ Nafeez Ahmed, Direktor des Instituts für politische Forschung und Entwicklung in Brighton, kommentierte: „Brzezinski läßt keinen Zweifel daran, daß Etablierung, Konsolidierung und Ausbau der militärischen Vormachtstellung der USA in Eurasien sowie die Kontrolle über Zentralasien eine beispiellose, zeitlich unbegrenzte militärische Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik erfordern würde.“ Die weitere Militarisation der internationalen Beziehungen durch die geplante Installation eines vor allem gegen Rußland gerichteten „Raketabwehrsystems“ in Europa und die Kriegsvorbereitungen gegen Iran dienen dieser Strategie.

Drittens mündet alles in der Forderung der transnationalen USA-Konzerne, den Zugang zu strategischen Ressourcen und deren Ausbeutung zu gewährleisten.

Als Hauptziel des Ressourcenkrieges gegen Afghanistan bezeichnete der Londoner „New Statesman“ im Juni 2002 „die Einsetzung eines Regimes, das eine Pipeline der Amerikaner beaufsichtigt, die Öl und Gas aus dem Kaspischen Becken heranschafft, der größten Quelle unangezapften fossilen Brennstoffs auf Erden. Genug, um Amerikas unersättlichen Energiebedarf für 30 Jahre zu befriedigen. Eine solche Pipeline kann durch Rußland, Iran oder Afghanistan verlaufen. Doch nur in Afghanistan wären die Amerikaner in der Lage, sie zu kontrollieren.“

Auch für den Krieg gegen Irak war die Gier nach Öl der ausschlaggebende Faktor. In Washington urteilte man damals: „Das Energieministerium schätzt, daß Irak über 220 Milliarden Barrel Öl an ‚wahrscheinlichen und möglichen‘ Reserven verfügt; die geschätzte Gesamtmenge würde ausreichen, die Öleinfuhren der USA 98 Jahre lang auf ihrem heutigen Niveau zu decken.“

Dafür haben die USA ihren permanenten, staatsterroristischen Krieg entfesselt. Alle anderen „Begründungen“ sind reine Kosmetik. **Prof. Dr. Georg Grasnick**

## Weshalb Washington die ersten Kriege des 21. Jahrhunderts entfesselte Bushs Amoklauf hat seine Gründe

schlagsversuche. Alles klar? Es fehlte nur noch das Geständnis, der „Bekenner“ sei der Satan persönlich, habe auch den Untergang der „Titanic“ verursacht.

Jedenfalls bot der 11. September der Bush-Administration den gesuchten Grund, richtig loszuschlagen und den Kurs auf globale Hegemonie des US-Imperialismus noch brutaler zu verfolgen. Den transnationalen Konzernen und dem Militär-Industrie-Komplex der USA geht es um die „Neuordnung der Welt“, wie Bush sen. während des Abgangs der Sowjetunion von der politischen Weltbühne verkündete.

Mit dem 11. 9. sah Bush jun. in einer fundamental veränderten internationalen Situation nun die Gelegenheit gekommen, längst in der Schublade liegende Pläne in Angriff zu nehmen. Er entfesselte den „ersten Krieg des 21. Jahrhunderts“, das, wie sein Vorgänger Clinton versprochen hatte, wiederum „ein amerikanisches Jahrhundert“ werden solle. Mit dem Überfall auf Afghanistan begann der „langandauernde Krieg gegen den Terrorismus“. Die Bombardierung Kabuls war nur der Auftakt. Kriegsminister Rumsfeld nahm den 11. September sofort zum Anlaß, das Pentagon mit der Sammlung von „Belastungsmaterial“ gegen Iraks Saddam Hussein zu beauftragen. Schon eine Woche später trat man in die heiße Phase der direkten Aggressionsplanung ein. „Kreuzzug gegen den Terrorismus“ – hieß das Stichwort für die psychologische Kriegführung der USA-Administration.

Das über viele Jahrzehnte strapazierte Feindbild „Kommunismus“ und während des kalten Krieges geschaffene Bedro-

der Vereinten Nationen zu Frieden und Sicherheit in Frage. Die entscheidende Norm, nämlich die durch die UNO-Charta installierte Weltordnung, wird fortlaufend verletzt, das in ihr verankerte Gewaltverbot ausgehebelt.

Unter Präsident Bush sen. hatte der damalige Verteidigungsminister Cheney etwa 20 Forschungsgruppen des Pentagons damit beauftragt, eine neue Strategie der USA und ihrer Streitkräfte zu entwerfen. Infolge der Abwahl von Bush sen. wurde Cheneys Konzeption nicht mehr zur Abstimmung gestellt.

Das „New Strategy-Paper“ der Clinton-Administration von 1997, das von den „globalen Interessen“ der USA sprach, legte fest, auf die „Vielzahl von Herausforderungen“ in der Welt „gemeinsam mit anderen Nationen, wenn es sein muß aber auch allein, zu reagieren.“

Drei Monate vor dem 11. 9. hatten hohe Washingtoner Beamte angekündigt, „die Vereinigten Staaten würden spätestens im Oktober einen Regierungswechsel in Kabul herbeiführen“. Der Angriff werde auch dann erfolgen, „wenn die Taliban bin Laden umgehend auslieferten“, berichtete BBC. Am 9. 9., also nur zwei Tage vor dem Anschlag auf das World Trade Center, erhielt das Weiße Haus einen entsprechenden „Aktionsplan“ des Pentagons.

Cheney, jetzt Vizepräsident und Regisseur im Hintergrund, bezeichnete den Krieg als Mittel des Zugriffs auf die Ölressourcen und nannte ihn „eine experimentelle Anwendung der neuen nationalen Sicherheitsdoktrin im größten Maßstab“.

Mit dem Krieg gegen Afghanistan bekundete die USA-Administration ihre

Es ist sicher kein Zufall, daß Medien verschiedenster Couleur zunehmend über China berichten. Kaum jemand kann die wachsende Wirtschaftskraft des bevölkerungsreichsten Landes der Erde ignorieren. Die Volksrepublik hat auch in den letzten Jahren weiterhin ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von etwa 10 % jährlich zu verzeichnen und damit den seit 1979, dem Beginn der Politik der Reformen und der Öffnung nach außen, erreichten Zuwachs von durchschnittlich 9 % fortgesetzt. Heute verfügt China über die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, in absehbarer Zeit, wohl noch in diesem Jahr, wird es den bisherigen Platz 3 der BRD einnehmen. Im Weltaußenhandel steht China bereits an dritter Stelle. Trotz aller noch verbliebenen sozialen Probleme hat sich das Lebensniveau des chinesischen Volkes, das über Jahrtausende von Hunger, Armut und Rückständigkeit geprägt war, sichtbar verbessert. Gerade in einem solchen Prozeß werden die Probleme, deren Lösung in Angriff genommen wurde, besonders deutlich. Ein Beispiel: 2006 stiegen die Einkommen der Stadtbevölkerung um über 10 %, die der Landbevölkerung um 7 %. Die Schere zwischen Stadt und Land vergrößerte sich. Aber daraus eine „Verarmung“ der Dorfbevölkerung abzuleiten, wie das zuweilen erfolgt, ist schlicht unwahr. Für 2007 ist für beide Gruppen ein einheitliches Wachstum der Einkommen von 6 % vorgesehen.

Auf der Tagung des ZK der KP Chinas im Oktober 2006 wurden erstmals die sozialen Fragen in den Mittelpunkt gestellt. Noch nicht überwundene Arbeitslosigkeit, Probleme der Kranken- und Rentenversicherung, des Bildungs- und Gesundheitswesens standen zur Debatte. Als übergreifende Aufgabe wurde die Schaffung einer sozialistischen harmonischen Gesellschaft formuliert. In Berichten bürgerlicher Medien wird in der Regel das Wort „sozialistisch“ weggelassen. Diese Aufgabenstellung ist eine der Schlußfolgerungen aus der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den osteuropäischen Staaten wie auch der inneren Ereignisse in China im Jahre 1989. Dies betrifft insbesondere die Entwicklung der Wirtschaft unmittelbar zum Wohle der Menschen, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Lösung der sozialen Probleme und die Gewährleistung der Stabilität im Lande. Ministerpräsident Wen Jiabao formulierte auf der Pressekonferenz nach Abschluß der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2007: „Das Tempo einer Flotte wird nicht von dem Schiff entschieden, das am schnellsten, sondern von dem, das am langsamsten fährt. Wenn wir die Situation der Bevölkerungsgruppen verbessern, die sich in Schwierigkeiten befinden, verbessern wir die Lebenslage des ganzen Volkes. Während zu Beginn der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs darauf orientiert wurde, den Wohlstand eines Teils der Bevölkerung und der Regionen zu verbessern, ist jetzt die Wirtschaftskraft des Landes so gewachsen, daß alle Teile des

Landes und der Bevölkerung Schritt für Schritt gleichmäßig an der Entwicklung des Wohlstandes teilhaben können.“ Im Herbst dieses Jahres – ein genauer Termin wurde noch nicht bekanntgegeben – findet der XVII. Parteitag der KP Chinas statt. Eine positive Bilanz der Entwicklung seit dem XVI. Parteitag 2002 und die Markierung des weiteren Weges der sozialistischen Entwicklung des Landes sind zu erwarten. Wenn heute vielerorts über den Sozialismus des XXI. Jahrhunderts debattiert wird, sollte zumindest beachtet werden, daß es keinen Jahrhundertbruch in seiner Entwicklung gab. Die VR China geht seit ihrer Gründung 1949 den sozialistischen Weg. Nach Überwindung gravierender Fehler folgt das chinesische Volk seit 1978 einem erfolgreichen sozialistischen Kurs, bei dem Mängel behoben und neue Wege erkundet wurden und werden. Es ist auch eine Fehlbeurteilung, die sozialistische Entwicklung in der UdSSR und den osteuropäischen sozialistischen Ländern als „sozialistischen Versuch“ oder „Schei-

samt über 1200 Mrd. US-Dollar). Kritisch wurden die Nichterfüllung der Aufgaben zur Energieeinsparung, der Reduzierung von Emissionen und im Umweltschutz, ungelöste Probleme in der medizinischen Versorgung, in der öffentlichen und Produktionssicherheit benannt.

Für 2007 wird ein Wachstum des BIP um 8 % anvisiert. Wie schon 2006 werden auch in diesem Jahr die staatlichen Aufwendungen für Wissenschaft und Technik, Bildung und Gesundheitswesen (2006: + 29,2 %, + 39,4 %, + 65,4 %) überdurchschnittlich erhöht. Staatliche Investitionen in die Infrastruktur und soziale Programme werden insbesondere in ländlichen Gebieten verstärkt. Die Ausgaben für die Streitkräfte sollen 2007 um 17,8 % auf 44,94 Mrd. US-Dollar gesteigert werden (Vergleich: USA – 532,8 Mrd. US-Dollar, Großbritannien – 62,38 Mrd. US-Dollar). Es wurde betont, daß China nicht in ein Wettrennen mit den großen Militärmächten eintritt, keine strategischen Pläne einer bewaffneten Einmischung in

## Viertgrößte Volkswirtschaft der Welt setzt steilen Anstieg fort Vor dem XVII. Parteitag der KP Chinas

tern des Sozialismus“ abzuqualifizieren. Auch wenn eine schwere Niederlage folgte, handelte es sich doch um eine über viele Jahre erfolgreiche Entwicklung der Alternative zum Kapitalismus. Wer diese Erfahrungen negiert, für den wird es künftig keinen Weg zum Sozialismus geben. Die diffamierende Bezeichnung „Staatssozialismus“ soll zweifellos den Weg einer Alternative zum Kapitalismus versperren. Ein Sozialismus ohne staatliche Form kann weder die Funktion der Überwindung der Ausbeutung noch der Ausschaltung von Kriegen wahrnehmen. Nicht zuletzt ist es undenkbar, die Erfahrungen der kommunistischen Parteien Chinas, Kubas oder Vietnams zu ignorieren. Chinesische Genossen äußerten: Man kann nur dann über die Verbesserung des Sozialismus diskutieren, wenn man ihn nicht kampfflos aufgibt.

Auf der Tagung des Nationalen Volkskongresses (Parlament) im März 2007 wurden die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im ersten Jahr des 11. Fünfjahrplans (2006) analysiert und die Aufgaben für 2007 festgelegt. Neben der großen Zunahme beim BIP (10,7 %) gab es ein hohes Wachstum der Staatseinnahmen (+ 24,3 %), eine stabile Entwicklung der Getreideproduktion auf 497,45 Mill. t (+ 2,8 %), eine starke Zunahme des Außenhandelsvolumens (+ 23,8 % auf 1760,7 Mrd. US-Dollar) sowie ein bedeutendes Anwachsen der Devisenreserven (insge-

anderen Ländern verfolgt und keine Militärsstützpunkte im Ausland unterhält. Der Nationale Volkskongreß beschloß das Gesetz über die Körperschaftssteuer und das Gesetz über Eigentumsrechte. Das erste legt einen einheitlichen Steuersatz für chinesische und für Unternehmen mit ausländischem Kapital in Höhe von 25 % fest (bisher 33 % bzw. 14 % bis 24 %). Das zweite sieht den gleichen juristischen Schutz für staatliches, kollektives und privates Eigentum vor. Das sozialistische Eigentum bleibt dabei der führende Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft. Dieser Grundsatz ist in der Verfassung festgeschrieben. Zum gesellschaftlichen Eigentum gehören u. a. Grund und Boden, Erdöl und Petrochemie, Kohle, Telekommunikation, Energie, See- und Lufttransport, Finanzwesen, strategische Bereiche und die Hochtechnologie. Es wurde außerdem hervorgehoben, daß das Nebeneinanderbestehen von staatlichem, kollektivem und Privateigentum (welches auch die Existenz von Ausbeutung beinhaltet) eine Erscheinung der Anfangsphase des Sozialismus ist. Mit dem Gesetz soll nicht zuletzt das lebensnotwendige Ackerland geschützt werden. China hat pro Kopf der Bevölkerung 933 m<sup>2</sup>, 23 % der Weltbevölkerung müssen von 7 % der Weltackerfläche ernährt werden, was die Brisanz dieses Problems offenbart.

Gestützt auf technische Erfolge gehen die Entwicklungsarbeiten am USA-Raketenabwehrsystem systematisch weiter. Das Projekt verschlang bislang eine zweistellige Milliarden-Summe und verspricht den beteiligten Rüstungskonzernen weitere Milliardengewinne. Vorerst gilt Israel als das einzige Land auf der Welt, das über eine funktionierende Raketenabwehr verfügt. Sie basiert auf dem Arrow-System, das durch zusätzliche Batterien des bodengestützten Langstrecken-Flugabwehrraketensystems „Patriot“ ergänzt wird. Dieses dient zur Bekämpfung von Flugzeugen, Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Mittelstreckenraketen. Die amerikanischen Super-Rüstungskonzerne Raytheon und Lockheed haben es entwickelt. Im jüng-

geringen Gipfelhöhe konnten Israels Abwehrsysteme nichts ausrichten. Es sei dahingestellt, ob die Katjuscha-Raketen eine kriegsentscheidende Rolle gespielt haben. Angesichts der Bilder darf daran gezweifelt werden. Uzi Rubin, der Vater des israelischen Arrow-Systems, forderte dennoch unverzüglich die forcierte Entwicklung von Systemen zur Abwehr von Kurzstreckenraketen. Taktische Hochenergie-Laser werden bereits seit einiger Zeit erprobt.

Weitestgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit befaßt sich mittlerweile auch die NATO mit der Entwicklung und dem Aufbau eines Raketenabwehrsystems. Nach mehrjähriger Studienarbeit der Industrie ist bei ihr die Entscheidung gefallen, ein eigenes mehrschichtiges Abwehrsystem

der Auftrag für ein „System Engineering and Integration Program“ erteilt, in dem z. B. untersucht werden soll, wie die bereits vorhandenen Systeme in der NATO (das „Patriot“-System, das vergleichbare französische Boden-Luft-System und das Nachfolgesystem MEADS) in die bestehenden oder geplanten Informations- und Führungsnetzwerke eingegliedert werden können. Darüber hinaus geht es um die Ergänzung vorhandener Waffenarsenale, so um die Beschaffung des weitreichenden Raketenabwehrsystems THAAD oder die vorgesehene „Kampfwertanpassung“ der deutschen „Patriot“-Batterien durch Einführung des modernen PAC-3-Flugkörpers. Offizielle Kostenangaben dafür konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Ein Mitarbeiter von Marshal Billingslea gab jedoch an, daß für den Zeitraum von 2006 bis 2008 Ausgaben in Höhe von 400 Mio. Euro aus dem gemeinsamen NATO-Haushalt vorgesehen sind. Der deutsche Anteil soll danach rund 80 Mio. Euro betragen.

In Anbetracht der Tatsache, daß das Pentagon für seine Raketenabwehr rund zehn Mrd. US-Dollar jährlich ausgibt, muß die politische Auftragserteilung für das Projekt „Engineering and Integration“ nur als Einstieg in ein Geschäft betrachtet werden, das dem Militär-Industrie-Komplex Milliardengewinne einspielen dürfte. Man kann darauf wetten: Wenn die wenigen parlamentarischen Widerstände gebrochen sind, dann ist der Weg zu weiteren Rüstungshöhen frei. Man wird auf die Bündnispflichten verweisen und die Notwendigkeit beschwören, mit den Amerikanern technisch kompatibel zu sein. Man wird auch darauf dringen, daß diese Ausgaben für das Bestehenkönnen im „technologischen Wettbewerb“ notwendig sind und Arbeitsplätze sichern (helfen). Das alles ist den Parlamentariern aber nicht unbekannt. Sie kennen die Regeln und spielen in der Mehrheit – auch als Teil der Lobby – nach guter „demokratischer“ Sitte mit. Deshalb funktioniert das Ganze.

Auf der Liste der NATO-Beschaffungsagentur NCSA stehen neben Abwehr raketen und Radarsensoren für die unterschiedlichen Höhenbereiche auch Frühwarn-, Überwachungs- und Kommunikationssatelliten, Flugzeuge für Luftbetankung und den elektronischen Kampf sowie als Plattformen für Laserwaffen und erhebliche Transportkapazitäten für die zeitkritische Unterstützung der schnellen Eingreifkräfte. Es zeichnet sich jetzt schon ab, daß der Aufbau eines europäischen Raketenabwehrsystems zu einer erheblichen Erhöhung der Militärausgaben führen wird.

Am Beispiel des gescheiterten Kriegseinsatzes der militärischen Supermacht USA in Irak kann man jedoch genau studieren, wohin der Glaube an die Allmacht technologischer Wunderwaffen führt. Der Publizist Peter Scholl-Latour nannte eines seiner Bücher „Weltmacht im Treibsand“. Dieser Name kann als Synonym für einen gefährlichen Irrweg verwendet werden.

**Dr. Erhard Kegel**

## Die NATO treibt den Aufbau ihrer Raketenabwehr voran „Kampfwertanpassung“

sten Angriffskrieg gegen Libanon setzte Israel seine Hochtechnologiewaffen gegen die Hisbollah und die libanesischen Zivilbevölkerung ein. Neben modernsten Aufklärungsmitteln auf Flugzeugen und unbemannten Drohnen dienten u. a. Streubomben diesem Ziel.

Der Rückgriff auf derartige Waffen ist wegen der besonders gravierenden Folgen für die Zivilbevölkerung sowohl durch die Haager Landkriegsordnung von 1907 als auch durch die Genfer Konventionen von 1949 untersagt. Im Internetportal der Springerschen Tageszeitung „Die Welt“ wurden wochenlang Paradebilder mit der verheerenden Wirkung der durch Israel bevorzugten Kampfmittel zur Schau gestellt. Zu sehen waren u. a. metertiefe Bombenkrater, in denen ganze Lastkraftwagen verschwinden können. Zum Zwecke der Demonstration eigener Überlegenheit wurde an der Einschlagstelle einer von der Hisbollah abgefeuerten Katjuscha-Rakete eine Getränkedose in den Boden gesteckt. Die Bilder sprachen für sich, sagten aber nichts über die Verfassung jener aus, die im Bewußtsein eigener militärischer Dominanz und Unbesiegbarkeit einen Krieg begannen und nun zusehen mußten, daß ihr Raketenabwehrsystem keine Erfolgsmeldungen wert war.

Israelische Militärexperten hinterließen den Eindruck einer gewissen Ratlosigkeit angesichts des massenhaften Einsatzes von Katjuscha-Raketen. Diese Waffe war am 14. Juli 1941 im Bereich der Verteidigungsstellungen der 20. Roten Armee gegen die auf Smolensk vordringenden Truppen Hitlers zum ersten Mal eingesetzt worden. Gegen die vergleichsweise primitiven Katjuscha-Geschosse mit ihrer extrem kurzen Flugzeit und ihrer

gegen taktische Raketen zu schaffen. Dieser Begriff trifft nach dem NATO-Konzept nicht auf die von der Hisbollah eingesetzten Kurzstreckenraketen mit Reichweiten von weniger als 100 Kilometern zu. Vielmehr geht es um Flugkörper im Mittelstreckenbereich wie die russischen Scud, die koreanischen No-Dong oder die iranischen Shahab, die gegen Ziele in 300 bis etwa 2000 km Entfernung eingesetzt werden können.

Eine im Mai 2006 vom zuständigen Stellvertreter des NATO-Generalsekretärs, dem Amerikaner Marshal S. Billingslea, vorgestellte 10000 Seiten starke Industriestudie kommt zu dem Schluß, daß eine Abwehr taktischer Raketen für die NATO technisch möglich sei. Natürlich ohne „Überbeanspruchung der Staatshaushalte“, wie man zur Beschwichtigung erwarteter Proteste verkündet. Angeblich werde nur eine relativ kleine Zahl von Flugkörpern benötigt. Als Argument für den Aufbau eines solchen Abwehrsystems führt man die „wachsende Bedrohung des NATO-Gebiets“ und eventuell im Ausland stationierter NATO-Truppen ins Feld. Dem militärisch-industriellen Komplex kann es nur recht sein, daß Billingslea nicht allein für die Investitionen der NATO aus dem gemeinsamen Haushalt, sondern auch für die Luft- und Raketenabwehr des imperialistischen Kriegspaktes zuständig ist. Einer seiner Amtsvorgänger, Robert Bell, stieg zwischenzeitlich zum Vizepräsidenten des bei der Studie federführenden USA-Konzerns SAIC (Science Application International Corporation) auf. In einer Art Salamtaktik zur Gewöhnung der Öffentlichkeit und zur stückweisen Schaffung vollendeter Tatsachen wurde zunächst

## Neues aus Venezuela

Venezuelas antiimperialistischer Präsident Hugo Chávez hat weitere wichtige Schritte seines Landes auf dem Weg zur nationalen Befreiung und gesellschaftlichen Umwandlung bekanntgegeben. Nach der aufsehenerregenden Mitteilung, Caracas werde den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die derzeit vom früheren stellvertretenden Kriegsminister der Bush-Regierung Wolfowitz geführte Weltbank – also das westliche Währungssystem – verlassen, verlautete jetzt aus der venezolanischen Hauptstadt, sämtliche Ölfelder des fünftgrößten Petroproduzenten befänden sich unter staatlicher Kontrolle.

Eine Nachricht von nicht geringerer Bedeutung betrifft die Besiegelung einer strategischen Partnerschaft zwischen Venezuela und China. Wie Radio Havana

berichtete, exportiert Venezuela gegenwärtig am Tag etwa 200000 Barrel Öl in das fernöstliche sozialistische Land. Bis zum Jahresende soll die Menge auf 300000 Barrel und bis zum Jahr 2012 auf 1 Million Barrel täglich anwachsen. Der venezolanische Präsident und das Mitglied des Politbüros der KP Chinas Li Shangshun haben unlängst sechs Kooperationsabkommen unterzeichnet. Die meisten betreffen den Energiesektor. So wurde mit Petrozumanó ein Joint-venture zur Erkundung neuer Öl- und Gaslagerstätten sowie zu deren Ausbeutung gegründet. Das Abkommen berührt auch Transport und Lagerung. Die staatlichen Ölfirmen Venezuelas und Chinas

haben ein Gemeinschaftsprojekt für die Förderung von Rohöl im Orinoco-Bekken beschlossen. Der Schulteranschluß zwischen Caracas und Beijing ist von weitreichender Bedeutung. Chávez geht es dabei um die schrittweise Reduzierung venezolanischer Ölexporte in die USA, die derzeit noch 30 % des amerikanischen Verbrauchs decken. Wie verlautete, wurde ein von China und Venezuela gemeinsam getragener 6-Milliarden-Dollar-Fonds für die Herstellung von Mobiltelefonen, Autos und Eisenbahnwaggons geschaffen, an dem die ostasiatische Volksrepublik mit 4 Milliarden und das lateinamerikanische Land mit 2 Milliarden beteiligt sind.

**RF, gestützt auf Radio Havana**

## Vietnam: Armut um zwei Drittel gesunken

Wie die niederländische Zeitung „Internationale Solidariteit“ im Januar 2007 berichtete, ist Vietnam Champion bei der Verwirklichung der Ziele des Entwicklungsprogramms der UNO. Diese wurden im September 2005 durch 191 Staatschefs bestätigt. Sie sehen vor, daß die Armut in der Welt bis 2015 um die Hälfte gesenkt, Grundschulbildung allen Kindern zugänglich gemacht und Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Aids unter Kontrolle gebracht werden. Wie der Koordinator des Programms

„Jahrtausend“ in Asien, der Engländer Bill Todd, erklärte, hat kein anderes Land des Erdteils so erfolgreich gegen die Armut gekämpft wie Vietnam. Der sozialistische Staat Südostasiens meldete 2005 eine ökonomische Wachstumsrate von 8,4 %. Es gibt auch andere Länder in der Region, die damit gleichziehen können. Doch in Vietnam wurden nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Fragen gelöst. Die Lebenserwartung explodiert, und die Kindersterblichkeitsrate fällt seit 1990 unablässig. Fast drei Viertel der jungen

Vietnamesen schließen die Oberschule ab. 1990 traf das auf knapp ein Drittel zu. Vietnam ist auch das einzige Land, wo das Jahrtausendziel der Ausrottung der Tuberkulose schon erreicht worden ist. Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, um zwei Drittel verringert. Bis 2010 will Hanoi die Armut, den Analphabetismus und Seuchen ganz überwunden haben.

**RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

## Türkei: Reaktionärer Machtkampf

Die bürgerlichen Medien der BRD stellen die Auseinandersetzungen in der Türkei als eine „Staatskrise“ dar. Um was geht es tatsächlich? Die rechtslastige und überdies vom reaktionären Flügel der Islamisten beherrschte Regierungspartei Erdogans unternimmt den Versuch, nach der Kontrolle über Regierung und Parlament auch die Präsidentschaft der Türkei in die Hand zu bekommen, um das oberste Prinzip des Landes – die Trennung

von Staat und Religion – zu untergraben. Diese Maxime stammt vom Gründer der modernen Türkei Kemal Atatürk. Als Gegenspieler der Regierung treten einmal mehr die „kemalistischen“, gegen eine Machtübernahme islamistischer Kräfte eingestellten hohen Militärs der türkischen NATO-Armee auf, die in der Vergangenheit bereits wiederholt ihr Schreckensregiment errichtet hatten. Obwohl es in dem kleinasiatischen Land auch starke

weltlich orientierte oder sich gegen den radikalen Islamismus wendende Gruppierungen gibt, hängt die Mehrheit der Bevölkerung einem eher fundamentalen Islam an. Der derzeitige Machtkampf findet zwischen verschiedenen Flügeln der Reaktion statt, bietet aber auch gewisse Möglichkeiten für eine Stärkung des Widerstandspotentials der Linken, die bei Massenaktionen auf der Straße nicht ohne Einfluß sind.

**C. A.**

## Die Blutspur des Luis Posada Carriles

Am 19. April haben die USA-Behörden Aden berüchtigsten Massenmörder der Karibik auf freien Fuß gesetzt: Luis Posada Carriles. Er gehörte der Geheimpolizei des kubanischen Diktators Batista an und floh in der Stunde der Revolution Castros im Januar 1959 von der Insel. George Bush, der Vater des heutigen USA-Präsidenten und zu jener Zeit Chef der CIA, nahm ihn mit offenen Armen auf. In der U. S. Army wurde er als Sprengstoffspezialist ausgebildet. 1961 nahm Posada Carriles an der fehlgeschlagenen Invasion in Kubas Schweinebucht teil. Zehn Jahre später arbeitete er als Folterer für die venezolanische Geheimpolizei. Bald darauf traf man ihn – wieder als Geheimpolizisten – in Pinochets Chile an. 1976 organisierte er einen Anschlag auf eine kubanische

Linienmaschine, die in der Luft über Barbados gesprengt wurde. Man zählte 73 Tote. Als er vor Gericht gestellt wurde,

### Paris: Le-Pen-Stimmen für Sarkozy

Der für seine faschistoide Innenpolitik bekannte Rechtskonservative Nicolas Sarkozy wurde in der 2. Runde mit den 4 Millionen auf ihn übertragenen Stimmen, die 10 Prozent der Franzosen im 1. Wahlgang für den Faschisten Jean-Marie Le Pen abgegeben hatten, Präsident der Republik. ■

verhalfen ihm die Dienste der USA zur Flucht aus Venezuela. In den 80er Jahren tauchte er in El Salvador auf, wo er damit befaßt war, die gegen Nikaragua angesetzten „Contras“ zu bewaffnen. Schließlich wurde seine Hand in den 90er Jahren hinter einer Serie von Bombenanschlägen auf kubanische Hotels sichtbar. Als er sich mit der Vorbereitung eines weiteren Attentats – diesmal gegen Castro – beschäftigte, nahm man ihn in Panama fest. Im März 2005 begab sich Posada Carriles nach Miami, wo er zwei Monate später festgesetzt wurde. Der Grund: illegaler Aufenthalt in den USA. Jetzt ist er wieder auf freiem Fuß. Der Bin Laden Lateinamerikas steht weiterhin unter dem Schutz seiner Auftraggeber.

**RF, gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

# Wie das Pentagon mit Verwundetenzahlen und Kriegskosten jongliert

## Irak – ein Faß ohne Boden

Täglich landen auf der U. S. Air Force Base in Landstuhl die gigantischen C-17-Frachtmaschinen, die einen 65 Tonnen schweren M1-Abrams-Panzer überallhin transportieren können. Der Militärflughafen im Reinland ist beim Transport amerikanischer Verwundeter aus Irak und Afghanistan in die USA der erste Stopp. Sie werden von Ärzten, Krankenschwestern und technischem Personal begleitet und betreut, um sie lebendig und fit für intensive Behandlung an das Walter-Reed-Armeelazarett in Washington abzuliefern.

Die Geschichte dieser Verwundeten vermittelt einen zusätzlichen Eindruck von der Verlogenheit der Bush-Administration. Washington verschleiert riesige Fehlberechnungen, die kommenden Generationen in die Schuhe geschoben werden sollen. Harvard-Professorin Linda Bilmes – sie war unter Clinton Wirtschaftsexpertin – sowie andere Akademiker entdeckten, daß die US-Regierung zwei vollkommen getrennte und einander widersprechende Zahlengruppen über Verwundete im Irak-Krieg veröffentlichte. Bilmes und Nobelpreisträger Prof. Joseph Stiglitz von der Columbia University haben festgestellt, daß nicht nur die wirkliche Zahl der Verwundeten wesentlich höher gewesen ist, als vom Pentagon angegeben, sondern daß auch ihre Pflege und Versorgung weit größere Kosten verschlingt. Für einen einzigen Soldaten unter den 1,4 Millionen Mann, die bis jetzt eingesetzt wurden, müßten z. B. im Falle einer schweren Kopfverletzung die Mittel für sechs oder sieben Jahrzehnte einer 24stündigen Behandlung bereitgestellt werden. Dabei wäre ein Minimum von 4,3 Mio. Dollar zu veranschlagen.

Aber wie kommt es, daß die offiziellen Zahlen so wild durcheinandergelassen?

CENTCOM, die streng geheime militärische Planungseinheit in Donald Rumsfelds Pentagon, sagte in ihrem Kriegsplan voraus, Ende 2006 würden nur 5000 US-Soldaten in Irak benötigt. Rumsfelds Stellvertreter Paul Wolfowitz, der inzwischen angeschlagene heutige Weltbankpräsident, war ein derart geschickter Wirtschaftsjongleur, daß er voller Zuversicht davon sprach, Irak werde „seinen Wiederaufbau selbst finanzieren“ können. Die Bush-Administration hatte errechnet, die Kriegskosten lägen bei 50 Milliarden Dollar. Larry Lindsey, Berater des Präsidenten in Wirtschaftsfragen, warnte demgegenüber, die wirklichen Ausgaben könnten auf 200 Mrd. Dollar steigen. Bush war über diese Prognose empört, da die ihm erteilten Ratschläge nicht in seine Phantasiewelt paßten. Ohne viel Federlesens feuerte er Lindsey.

Heute wissen wir aufgrund der statistischen Angaben aus dem Haushaltsbüro des Kongresses, daß der Irak-Krieg täg-

lich 200 Millionen Dollar kostet – also 6 Milliarden im Monat. Die Gesamtsumme beträgt inzwischen 400 Milliarden.

Die Professoren Bilmes und Stiglitz ziehen einige Szenarien in Betracht, an die Bush, Rumsfeld und Wolfowitz im Jahr 2003 gar nicht dachten: Was würde es ausmachen, wenn man die Truppen in den Jahren 2010, 2015 oder 2016 zurückzöge? Sollte der Krieg darüber hinaus andauern, würden 2 Millionen Soldaten benötigt. Ihre Kalkulationen schließen die täglichen Ausgaben für den Kampfverlauf, den Ersatz beschädigter oder vernichteter Technik sowie die Behandlung Verwundeter und die Versorgung der Veteranen ein.

Nach offiziellen Angaben vor geraumer Zeit hat es auf seiten der USA 3160 Tote



**Bush beim Aufwärmen**

und 23 785 Verletzte gegeben. Prof. Bilmes verwies aber darauf, daß die Bush-Administration zwei separate statistische Listen geführt hat – eine vom Pentagon, die zweite vom Amt für Veteranen-Angelegenheiten. Dabei handelt es sich um eine Regierungsbehörde, die unabhängig vom Kriegsministerium operiert. Zu Jahresbeginn 2007 meldete das Pentagon rund 23 000 Verwundete, das Regierungsamt hingegen nannte 50 000.

Bilmes verwendete diese Zahlen in einem Artikel für die „Los Angeles Times“. Das Pentagon sah rot. Die Professorin erhielt einen wütenden Telefonanruf, konnte jedoch ihre offizielle Quelle belegen. Daraufhin wurde Druck auf den Direktor des Veteranenamtes ausgeübt. Dieser, ein früherer Vorsitzender der Republikanischen Partei namens Robert James Nicholson, ist ein Bush-Getreuer. Kurz darauf reduzierte das Veteranenamt auf seiner Webseite die Zahl der Verwundeten

von 50 508 auf 21 649. Bilmes stellte nun fest, daß Verletzte in Irak und Afghanistan durch „nicht-feindliche“ Handlungen – gewöhnlich handelte es sich um Transportunfälle usw. – vom Pentagon gar nicht mitgezählt wurden, obgleich viele von ihnen lebenslange Behinderungen davontrugen und dieselben Anrechte auf Pflege und Pension haben wie andere Verwundete. Bis jetzt wurden 200 000 Veteranen in den entsprechenden Zentren behandelt. Zwanzig Prozent von ihnen leiden unter schweren Kopf- und Rückgratverletzungen, dem Verlust von Gliedern, Erblindung, Gehöreinküßen oder ernstesten Verbrennungen. Schon im ersten Golfkrieg (1991) mußten 48,4 % der Teilnehmer ärztlich behandelt werden. Gegenwärtig warten 400 000 Veteranen auf die Entscheidung über ihre Anträge. Das kann Monate dauern. Zwischenzeitlich erhalten sie praktisch nicht die in vielen Fällen notwendige Pflege. 2007 könnte sich die Zahl der Anträge auf 874 000 und 2008 auf mehr als 930 000 erhöhen.

Die „Washington Post“ hat über die unhygienischen Zustände im Walter Reed Army Hospital berichtet. Dort mangelt es selbst an Betten für die Verwundeten, die deshalb in nahegelegenen Hotels untergebracht werden müssen. In den Reihen der traumatisierten Heimkehrer hat es etliche Selbstmordversuche gegeben, nicht zu reden von Alkoholismus und Drogensucht.

Laut „Army Times“ wurden bis zum Februar d. J. 280 000 schwere Waffen in den Kriegsgebieten vernichtet, darunter 20 M1 Abrams Tanks, 50 Bradley-Panzer und 20 Stryker-Kampffahrzeuge, 20 Schützenpanzer vom Typ M1 113 und über 100 Flugzeuge, mehrheitlich Hubschrauber. Diese Verluste müssen – so Bilmes und Stiglitz – den Kosten hinzugefügt werden. Eine weitere riesige Fehlkalkulation war die Berechnung des Ölpreises, der zwischen 2002 und heute von 23,71 auf 60 Dollar pro Barrel gestiegen ist. Vizepräsident Cheneys Kumpane in dessen Firma Haliburton, aber auch ExxonMobil, Shell, BP und Chevron machen dabei Riesengewinne. Nach Berechnungen von Bilmes würde selbst ein Ölpreis-Zuschlag von nur 5 Dollar die Kriegskosten in Irak um 150 Mrd. erhöhen.

Bilmes wird von der Bush-Administration geschnitten. Sie sollte an einem Seminar des Veteranenamtes über die Kriegsausgaben teilnehmen, doch die Einladung wurde in letzter Minute zurückgezogen. Laut Bilmes und Stiglitz hätten die im Krieg verpulverten Unsummen gereicht, „um einen Marshallplan für den gesamten Nahen Osten zu entwerfen“.

**Aus „New Statesman“, Großbritannien (12. 3. 07)**

Übersetzt und zusammengefaßt von Dr. Vera Butler, Melbourne

# Vor 40 Jahren: Israels Aggression gegen Ägypten, Syrien und Jordanien (Teil 1)

## Die historische Wahrheit

Am 5. Juni 1967 überfiel Israel seine Arabischen Nachbarn Ägypten, Jordanien und Syrien. In erster Linie sollten im allgemein-imperialistischen Interesse die progressiven Regierungen in Ägypten und Syrien gestürzt und die nationale Befreiungsbewegung im arabischen Raum geschwächt werden. Israel wollte darüber hinaus sein Territorium vergrößern. Dahinter stand die zionistische Vision eines Großisrael vom Mittelmeer bis zum Euphrat.

In zwei Stunden und fünfzig Minuten zerstörte Israel 300 Flugzeuge, das Offensivpotential der ägyptischen Luftwaffe. Die israelischen Bodentruppen stießen zur Südspitze der Sinaihalbinsel, zum Suezkanal und in den Gazastreifen vor. Sie nahmen u. a. 20 Generäle und 3000 Offiziere gefangen und erbeuteten große Mengen an Kriegsmaterial, darunter 700 Panzer. Bis zum 7. Juni hatte Israel das jordanisch verwaltete Westjordanland und das erbittert umkämpfte arabische Ostjerusalem besetzt. Am 9. Juni eroberten israelische Truppen die syrischen Golanhöhen und angrenzendes libanesisches Territorium (Shebaa-Farmen). Hunderttausende Palästinenser wurden vertrieben.

Vorangegangen waren in den mehr als 10 Jahren seit der Dreier-Aggression von 1956 (s. RF, 10/06, S. 23) zahllose Grenzwischensfälle und Provokationen. Ab Februar 1966 richteten sich feindliche Akte Israels vor allem gegen Syrien. Antiimperialistisch orientierte Offiziere hatten dort innere Reformen und eine Vertiefung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten eingeleitet. Im Winter 1966/67 spitzten sich die Spannungen extrem zu. Israel konzentrierte Truppen an der syrischen Grenze. Schwere Zusammenstöße und Luftprovokationen häuften sich. Die israelische Führung drohte offen mit der Besetzung von Damaskus. Die ägyptische Regierung, die vertraglich verpflichtet war, Syrien im Falle einer israelischen Aggression Beistand zu leisten, sah sich zu Gegenmaßnahmen gezwungen und verlangte im Mai 1967 den Rückzug der seit der Dreier-Aggression auf der Sinaihalbinsel und im Gazastreifen stationierten UNO-Truppen. Ägyptische Streitkräfte rückten dahin vor. Danach sperrte Ägypten den Golf von Akaba und erklärte auch die Schließung der Straße von Tiran für israelische Schiffe sowie für strategische Lieferungen an Israel. Gleichzeitig machte Kairo deutlich, daß es den Waffengang vermeiden und einen Kompromiß über die

UNO wollte. Nasser erklärte noch Ende Mai: „Wir wollen nicht angreifen und werden nicht als erste schießen.“

Aber das konnte die Entwicklung der Ereignisse schon nicht mehr stoppen. Am 9. Mai 1967 hatte Israels Parlament der Regierung die Vollmacht erteilt, Syrien anzugreifen. Am 23. Mai wurde die Mobilmachung verfügt und der israelische Generalstab angewiesen, die Vorbereitung auf den Krieg in kürzester Frist abzuschließen. 150 000 Reservisten wurden einberufen. Auch auf arabischer Seite hatte es zahlreiche Stimmen gegeben, die für einen Feldzug gegen Israel plädierten, besonders innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter Ahmed al-Schukairi und ihr nahestehenden Gruppen. Diejenigen, die Krieg gegen Israel propagierten, waren zumeist Gegner von Ägyptens Präsident Gamal Abdel Nasser. Ihnen lag mehr an dessen Sturz als an Israels Niederlage.

Die USA unterstützten Israel unverblümt und drohten den Arabern unter Verweis auf ihre 6. Flotte im Mittelmeer. Und sie arbeiteten mit Großbritannien an einer Koalition gegen Ägypten, der sich die Gaull's Frankreich verweigerte. Die US-Kriegsmarine stationierte starke Kräfte im östlichen Mittelmeer, darunter die Flugzeugträger „America“ und „Saratoga“. Dem entsprach die Haltung der USA in der UNO während der Aggression, als sie die Forderung zur Waffenruhe blockierten, bis Israel außer Sinai auch Territorien Syriens und Libanons sowie das Westjordanland und Ostjerusalem erobert hatte. Die sowjetische Regierung hatte sich geduldig bemüht, Israel von einem Militärschlag abzubringen.

Nach dem Krieg wurde im Westen versucht, die UdSSR für den Ausbruch des Krieges verantwortlich zu machen. Gleichzeitig sollte ihr die Niederlage der Araber angelastet werden, weil sie ihnen

vom Erstschlag abgeraten hatte. Die Sowjetunion verurteilte sofort und als erster Staat die Aggression und verlangte von der israelischen Regierung, unverzüglich und bedingungslos die Kriegshandlungen gegen Ägypten, Syrien und Jordanien einzustellen, ihre Truppen hinter die Waffenstillstandslinie von 1949 zurückzuziehen. Forderungen des UNO-Sicherheitsrates zur unverzüglichen Feuereinstellung am 6. und 7. Juni ignorierte Israel und setzte seine Aggression mit Unterstützung der USA und Großbritanniens fort.

Die Staaten des Warschauer Vertrages erklärten am 9. Juni, daß „sie voll und ganz mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker solidarisch sind“. Da Israel der Forderung nicht nachkam, die Kriegshandlungen umgehend einzustellen und seine Truppen hinter die Waffenstillstandslinie zurückzuziehen, brach die Sowjetunion am 10. Juni die diplomatischen Beziehungen zu Tel Aviv ab. Andere sozialistische Staaten folgten. Nach den arabischen Ländern stellte schließlich auch Israel auf Drängen des Sicherheitsrates am Abend des 10. Juni die Kampfhandlungen ein. Seitdem hält es bis heute arabische Gebiete in mehr als doppelter Größe seines eigenen Staatsgebietes besetzt. Behauptete Israel zunächst, die Araber hätten angegriffen, räumte man dann ein, zur „Selbstverteidigung“ losgeschlagen zu haben. Zugleich rechtfertigte man den Landraub im Sinne zionistischer Geschichtsmystifizierung, deutete ihn als „Rückkehr in das Land der Väter“. Noch vor Ende des Krieges erklärte Kriegsminister Moshe Dayan am 7. Juni 1967 in Jerusalem: Wir sind zu diesen Orten „zurückgekehrt, um uns niemals wieder von ihnen zu trennen“. Dahinter stand der Wille der Herrschenden Israels, das geraubte Land zu behalten. Um das praktisch durchsetzen zu können, ließen sie, wie schon 1948/49, Araber vertreiben. Bis September 1967

mußten 350 000 Araber die besetzten Gebiete verlassen. Viele Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht. „Um einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu verwirklichen“, forderte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution Nr. 242 vom 22. November 1967, daß die israelischen Streitkräfte sich aus den während des Krieges besetzten arabischen Territorien zurückziehen. Weiter verlangte die Resolution, die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit eines jeden Staates der Region zu gewährleisten.



Aus: „Ret og Vrang“, Dänemark

Bernd Fischer

# Polens Kaczynski-Regime mit McCarthy-Gesetz gescheitert

## Birthlers Warschauer Kollegen

Bis vor wenigen Wochen nötigte ein „Durchleuchtungs“-Gesetz Hunderttausende Polen zu einem antikommunistischen Glaubensbekenntnis. Sie sollten für ihre Vergangenheit Abbitte tun. Wer sich weigerte, hatte mit dem Verlust seines Arbeitsplatzes zu rechnen – ein weiterer Schritt des Abdriftens der konservativ-traditionalistisch-katholischen Regierung der grotesken Kaczynski-Zwillinge in die finstersten Ecken der Geschichte.

Das sogenannte Lustrationsgesetz – es geht um „Säuberung“ – war bereits in Kraft getreten. Es verpflichtete Journalisten, Hochschullehrer, Rechtsanwälte, Schulleiter und Angehörige weiterer Berufsgruppen dazu, eine Erklärung abzugeben, ob sie in den Zeiten der polnischen Volksmacht mit der Staatssicherheit (SB) zusammengearbeitet haben.

Bis jetzt waren hierzu nur Abgeordnete, Minister, hohe Beamte, Richter und Staatsanwälte – etwa 300 000 Menschen – verpflichtet.

Mit der neuen Order sollten 700 000 Personen – alle vor dem August 1972 Geborenen – eine im Internet abrufbare Erklärung ausfüllen und diese dem Institut für das Nationale Gedenken (IPN) zuleiten, das den Fragebogen mit in SB-Archiven vorgefundenen Unterlagen zu vergleichen hatte. (Beim IPN handelt es sich um eine polnische Spielart des berüchtigten Dienstes von Frau Birthler – d. R.)

Die Erklärungen der Verdächtigen würden im Internet veröffentlicht, hieß es. Das IPN werde seine eigene Liste von „Kollaborateuren“ des SB, die ungefähr eine Million Namen umfaßt, publik machen.

Alle, die eine Zusammenarbeit im Sinne der neuen Anordnung verweigerten, oder die in ihrer Erklärung falsche Angaben machten, sollten für die Dauer von zehn Jahre sämtliche Befugnisse verlieren. Es handelt sich also um eine Neuauflage der antikommunistischen Hexenjagden, die während der 50er Jahre in den USA unter Senator Joseph McCarthy stattgefunden haben.

Der Inquisition nahefernd versprochen die Urheber des Gesetzes, daß jene, welche zu „beichten“ bereit seien, nicht bestraft würden. Dennoch kündigten die öffentlich-rechtlichen Medien bereits an, „Kollaborateure“ würden

von ihnen entlassen. Andere offizielle Quellen nuancierten das dahin gehend, eine „Vergebung“ werde vom „Schweregrad des Bekannten“ abhängig gemacht.

Das Gesetz erfüllte eine der Prioritäten der Kaczynski-Zwillinge. Staatspräsident Lech und Ministerpräsident Jaroslaw führen ein erzreaktionäres, dem katholischen Fundamentalismus nahestehendes Regime an, das seit dem Machtantritt im Oktober 2005 versucht, seine Herrschaft durch Attacken auf den zwischen der Solidarnosc Walesas und der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) in den 80er Jahren vereinbarten „Übergang“ abzustützen. Der Regierungschef behauptete kürzlich, „das SB-Netz“ vergangener Tage existiere noch und sei „stärker, als wir denken“.

Die staatlichen Medien und das weit einflußreichere private „Informationswesen“ – ein großer Teil davon befindet sich in katholisch-konservativ-traditionalistischer Hand – unterstützten begeistert das Lustrationsgesetz.

Unter den Universitätsprofessoren trauten sich – sieht man von rühmlichen Ausnahmen ab – nur wenige, die neue Order anzuprangern und zu deren Boykott aufzurufen. „Gesetz ist Gesetz“, schloß z. B. die Sprecherin der Krakauer Universität.

Auch Marcin Croll, Philosophiehistoriker an der Warschauer Universität und frühe-

rer PVAP-Dissident, stellte resignierend fest, daß „man der Pflicht nachkommen muß, obwohl das Gesetz ganz ohne Sinn ist“. Er fügte hinzu: „Es ist abartig, daß du deine Unschuld beweisen mußt.“

Es fehlten auch nicht jene, die es wagten, den antikommunistischen Mummenschanz offen herauszufordern. „Ich werde die Erklärung über mein Leben nicht ausfüllen. Das verstößt gegen meine Würde“, kündigte Janusz Grzelak, Dekan der Soziologischen Fakultät und Mitglied von Solidarnosc an. Ihn unterstützte die Vizedekanin Zuzanna Töplitz, die in der Presse dieser Organisation arbeitete und jetzt erklärte, im Falle einer Bestrafung Polen zu verlassen.

Außer im universitären Bereich verstärkte sich der Widerstand gegen das „Durchleuchtungs“-Gesetz auch in Teilen der polnischen Presse. Dabei ragte die liberale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ heraus. Das Blatt befindet sich deshalb im Schußfeld der Kaczynski-Regimes. Ursprünglich von antikommunistischen Intellektuellen geschaffen, wandte sich die Mehrheit seiner Mitarbeiter gegen ein „erniedrigendes und die Meinungsfreiheit verletzendes Gesetz“.

Sowohl die entschiedenen Gegner als auch jene, die kapituliert haben, setzten schließlich ihre Hoffnungen auf das von der sozialdemokratischen Opposition angerufene Verfassungsgericht.

Bei einer Bestätigung des Gesetzes durch dieses Organ, so kündigten die Oppositionellen an, wollten sie vor den Menschenrechtsgerichtshof in Strassbourg ziehen.

**Nach einem Bericht der baskischen Zeitung „Gara“**

Übersetzung:  
Isolda Bohler, Valencia



Alpträume

Aus: „Proletären“, Göteborg

*P. S. Wie nach Redaktionsschluß bekannt wurde, sah sich Polens Verfassungsgericht dazu veranlaßt, das „Lustrationsgesetz“ für verfassungswidrig zu erklären, nachdem die Kaczynski-Partei zuvor noch den Ausschluß zweier Richter wegen angeblicher Nähe zum SB durchgesetzt hatte. Die Kaczynski-Brüder wollen mit einem neuen Gesetz nachlegen.*

# Vor 50 Jahren starb der kommunistische Poet Louis Fürnberg Einem Menschheitstraum verpflichtet

Vor 50 Jahren, als die fortschrittlichen Kräfte der Welt sich vorbereiteten, den 40. Jahrestag der Oktoberrevolution würdig zu begehen, wenige Monate vor dem Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik, begann der Dichter Louis Fürnberg sein Poem „Weltliche Hymne“ zu schreiben. Es blieb Fragment (54 Strophen), das Kuba, ein anderer Dichter, 1957/58 vollendete. In der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1957 – Fürnberg saß gleichsam auf „gepackten Koffern“, um am nächsten Tag zu einer Kur nach Karlsbad aufzubrechen – setzte sein Herz aus. Mit nur 48 Jahren.

Die „Weltliche Hymne“, konzipiert gegen Ende 1956 in den Tagen des faschistischen Putschversuchs in Ungarn, ist ein poetisches Bekenntnis zum Großen Oktober der russischen Arbeiter und Bauern. Es schien Fürnberg, gerade nach dem XX. Parteitag der KPdSU, dringend notwendig: schonungslose Kritik und Selbstkritik der Kommunisten im Hinblick auf erwiesene Irrtümer und Machtmißbrauch in der kommunistischen Weltbewegung. Bereits in der „Krankengeschichte“ (1955, publiziert aus dem Nachlaß) klingen solche Töne an.

Dieser Dichter hatte es sich nie leicht gemacht. Schwerste Prüfungen, besonders in den dreißiger und vierziger Jahren

– Flucht aus der Heimat Tschechoslowakei, 13 Gefängnisse, Folter, Exil in Jugoslawien und später in Palästina, Verlust mehrerer Familienangehöriger im faschistischen KZ Buchenwald, Flüchtlingslager im palästinensischen El Shatt – hatten ihn und seine standhafte Gefährtin Lotte Fürnberg (1911–2004) nie davon abbringen können, für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen. Wo der Mensch dem Menschen ein Freund ist, ein Bruder. „Der Bruder Namenlos“ (1945) legt von dem schweren Weg ein ergreifendes poetisches Zeugnis ab. In diesem Gedichtzyklus gestaltet er „seinen Weg in die Zeit, den Weg vom Traum zur Tat“, schrieb Egon Erwin Kisch im Nachwort zur ersten Ausgabe.

Mich wieder einmal ins Fürnberg-Volksebuch (Volksverlag Weimar 1963) vertiefend, berührt mich, wie behutsam und feinfühlig er mit neuen, jungen poetischen Talenten der DDR im Gespräch war. So schrieb er am 23. Juni 1957, wenige Stunden vor seinem Tod, an Rainer Kirsch: „Hängen Sie die Philosophie getrost an den Nagel, es gibt gesündere und wichtigere Berufe. Jetzt aber arbeiten Sie zuerst und lernen begreifen, daß Marx, Engels, Lenin größere Männer sind als Schopenhauer, Nietzsche und Sartre, daß unsere DDR, in der man sich noch so plagen muß und die so streng sein kann, daß sie junge Philo-

sophen für zwei Jahre in die Produktion schickt, doch das einzige und bessere und einzig hoffnungsvolle Deutschland ist und daß das Leben viel komplizierter ist als ein Gedicht. Daß aber Gedichte zum Leben gehören, weil man ohne Schönheit, ohne Tiefe und ohne die Weisheit der Gedichte nicht leben kann. Nehmen Sie alle Ihre Chancen wahr.“

In seiner zweiten Heimat DDR, in Weimar, waren Fürnberg nur knapp drei Jahre vergönnt. Er begründete gemeinsam mit Hans-Günther Thalheim die „Weimarer Beiträge“ und widmete sich als stellvertretender Direktor der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur einer Fülle neuer Aufgaben. Besonders lag ihm die Erforschung deutsch-slawischer Wechselbeziehungen in der klassischen Literatur sehr am Herzen.

Gewiß werden am Sterbetag (23. 6.) nicht nur viele Weimarer auf dem Historischen Friedhof hinter der russisch-orthodoxen Kapelle seiner gedenken. Anzunehmen ist, daß nicht nur Schüler der Fürnberg-Schule an der Bodenschwingstraße Worte des Dichters ins Gedächtnis rufen.

Sein Herz schlug für einen Menschheitstraum, für ein lebenswertes Dasein, in Frieden, in Freundschaft mit allen Völkern. Das ist nur ohne die Diktatur des Großkapitals möglich. **Werner Voigt**

## Wie die Bergmannswitwe Konopka ums Leben kam Bundesdeutscher Alltag

Oma Konopka ist fünfundsechzig geworden, hätte aber gut und gerne „die Knappschaft noch ein bißchen ausmisten können“, wie man so gedankenlos dahinpappert. Der Paul, ihr verunglückter Mann, ist schließlich an die vierzig Jahre auf Auguste-Viktoria eingefahren – davon sein halbes Arbeitsleben als Schießmeister mit Schachtdurchschnittslohn. Und auf seinem Pütt, auf den wohl auch bald der Deckel kommt, wurde immer gut gefördert und verdient. – Na ja, die Luise kam hin mit der Hinterbliebenenrente. Und jetzt hat sie auf tragische Weise das Zeitliche gesegnet. Das ist ein Film für sich, einer, der täglich irgendwo in unseren Wildwestbreiten abläuft und oft schon dramatisch überholt ist, ehe man das Schreckliche richtig kapiert und verdaut hat.

Da schlenderte die rüstige Witwe Konopka, nichts Böses ahnend, über den Wochenmarkt. „Ich will meinen Kühlschrank ein bißchen auffüllen“, rief sie leutselig der Änne von der Post noch zu. Einen Moment später flitzte ein Halbstarker an ihr vorbei und riß ihr das Netz mit der Handtasche drin vom Arm. Luise stand wie gelähmt. Die ansonsten immer schlagfertige Frau bekam keinen Ton heraus. „Hast du das gesehen“, keuchte sie nach Luft

schnappend endlich der Eierfrau zu. „Nee, was denn?“ „Der ist schon um die Ecke. Er hat mein ganzes Geld geklaut!“

Es war nicht nur das Portemonnaie. Papiere, Schlüsselbund, alles war futsch. Auf der Wache fragte man zuerst nach Zeugen. „Man muß doch aufpassen“, hob der Beamte belehrend die Brauen, zeigte mit ungläubigem Kopfschütteln eines alten Dorfschulmeisters, was für eine blöde Kuh sie sei. Luise zwickte sich in den Arm, da verschwand alle Hoffnung. „Nehmen Sie ein Protokoll auf“, forderte sie unwirsch, „auch wenn Sie unfäh ...“, auch wenn Sie den Kerl nicht erwischen.“

Wutgeladen stiefelte sie zur Schwieger-tochter, die ein paar Zweitschlüssel in Verwahrung hatte. Als sie dann allein und ein wenig mutlos in ihrer Wohnung hockte und bei einer Tasse Kaffee „den Schreck in der Morgenstunde“ überdachte, war ihr mageres Fazit: Hoffentlich ist der Lump kein drogenabhängiger Arbeitsloser und wirft wenigstens meine Papiere in einen Briefkasten. Dann versorgte Luise sich mit Geld aus dem verborgenen Einbausafe im Schlafzimmer, verstaute den Schein im Büstenhalter und eilte schnurstracks wieder zum Markt – das Leben ging weiter, und morgen war Sonntag.

Ein paar Tage später in der Aktuellen Stunde des Dritten, nach einer Umschalt-pause: Das albernde Moderatorenpaar, das im Gleichklang aus seiner bürgerlichen Froschperspektive quakt, wird ernst und berichtet abwechselnd, daß ein Bergmann seine durch Messerstiche ermordete Mutter in ihrer durchwühlten Wohnung fand. „Luise K. war leichtsinnig im Umgang mit Personalausweis und Hausschlüssel. Das entschuldigt ja eigentlich auch das Alter nicht ... im Gegenteil! ... bla, bla, bla!“ Kein Zweifel: Sonst ist „unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“ ja richtig human, gerecht, unverzichtbar und erhaltenswert.

**Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen**

Am **16. Juni um 10 Uhr** sprechen Botschafter a. D. **Otto Pfeiffer**, Berlin, und **Dr. Peter Hamann**, Leipzig, in der Drogenmühle Heidenau auf einer Veranstaltung der

**Regionalgruppe Dresden** zu dem Thema

**Venezuela und das lateinamerikanische Umfeld**

## Der Komponist Kurt Schwaen wird 98

# Eine Gratulation

Wenn im Juni alljährlich auf einem großen, sich lang nach hinten erstreckenden Grundstück hinter einem kleinen, musisch ausgestatteten Haus in Berlin-Mahlsdorf Gartenfeste stattfinden, könnte man bei dem fröhlichen Treiben kaum vermuten, daß es sich um Geburtstagsfeiern eines Komponisten handelt, der das 95. Lebensjahr längst überschritten hat. Archie war zum 96. Geburtstag, und auch schon vorher bisweilen, dort anwesend und saß am „Literatentisch“, wie der Jubilar formulierte, zusammen mit Gerhard Branstner, Uwe Berger, Klaus Höpcke und anderen. Zum 97. Geburtstag des Freundes war der über 20 Jahre jüngere Archie durch einen Hexenschuß an der Teilnahme verhindert.

Er vermutet, daß Kurt Schwaen so etwas nicht kennt. Über den Jubilar, sein Gesamtwerk, das über 600 Titel zählt, sein Leben, das fast ein Jahrhundert umfaßt, seine künstlerische und gesellschaftliche Tätigkeit wird von der bürgerlichen Presse kaum berichtet. Dabei wäre er ein großartiger, lebendig gebliebener Zeuge des Jahrhunderts, ein Tonsetzer, der



seinen sozialistischen Überzeugungen treu geblieben ist, der über bedeutende Künstler seiner Zeit, mit denen er zusammenarbeitete, viel zu erzählen hätte, ein Begleiter vieler historischer Ereignisse, einer der stets den Schalk im Nacken hat, mit seinem Lachen ansteckt.

Dr. h. c. Kurt Schwaen ist ein vorzüglicher Gesprächspartner, mit dem man ohne Scheu über alles reden kann, der nie etwas besser weiß, sondern stets nur zu bedenken gibt. Gelegentlich bedient er sich am Geburtstagsbuffet noch selbst, beweglich und schlank, wie er ist, manchmal macht es schon Mühe.

Auch die linke Presse nimmt, Archies Meinung nach, nicht genügend Notiz von

dieser Künstlerpersönlichkeit. Muß er erst hundert werden, um seine Erfahrungsschätze dort weiterzugeben?

Bekannt ist das Haus in der Mahlsdorfer Wacholderheide auch durch musikalisch-literarische Matineen, die „Hellersdorfer Serenaden“, die Kurt Schwaen mit jungen und älteren, auch ausländischen Künstlern veranstaltete. Zu erwähnen wäre noch, daß sich bei ihm das Archiv von Emil Stumpp befindet, eines bildenden Künstlers, der durch eine riesige Zahl von Porträts, vor allem auch historischer Persönlichkeiten, bekannt wurde. Unter ihnen Albert Einstein, Anatoli Lunatscharski, Igor Strawinski, Heinrich Zille, Hans Baluschek, Kurt Tucholsky und viele andere. Besuchen Sie das Haus in der Wacholderheide, vielleicht spielt Ihnen der Komponist eines seiner späten Klavierstücke vor, etwa das „Nocturne lugubre“ von 1992, das Archie so schätzt. Aber er ist beruflich noch viel unterwegs, wie gerade zu einer Aufführung der „Horatier und Kuriatier“ in Gent. Eine Übersetzung ins Flämische, Text: Bert Brecht, Musik: Kurt Schwaen. **Manfred Hocke**

## Wie der Funkstützpunkt „Nord“ der CIA ausgehoben wurde

# Ein Buchtip für junge Leute

Am Anfang waren die Träume. Eine Liebe fürs Leben, eine Freundschaft für immer. Was wäre der Mensch ohne sie? Er gliche einem Baum ohne Krone. Jörg Werner ist sich seines Glücks bewußt. Mit Hannelore will er alt werden. Hermann Bettin kennt er schon eine Ewigkeit. Auch das Pädagogikstudium bestreiten sie gemeinsam.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs liegt erst knapp ein Jahrzehnt zurück, und schon breiten sich neue Schatten über dem jungen Staat aus. Es ist die Zeit des kalten Krieges. Dessen eisiger Hauch streift jeden Winkel im Land, selbst das idyllische Mecklenburg, in dem sich die Dinge, wie die Leute sagen, erst hundert Jahre später als anderswo zutragen. Wahrscheinlich eine Legende, denn die Böen und Stürme, die er auslöst, sind allgegenwärtig. Wie ein Strudel erfassen sie alle, die in ihren Bannkreis geraten, nehmen vom ganzen Menschen Besitz, seinen Hoffnungen, seinem Denken und seinem Gewissen.

Jörg Werner ergreift Partei für den Sozialismus, in dessen Sinne er erzogen wurde. Er weiß, daß man ihn schützen und verteidigen muß. Während Hermann Bettin den Weg zum Schuldirektor beschreitet, wird er Offizier beim MfS. Seine Liebe geht in den Westen, aber der Freund bleibt. Lange Zeit verbindet sie ein enger Kontakt, Vertrauen vor allem. Doch Hermann Bettin hadert mit seinem Schicksal. Als Invalide – ihm fehlt ein halbes Bein – kann er seinen Kindheitstraum nicht verwirklichen, als

Funker zur See zu fahren. Eine Institution in Hamburg zeigt sich äußerst interessiert an seinem „Fall“. Er könne gutes Geld verdienen, verspricht man ihm, zuvor müsse er sich jedoch als Funker „hinter dem Eisernen Vorhang“ bewähren.

Jörg Werner gehört der Gruppe an, die beauftragt ist, die Quelle mysteriöser Funksprüche im Bezirk Neubrandenburg aufzuklären. Alles deutet auf Hermann Bettin hin. Der inzwischen erfahrene Abwehrmann gerät in tiefe Konflikte. Seinen besten Freund verdächtigen, gar überführen ... ?

Er muß sich entscheiden.

Heinz Günther, alias Jörg Werner, hat sich entschieden. In seinem Buch „Zwischen den Fronten – Wie die Spionageabwehr des MfS den Funkstützpunkt ‚Nord‘ der CIA in der DDR zur Strecke brachte“ befragt er sich und seine Erinnerungen. War es richtig, die Sache über die Freundschaft zu stellen? Wo hört Loyalität auf, wo fängt Parteinahme an? Die Akteure jener Zeit sind es, die ihm politische Entscheidungen abverlangen, so daß sich, wie er schreibt, „einstige Gefährten in verschiedenen ‚Lagern‘ wiederfanden und darum keine Freunde mehr, sondern fortan Feinde waren“.

Heinz Günther berichtet über Umstände, Ursachen und Hintergründe von Geschehnissen in den frühen Jahren der DDR. Alles, was er aufgeschrieben hat, ist authentisch. Genauso hat es sich zugetragen. Nichts ist erfunden, nichts hinzugefügt worden. Es

ist also kein Märchen, das erzählt wird, sondern eine wahre Geschichte. Er hat sie festgehalten, um den zerstörerischen halben Wahrheiten und ganzen Lügen über das MfS und die DDR entgegenzutreten. Der Verfasser bekundet: „Wenn andere darüber schweigen: Ich tue es nicht. Denn wir waren nicht nur unmittelbar Beteiligte ..., sondern auch Zeugen. Und diese sind verpflichtet, ihr Wissen weiterzugeben ...“

Die oft gestellte Frage, wie wir vor allem junge Menschen mit unserer Geschichte erreichen können, beantwortet Heinz Günther. Sein Buch gehört in ihre Hände, und wir sollten dazu beitragen, daß der spannend geschriebene und äußerst aufschlußreiche Erinnerungsbericht einen breiten und möglichst jungen Leserkreis erreicht.

Dr. sc. Heinz Günther, geboren 1930, war in verschiedenen Bereichen tätig, darunter im Außenministerium der DDR, als Hochschullehrer und später als Oberst und Lehrstuhlleiter der Schule der HVA des MfS. Bis 1989. Seit 1998 arbeitete er als Rechtsanwalt. Heute ist er Rentner und lebt in Berlin.

In das Exemplar, das uns der Autor übergab, schrieb er: „Wir waren überzeugt, einer guten und gerechten Sache zu dienen!“ Heinz Günther ist es noch heute.

**Bruni Steiniger**

Heinz Günther. „Zwischen den Fronten“. Verlag am Park, Berlin 2006, 190 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 3-89793-106-0

## Zum 100. Geburtstag des Arztes und Autors Diego Viga Der „DDR-Schriftsteller Lateinamerikas“

Der lateinamerikanische Arzt und Schriftsteller Diego Viga wurde am 7. Juni 1907 als Paul Engel in Wien geboren. Nach seinem Medizinstudium praktizierte er als Gynäkologe und Endokrinologe in seiner Heimatstadt. Mit den jüdischen Eltern emigrierte er 1935 nach Lateinamerika. Paul Engel reiste bis 1950 als Pharmavertreter durch Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Panama. Danach lehrte er als Professor für Biologie und Pathologie an der Universität Quito in Ecuador. Der Schriftsteller entlehnte sein Pseudonym Diego Viga dem 3600 Meter hohen Gipfel Viga bei Bogotá und dem nahegelegenen kleineren Berg Largo Diego. Beide bestieg er 1938.

Seinen internationalen Ruf als deutschsprachiger Autor errang Diego Viga mit der Veröffentlichung seiner Werke in der DDR (seit 1955). Bereits fünfzehn Jahre zuvor hatte er mit dem Schreiben von Belletristik begonnen. Als Wissenschaftler und Hochschullehrer verfaßte er seit den dreißiger Jahren über einhundert Beiträge zur Medizin, Biologie und Chemie sowie das Lehrbuch „Endokrinologie“ (1939). Der einstige Paul List Verlag in Leipzig brachte 1955 Diego Vigas erstes Buch „Der Freiheitsritter“ heraus, in dem er die Geschichte eines siebenfachen Mörders in Bogotá sowie deren gesellschaftliche Hintergründe beschrieb. Dem Erstling folgten etwa zwanzig weitere Romane, darunter „Schicksal unterm Mangobaum“, „Der geopferte Bauer“, „Die Indianer“, „Waffen und Kakao“, „Stadion in Esmeraldas“, „Die Lose von Bartolomé“ und „Weltreise in den Urwald“.

Während seiner ausgedehnten Exkursionen lernte Diego Viga die Schicksale vieler Indianerstämme kennen. Im Anden-Hochland Ecuadors waren es die Uitotos, im Süden die Jivaros und in den Küstengebieten die Mantas, Esmeraldas und Chimus. Die mannigfaltigen Reiseerlebnisse in seiner Wahlheimat boten ihm ein unerschöpfliches Reservoir für seine Bücher. Er thematisierte das Stadt-Land-Problem, die Konflikte von Arm und Reich, zwischen Latifundistas und landlosen Bauern. Auf Grund seiner Erkundungen vermochte er mehrere historische und sozialkritische Indianerromane zu schreiben. Die Geschichte der Eroberung Perus gestaltete er in „Die Konquistadoren“. Andererseits stellte der Autor die Flucht jüdischer Menschen vor dem deutschen Faschismus nach Lateinamerika dar, so in seinem autobiographisch gefärbten Emigrantenroman „Die Parallelen schneiden sich“ (1969). Darin gestaltete er das Leben eines Arztes zwischen Wissenschaft und sozialer Verantwortung.

Diego Viga schrieb seine Bücher vornehmlich in den frühen Morgenstunden, zumal er als Arzt praktizierte und als Hochschullehrer unterrichtete. Der Schriftsteller äußerte: „Meine Romane reifen sozusagen auf langen Spaziergängen in

klarer Höhenluft heran.“ Er behandelte darin die zeitgenössischen Verhältnisse in Lateinamerika, entwarf aber auch faszinierende Geschichtsbilder von den spanischen Eroberern im 16. Jahrhundert oder von den Unabhängigkeitskämpfen der Indianer im 20. Jahrhundert. In den 80er Jahren erschienen aus Vigas Feder „Das verlorene Jahr“ und „Aufstieg ohne Chance“. Zu seinem 80. Geburtstag legte der Mitteldeutsche Verlag Halle-Leipzig den Roman „Ankläger des Sokrates“ (1987) vor, in dem Viga kritisch mit dem antiken Denker umging. Der spannende Dialog-Roman, in dem der Autor „in essayistischen Einschüben philosophische, gesellschaftskritische und ästhetische Ansichten ausbreitete“ (Ute Reimann), war sprachlich eine Parodie. Von den Werken des Humanisten wurden Lizenzen in ein gutes Dutzend Länder vergeben, darunter nach Ungarn, Polen, der ČSSR, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Kolumbien.

Mit dem späteren DDR-Dichter Erich Arendt (1903–1984) war Diego Viga bereits während ihres gemeinsamen Exils befreundet. Arendt war es auch, der ihn zum Schreiben ermutigt hatte, sein kritischer Ratgeber wurde und sich für die Veröffentlichung seines ersten Romans in Leipzig eingesetzt hatte. Erstmals besuchte der Schriftsteller die DDR im Jahre 1960; dem folgte ein halbes Dutzend Visiten. Vigas Bücher genossen im sozialistischen deutschen Staat einen guten Ruf.

Er bezeichnete sich scherzhaft als „DDR-Schriftsteller in Lateinamerika“, obwohl er seit Jahrzehnten Ecuadorianer war.

Verwiesen werden muß auch auf seinen interessanten Essay „Nachdenken über das Lebendige“, den er 1977 unter dem Namen Paul Engel veröffentlichte. Darin bekannte er sich zu einer engen Verbindung zwischen Wissenschaft und Kunst. Er apostrophierte: „Von der Wissenschaft hängt das Überleben und von der Kunst in hohem Maße der Glücksinhalt des Menschen ab.“ Der international anerkannte Schriftsteller entwickelte sich gleichsam auf den Spuren von Cervantes, Balzac und Traven zu einem für die Kräfte des Fortschritts Partei ergreifenden Chronisten seiner Wahlheimat.

Auf der Grundlage nicht publizierter autobiographischer Notizen des Autors erarbeitete Dietmar Felden die Biographie „Diego Viga. Arzt und Schriftsteller“. Diese erschien 1987 im S. Hirzel Verlag, Leipzig. Felden versuchte den Arzt, Wissenschaftler und Schriftsteller umfassend zu würdigen, wobei die literarische Leistung etwas hinter der des Mediziners zurückblieb. In der Biographie ist manches über die Erlebnishintergründe der Romane, über die Kultur- und Zeitgeschichte, die Reisen und den Bekanntenkreis des Künstlers, der auch auf ein beachtliches gesellschaftliches Engagement verweisen konnte, nachzulesen. Diego Viga starb hochbetagt am 27. August 1997 in Quito.

**Dieter Fechner**



**Auch in Ecuador hat die Linke die Führung des Staates übernommen: Der neugewählte Präsident Rafael Correa erwidert mit seiner Frau Anne Malherbe die Grüße von Gratulanten.**

# Raimund Kriegers Erstling beleuchtet die Konterrevolution Hochspannung auf 300 Seiten

Das ist einer, der schreibt einen Kriminalroman mit allen Raffinessen des Genres, mit Mord und Totschlag, Gifttacken und Überfällen, Ratlosigkeit der Kriminalisten und nicht mehr vorhandenen Spuren. Dreihundert Seiten, die alles bieten, was einen Krimi gewöhnlich auszeichnet. Über Fragen des Stils und der Figurenbeschreibung, der Handlung und der Charaktere reden wir später, wenn überhaupt, denn es ist ein Erstling. Außerdem gibt es noch einen zweiten Roman im Roman, säuberlich verpackt, aber unverkennbar: den Roman der Konterrevolution. Dieser fußt auf eigenem Erleben, schildert die Leidenszeit eines Beteiligten mit Abstieg, Alkohol und Obdachlosen-Asyl.

Zunächst ein paar Worte zum Autor von „Lineage“. Raimund Krieger wurde 1959 geboren, ging zur NVA, war Schichtschlosser im Braunkohlekombinat Bitterfeld, studierte Ingenieurpädagogik, arbeitete als Klassenleiter in der Betriebsberufsschule des BKK Bitterfeld, ging 1988 zum MfS. Es folgte 1989 die HO Bitterfeld. 1995 nahm er eine Tätigkeit als Fachberater für Krankenversicherungen auf. 2005 scheiterte sein Weg in die Selbständigkeit. Ab 2005 bezieht er ALG II, versucht einen beruflichen Neustart. Er sagt über sich: „Ich war, bin und bleibe Marxist. Am besten widerspiegelt der Roman meine Position in Vergangenheit und Gegenwart, zum Teil auch für die Zukunft.“ Und das tut er wahrhaftig. Man muß dem Verlag danken, daß er das Buch herausgebracht hat.

„Lineage“ ist die fast dokumentarische Beschäftigung mit dem Leben des Franz-Ernst Spalteholz, früher bei einer Eliteeinheit der DDR, der KI, Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Ein Mann mit Überzeugungen und Haltungen, die er von heute auf morgen ablegen soll. Ein anderer Protagonist, Udo Wagner, ist Autor von Kinder- und Jugendbüchern. Auch er hatte andere Lebensvorstellungen, war ebenfalls Kriminalist, im Bereich Volkswirtschaft tätig und mit der Auswertung von Spuren bei Havarien und Großschäden beschäftigt. In einer späteren Auseinandersetzung verteidigt er seine Ansicht, daß das Schulsystem der DDR von den skandinavischen Ländern übernommen wurde und der westlichen Erziehungs- und Bildungsmisere weit überlegen ist.

Beide Männer standen für die Werte der DDR. Aber die DDR ist Vergangenheit. Und nun – nach der Konterrevolution – wird das Schattendasein der Helden in der Reservearmee des Kapitals deutlich, das brutale Abgeschobenwerden, das Nichtmehr-zu-gebrauchen-Siegel. Zwei Menschen, die das Elend der Zeit am eigenen Leibe spüren, die den Makel der Staatsnähe wie Narben auf der Haut tragen und fast im Rausch des Vergessenseins

untergehen, bis sie durch die Widrigkeiten oder Zufälligkeiten des Schicksals ins Trockene gespült werden. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe sind die morschen Stufen auf dem Weg nach unten. 330 Euro sind zum Leben und zum Sterben zu wenig, nicht einmal der Sarg ließe sich davon bezahlen. Doch dann sorgt Kommissar Zufall für Überraschungen.

Udo Wagner wird zu einer Talkshow eingeladen und erfährt, daß er vom Gast aus den USA, einem pensionierten ehemaligen Geheimdienstler, ausgesucht worden ist. Dieser, ein gewisser Georg Collins, verrät ihm bei einem späten Zusammensein, daß er sein Vater ist und seine Mutter, die Leiterin eines Leipziger Jugendwerkhofs, im Cafe „Corso“ kennengelernt und bewundert hat. Sie war Sozialistin und wußte nichts von seiner Tätigkeit, glaubte wohl, daß er Ingenieur für Telefonanlagen aus Wanne-Eickel war und nach dem Ende des Krieges in seine väterliche Heimat zurückgekehrt ist.

Collins machte Karriere, wurde 1956 zu einer geheimen Operation auf einen Luftwaffenstützpunkt bei Kaiserslautern versetzt. Er war dort dem buchstäblich über Leichen gehenden „Boss“ unterstellt, einem gewissen Roland Brigand.

Wagner weiß anfangs nicht, wie er Collins einschätzen soll. Im Verlauf der nächsten Tage begreift er jedoch, daß er offenbar zu dem Entschluß gekommen ist, sich fortan für echte Werte einzusetzen.

Vor Wagner öffnen sich immer neue Einblicke in das Seelenleben seines Vaters, als beide dem russischen Agenten Silnikow begegnen. Obwohl der eine gutgehende Ermittlungsagentur mit Filialen in Zürich, Dresden und anderswo betreibt und früher Resident in Deutschland war, steht er dem FSB, dem Föderalen Sicherheitsdienst Rußlands, auch jetzt nahe.

Georg Collins sucht während des äußerst dramatischen und wechselvollen Geschehens, das Kriegers Buch auf packende Weise schildert, die Nähe seines Sohnes, um sich vor Udo zu rechtfertigen, ihm sein Weltbild zu erklären. Das Bemü-

hen um diesen führt nur langsam zur Annäherung, denn Udo verteidigt seine Position und spürt dabei, daß sein Vater Realist genug ist, diese zu akzeptieren. Er versteht und billigt letztlich die Erkenntnisse Udos.

Der Streit zwischen Collins und seinem Sohn ist eine Art Zweikampf, der verbal ausgefochten wird, eine Auseinandersetzung, die im Verlauf des Romans eine wesentliche Rolle spielt, denn der Vater möchte, daß Udo die Erkenntnisse von der Zerbrechlichkeit der Welt und der Notwendigkeit eines humanistischen Wandels, die er selbst erst sehr spät gewonnen hat, aufnimmt und weiterführt. Er weiß nicht oder begreift erst jetzt, daß sein Sohn diese Haltung schon seit langem vertritt.

Weitere Konfliktsituationen werden bereitgehalten: In der Züricher Villa Silnikows erfährt Collins, daß sein ehemaliger Vorgesetzter, der dem amerikanischen Präsidenten nahesteht, mit mysteriösen Toten in Mecklenburg-Vorpommern zu tun hat. Durch eigene Fehler gerät er in die Hände von Brigand und ist schon dabei, mit dem Leben abzuschließen, als er durch Silnikow aus seiner scheinbar hoffnungslosen Lage befreit und im letzten Augenblick gerettet wird.

Gegen Ende des Buches sagt Collins zu seinem Sohn: „Du bist klüger als andere, weil du in der Lage bist, die Fehler der Vergangenheit und der Gegenwart zu analysieren und eine Zukunftsvision zu entwickeln.“

Die offensichtlichen Schwächen dieses Erstlings lassen wir hier außer Betracht. Die Kritik schweigt, wenn das Anliegen bedroht ist. Das aber ist die Wahrheit über die Konterrevolution. Viel Erfolg mit diesem ungewöhnlichen Buch, Raimund Krieger!

**Gerhard Schmidt**

*Raimund Krieger. Lineage. Amnesie vs. Vereinigungskriminalität, Kriminalfiktion. edition winterwork 2006, 12,80 EUR, ISBN 3-9810547-9-2, Bezugsadresse: edition winterwork, Südstr. 80, 04668 Grimma*

**„Na ja, Herr Präsident, scheitern wir, so ist es immerhin tröstlich zu wissen, daß es nicht das erste Mal gewesen ist.“**

**Aus: „Proletären“, Göteborg**



## Leserbriefe an RotFuchs



Die Tatsache, daß es eine Berliner Bezirksverordnetenversammlung gewagt hat, die Benennung einer Treptower Uferpromenade nach Ruth Werner mehrheitlich abzulehnen, beunruhigt mich als einstigen Spanienkämpfer und Überlebenden der Shoah zutiefst. Ruth Werner, die an der unsichtbaren Front gegen den Faschismus stand und dabei Großes leistete, hat sich auch als Schriftstellerin international einen Namen gemacht. Es muß alles getan werden, um die schändliche Entscheidung rückgängig zu machen.

**Fritz Teppich, Berlin**

Mit großem Interesse verfolge ich die Beiträge über einige Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR. Mit Engagement und Überzeugung bringen die Autoren ihre Verbundenheit mit der DDR und andererseits ihre Erkenntnisse und Einschätzungen über den Alltag in ihr zum Ausdruck. Das versetzt mich immer, zum großen Teil erfreut, erneut in die leider vergangenen Jahre zurück. Die Thesen vom Genossen Dr. Dr. Ernst Albrecht habe ich mehrfach gelesen, stimme ihnen nach meinen Erfahrungen im wesentlichen zu. Einige Einschätzungen kann ich jedoch nicht nachvollziehen und unwidersprochen gelten lassen.

Gen. Albrecht schreibt u. a.: „Eine solche Einstellung – Identifizierung mit dem Volkseigentum – entstand bei den Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Betriebe und Einrichtungen nicht.“ Dagegen verwehre ich mich. Ich habe mich stets wie viele meiner Mansfelder Kumpel mit unserem Staat identifiziert, damit auch mit dem Volkseigentum. Wenn die alten Genossen aus dem Mannsfeldchen, denen ich meine Ausbildung und politische Erziehung verdanke, das so lesen könnten, würden sie auf die Barrikaden gehen.

Daß sich die Einstellung zum Volkseigentum im Laufe der achtziger Jahre, vielleicht schon etwas früher, immer mehr verflachte, ist nicht allein den Arbeitern und Angestellten zuzuordnen. Eher war es eine Reaktion auf die politisch-ideologische und wirtschaftliche Führung durch unsere Partei in dieser Zeit. Übrigens gibt Genosse Albrecht in seinen Thesen mit Bemerkungen wie „gut entwickelt hatte sich ... die Demokratie in den Betrieben“ selbst eine differenzierte Antwort. Ich stimme ihm zu, wenn er feststellt, daß die sozialistische Demokratie weder inhaltlich noch in ihren Formen an der Elle der bürgerlichen Demokratie gemessen werden kann.

**Harry Müller, Görslsdorf**

Grundsätzlich begrüße ich die Vereinigung linker politischer Kräfte in der BRD. Ich weiß auch, daß dieser historische Schritt von allen Beteiligten Kompromisse fordert. Die Inhalte der vorliegenden Vereinigungsgrundsätze (Satzung und politische Eckpunkte) entsprechen aber leider nicht meiner politischen Weltanschauung und meinen bisherigen Lebensinhalten. Ich kann nicht einer Partei – auch wenn sie sich „Die Linke“ nennt – beitreten, die nicht die Entwicklung der DDR als einen legalen Versuch verteidigt, eine antiimperialistische, sozial gerechtere und friedliebende Gesellschaft in Deutschland aufzubauen; die nicht die DDR-Entwicklung zumindest in den Bereichen der Sozial-, der Bildungs-, der Kultur- und der Außenpolitik als erstrebenswerte Gesellschaftszustände herausstellt; die nicht der Verteufelung der Staatssicherheit als Maßstab für das „Unrechtssystem DDR“ und damit der Grundlage des Antikommunismus entschieden entgegentritt; die nicht den außerparlamentarischen Kampf als die wichtigste Voraussetzung für politische Veränderungen in der BRD-Gesellschaft sieht.

Damit neigert die neue Partei meine Lebensinhalte. Das verwehrt mir den Beitritt. Nach

59jähriger Mitgliedschaft in einer marxistischen Partei bin ich wieder parteilos. Nun muß ich mir eine neue politische Heimat suchen, die nicht so sozialdemokratisch verwässert ist und die meiner kommunistischen Weltanschauung besser entspricht. Nichtsdestotrotz werde ich in Zukunft alle Maßnahmen und Bemühungen der neuen Linkspartei unterstützen, welche diese unternimmt, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD grundsätzlich zu ändern.

**Bernhard Noack, Bautzen**

Den Zusammenbruch der DDR immer wieder mit den Wahlen vom März 1990 in Beziehung zu setzen, halte ich für falsch. Diese These kommt jenen westdeutschen Politikern entgegen, von denen behauptet wird, die DDR-Bürger seien „selbst schuld an der Misere, in der sie jetzt leben müssen“. Es soll davon abgelenkt werden, daß diese Wahlen unter Mißachtung des Völkerrechts und unter Bedingungen einer beispiellosen Massenmanipulation erfolgten.

Nach der Grenzöffnung strömten unzählige westdeutsche Politiker mit Kohl an der Spitze in die DDR und versprachen auf zig Wahlveranstaltungen das Blaue vom Himmel. Eigenartig war auch, daß diese Begrüßungsgeld für DDR-Bürger nach der Grenzöffnung schlagartig auf 100 DM erhöht wurde.

Bei Anglern nennt man so etwas anfüttern. Hunderttausende stürmten in die BRD, bestaunten das Warenangebot und glaubten, die Großzügigkeit des Bonner Staates würde ewig anhalten. Das Anfüttern war also erfolgreich.

In der Zwischenzeit hatte eine neue „Führung“ sämtliche Betriebsparteiorganisationen der SED aufgelöst. Gegen Funktionäre richtete sich eine beispiellose Hetze, die bis zu Morddrohungen ging und nicht wenige ehrliche Genossen in den Selbstmord trieb. Westliche „Wahlhelfer“ und deren Multiplikatoren bezeichneten Standhaftgebliebene als „Kommunistenschweine“ und „Betonköpfe“. Die Mehrheit der Bevölkerung nahm offenbar nicht an, daß die von ihr im März gewählten Abgeordneten die durch Volksabstimmung bestätigte DDR-Verfassung brechen und ihr Land der BRD ausliefern würden. Eine Chance für die DDR, bestehende Defizite selbst zu korrigieren, gab es nicht. Wenn man die Stimmenanteile der Parteien erwähnt, sollte man der Ehrlichkeit halber auch sagen, wie sie zustande gekommen sind.

**Helmut Baumgarten, Halle/Saale**

Der Beitrag des Genossen Wolfgang Clausner bringt es auf den Punkt: Christian Klar muß sofort raus aus dem Knast! Die führenden Genossinnen und Genossen der Linkspartei.PDS haben sich ohne Wenn und Aber für seine Freilassung einzusetzen. Eure Unterstützung dieser Forderung ist ein wichtiger Schritt zur Annäherung von Ost- und Westlinken. Das im Artikel eingefügte Marx/Engels-Zitat und die Aussage der Zeichnung von Heinz Herresbach sind ein Ausdruck der Solidarität mit den politischen Gefangenen in der BRD. Eva Haule und Birgit Hofegeld müssen ebenfalls freigelassen werden!

Solidarische Grüße aus Bonn. Der „RotFuchs“ wird auch hier als wichtiges Diskussionsforum der Linken zunehmend wahrgenommen. Die aktuelle Ausgabe liegt regelmäßig im Buchladen Le Sabot aus und erfreut sich großer Nachfrage.

**Jean Hausmann, Bonn**

Solche Beiträge wie der von Wolfgang Clausner in der Aprilnummer sind außerordentlich wichtig, weil sie heuchlerische Phrasen vom Recht auf Meinungsfreiheit entlarven. Seit Tausenden von Jahren gehört die ideologische Verwirrung des Volkes zu den wichtigsten Herrschaftsmethoden. Denn allein mit Gewalt und Hunger kann man auf Dauer das Regiment über die Mehrheit nicht aufrechterhalten. Marx, Engels und Lenin hatten mehrfach darauf hingewiesen, daß bürgerliche Rechtsillusionen auch in der Arbeiterklasse verbreitet sind und den Kampf erschweren. Heutzutage erleben wir solche Befangenheit bei nicht wenigen Funktionären der PDS.

In derselben RF-Ausgabe erinnert mein langjähriger Mitstreiter Fritz Welsch an die Bestrebungen Walter Ulbrichts, eine realistische, ökonomisch fundierte Politik zu betreiben. Er illustriert zugleich den begrenzten Spielraum einer marxistisch-leninistischen Partei wie der SED in den letzten Jahren des Bestehens der DDR, nachdem sich in der KPdSU zunehmend Revisionismus breit machen konnte, wobei am Ende Kapitulantentum und dann der Verrat Gorbatschows bestimmend wurden.

**Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin**

Vom 11. März bis 1. April reiste ich mit „Cuba Si“ Chemnitz auf die sozialistische Insel. Wir besuchten Havanna, Santiago de Cuba, Baracoa und Guantánamo. In der gleichnamigen Provinz besichtigten wir das Milchprojekt von „Cuba Si“ Chemnitz in Yateras. Bei einem Freundschaftstreffen mit den kubanischen Mitarbeitern haben wir symbolisch einen Solidaritätsscheck über 10000 Euro – Spendengelder von Kubafreunden aus Chemnitz und dem Chemnitzer Land – übergeben.

**Heinz Oehme, Chemnitz**

Mit großer Freude haben wir im jüngsten „RotFuchs“ den Beitrag von Heidi Urbahn de Jauregui gefunden. Wir kennen ihre Essays zu Peter Hacks, haben sie bei der Vorstellung ihres Buches mit den gesammelten Essays in Berlin kennengelernt und waren tief beeindruckt

**Heike Friauf/Thomas J. Richter, Berlin**

Als Autor des Artikels über die Leninschen Aprilthesen im RF Nr. 111 sehe ich mich veranlaßt, eine kritische Meinung zum ND-Beitrag von Helmut Bock „Zu früh zur Macht gegriffen?“ (Neues Deutschland, 7./8. 4.) zu äußern. (Siehe auch den Artikel von Walter Ruge in dieser Ausgabe, S. 2, d. Red.)

Bock, der zu DDR-Zeiten ganz andere Artikel geschrieben hat, zeichnet geradezu akribisch die Ereignisse zu Beginn der russischen Februarrevolution 1917 nach. Unannehmbar sind jedoch seine Schlußfolgerungen, daß die demokratischen Errungenschaften der Februarrevolution durch die Bolschewiki abgeschafft und ein diktatorisches Regime errichtet worden seien. Hat ein Historiker nicht davon auszugehen, daß sich die geschichtlichen Ereignisse nicht aussuchen lassen, aber Schlußfolgerungen aus dem objektiven Verlauf der Ereignisse zu ziehen sind?

Bock begriff nicht, daß die zur Macht gekommene russische Bourgeoisie außerstande war, die gesellschaftlichen Widersprüche aufzuheben. Sie wollte keinen Frieden und verschleppte die Bodenfrage. An der Lösung der nationalen Frage war sie uninteressiert.

Allein die von Lenins April-Thesen vorgezeichnete und dann errichtete Sowjetmacht verabschiedete die historischen Dekrete über den Frieden, über Grund und Boden sowie über die Rechte der Völker Rußlands.

Es steht außer Zweifel, daß sich unter den damaligen historischen Bedingungen allein die Bolschewiki zu Recht dafür entschieden haben, die Chance der Machteroberung zu nutzen und den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die Tatsache, daß manches dabei nicht glatt verlief, steht auf einem anderen Blatt. Dies hat u. a. auch etwas mit dem „demokratischen“ Imperialismus zu tun, der von Anfang an alles unternahm, die Sowjetmacht in der Wiege zu erwürgen, sie nicht hochkommen zu lassen. Einem linken Historiker müßten solche Dinge eigentlich klar sein.

**Dr. Rudolf Dix, Zeuthen**

Wie mag Rotarmisten zumute gewesen sein, die auf ihrem Weg von Ost nach West zahlreiche Konzentrationslager befreiten? Welche Sorte Mensch waren die Deutschen in deren Augen? Bestien mit kleinbürgerlichem Hintergrund, von liebevollen Familien umhätschelt? Unter dem Titel „Lust auf Geschichte“ war schon in der „HÖR ZU“, Heft 5/05, zu lesen, wie ein Herr Knopp im ZDF in „unterhaltsamer Form Geschichte aufbereitet“. Wörtlich: „Histo-

rytainment ist inzwischen ein eigenes Genre in der TV-Branche und ein sehr lukratives zum dem. Die Hitler-Reihe vom ZDF-History-Papst Guido Knopp wurde in 42 Länder verkauft. Das Fernsehen verbreitet jedoch eine den Bedürfnissen des Mediums angepaßte Version der Geschichte, es dramatisiert, personalisiert und vereinfacht. Die Geschichtswissenschaft, die korrigierend eingreifen könnte, hat sich völlig aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen.“ Hier könnte man fragen, welche Geschichtswissenschaft? Ansonsten bedarf das keines Kommentars. Oder doch? Weil in den „Dokumentationen“ – neuerdings nennt man das „Doku-Fiktionen“ – die Geschichte der Sowjetunion und der Volksdemokratien derart geklittert und verbogen wird, daß Bildröhren eigentlich aus Protest implodieren müßten.

**Manfred Hocke, Berlin**

Wir wissen, daß die Regierenden der Geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie sind. Nur selten erfährt man, wie dessen „Anleitung“ vonstatten geht. Die FAZ läßt anläßlich der Berufung von Gerhard Cromme, des Aufsichtsratsvorsitzenden von Thyssen-Krupp, auch zum Siemens-Aufsichtsratsvorsitzenden an einem Beispiel durchblicken, wie die Finanzkapitalmagnaten den „Ausschuß“ über Mitteleuropa managen: Einer von diesen, eben Cromme, war „..... vier Jahre lang der Deutsche Vorsitzende des European Round Table, eines Eliteclubs europäischer Konzernlenker mit nur wenigen Dutzend Mitgliedern. Diese völlig hinter den Kulissen arbeitende Vereinigung berät die Regierenden ...“ So war Cromme „... beim Frühstück mit Jacques Chirac, beim Lunch mit Tony Blair und bei Tapas mit José Maria Aznar, um über Fragen der europäischen Wirtschaft zu debattieren“.

**Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande**

In Berlin-Steglitz entbrannte monatelang der Streit um eine nach Heinrich von Treitschke benannte Straße. Der 1834 in Dresden geborene und 1896 in Berlin verstorbene Hofhistoriker der Hohenzollern war durch sein Hauptwerk „Deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts“, vor allem aber durch markige Sprüche wie „Männer machen Geschichte“ und „Die Juden sind unser Unglück“ bekanntgeworden. Dieser 1879 formulierte Satz wurde ein halbes Jahrhundert später die wohl zugkräftigste antisemitische Losung der Hitlerfaschisten. Sie „begründete“ die Politik der Judenausrottung.

Als Treitschke seine Sprüche formulierte, galt er keinesfalls als Außenseiter. Auch Kaiser Wilhelm II. war ein glühender Antisemit. Daß 1906 in Steglitz eine Straße nach Treitschke benannt wurde, entsprach dem „Zeitgeist“.

Der Widerstand gewisser Steglitzer Bürger und Kommunalpolitiker gegen eine Umbenennung der Treitschke-Straße hat „gute“ Gründe. Er kann als Zeichen des erneut anwachsenden Antisemitismus in Deutschland gewertet werden.

Der eigentliche Skandal besteht aber darin, daß der Historiker Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, der sich am 23. März im „Tagesspiegel“ für die Beibehaltung der Treitschke-Straße einsetzte, zugleich Leiter jener Kommission ist, die im Auftrag des Kultusministers der Frau Merkel für die „zweite Phase“ der Abrechnung mit der DDR-Geschichte verantwortlich ist. Dabei geht es um die Verteufelung des DDR-Alltags.

Das Ganze scheint nur ein Streit um einen Straßennamen zu sein. Doch in Wahrheit ist es ein politischer Kampf um Traditionen und Werte, die die Zukunft bestimmen. Soll Treitschkes Antisemitismus dazugehören?

**Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden**

Du hast sehr recht, lieber Genosse Helmuth Hellige, wenn Du im April-RF auf die Unterschiedlichkeit der Wege zu unserer Weltanschauung hinweist.

Bei mir war es nicht eine Backpfeife, sondern die ausgebliebene Antwort eines katholischen Pfarrers. Dem mörderischen Krieg heil entronnen, bereitete ich mich in Eberswalde auf den Lehrerberuf vor. Dabei stieß ich in der Zeitschrift „Die Neue Schule“ auf Artikel über die Abstammungslehre Darwins und Haeckels. Das war für mich als streng gläubig erzogenen Katholiken ein Schock. Er führte dazu, daß ich mich an den Dorfpfarrer mit der Frage wandte, was ich denn davon halten sollte. Er hat mir nie geantwortet, aber meinem Bruder geschrieben, ich solle viele gute Bücher lesen. Das tat ich. So landete ich logischerweise auch bei Marx und Engels.

**Josef Grohmann, Klitten**

1946 war ich zunächst Neulehrer, dann ab 1949 Lehrer für Geschichte, Philosophie und Politik an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) der Uni Halle. Anschließend habe ich auf verschiedenen Gebieten Verantwortung getragen, zuletzt als Direktor der Industriezweigakademie Kohle/Energie in Möllendorfer bei Grünheide. Inzwischen bin ich 85. Unsere Tribüne bitte ich darzulegen, wie wir altgewordenen Genossen etwas dazu beitragen können, unsere Weltanschauung an jüngere Generationen weiterzugeben. In der DDR besaßen alle Kinder die gleiche Chance, ihre geistigen Fähigkeiten voll zu entfalten. Unsere Erwartungen erfüllten sich in vielerlei Hinsicht. Jede und jeder waren dazu in der Lage, sich ein neues Weltbild anzueignen. Doch 40 Jahre reichen nicht aus, um das Denken von Millionen Menschen wirklich tiefgründig zu verändern.

Jetzt sind andere Kräfte am Werk. So sucht z. B. die heilige Mafia des Papstes, das berüchtigte Opus Dei, hierzulande Spezialschulen nur für Jungen einzurichten. Bei uns in Brandenburg gibt es bereits eine Reihe Gymnasien unter katholischer Führung. Welche Weltanschauung dort vermittelt wird, ist bekannt.

**Siegfried Kellner, Kagel**

Besonders berührt hat mich in Heft 105, das ich unlängst wieder einmal zur Hand nahm, der Leserbrief des Genossen Horst Klupsch mit seinem Kurzbericht über den 17. Juni 1953 in Niesky. Ich bin dort aufgewachsen. Dieser Tag ist mir noch sehr gegenwärtig. Deshalb möchte ich die Schilderung um eine Nuance ergänzen. Waggonbau und Stahlbau waren Betriebe mit Tausenden Beschäftigten. Als Arbeiter auf die Straße gingen, erregte das natürlich Aufsehen. Lautstark und in ganzer Fahrbahnbreite hatten sie sich auf den Weg zu einer ersten Randalie vor und in der SED-Kreisleitung gemacht. Arbeiter waren es, das konnte man sehen, aber nicht ganze Schichten, geschweige denn komplette Belegschaften. (Damals gab es übrigens noch zahlreiche in Arbeiter verwandelte Nazifunktionäre und Beamte, die gegen ihren Willen in die Produktion geschickt worden waren.)

Die volle Straßenbreite imponierte zunächst, aber schnell war erkennbar, daß es dem Marschblock an Tiefe fehlte. Am Ende kamen etliche mit Fahrrädern, die nach Hause wollten. Jubel am Straßenrand gab es auch nicht. Das Gewaltpotential der Randalierer war allerdings groß. Es richtete sich vor allem gegen die Kreisdienststelle des MfS. Die Horde wurde dann zwar kleiner, blieb aber weiterhin gefährlich. Zulauf aus der übrigen Bevölkerung in einem Maße, wie es sich für einen „Volksaufstand“ gehört hätte, fehlte ihr allerdings.

Der 17. Juni 1953 war eine schlimme Erfahrung. Wir sollten indes das Ausmaß der konterrevolutionären Unruhen jener Tage weder unterschätzen noch überbewerten.

**Wolfgang Mäder, Neubrandenburg**

Kürzlich erhielt ich zu meiner Überraschung die Autobiographie „Im Paradies der Erinnerungen“ von Manfred Liebscher. Ich habe dieses Buch mit großem Interesse gelesen. Es ist unterhaltsam geschrieben und von der ersten bis zur letzten Seite spannend. Der Autor erzählt darin seinen Lebensweg in der DDR, dem Land,

das ihm – wie auch vielen anderen einfachen Menschen – zur Heimat geworden war. Mir erschien es beinahe ebenso beeindruckend zu lesen wie Hermann Kants „Aula“, jenen unvergänglichen Roman über die Träume, Kämpfe und Widersprüche der Gründergenerationen der DDR. Angeregt durch das monumentale Wandbild des Dresdner Fürstenzuges, begibt sich der Autor auf Spurensuche in die eigene Vergangenheit, ergründet, was ihn prägte und zur Persönlichkeit reifen ließ.

Geboren 1930, aufgewachsen während der Zeit des Hitlerfaschismus in einem kleinen Erzgebirgsdorf bei fremden und kaltherzigen Pflegeeltern, die ihm alles andere als eine heitere Kindheit bescherten, kam er zu einem Sattler in die Lehre, wurde Bergmann bei der Wismut, Volkspolizist und schließlich Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Er half, viele der untergetauchten Nazikriegsverbrecher dingfest zu machen und einer gerechten Strafe zuzuführen. Ein bemerkenswerter, für DDR-Verhältnisse beinahe „gewöhnlicher“ Lebenslauf eines außergewöhnlichen Menschen und zugleich ein Plädoyer für Humor, für Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit im Leben. Wer heute die historischen Zusammenhänge und die Beweggründe so vieler ehrlicher und engagierter Menschen dieses verschwundenen Landes begreifen möchte, um den Lauf der Geschichte besser zu verstehen, wer ehrlichen Herzens interessiert ist an einer gerechten Beurteilung der Lebensleistungen großartiger Bürger hierzulande, der sollte dieses Buch nicht versäumen. Seine Enkel können stolz auf ihn sein.

**Gerrit Junghans, Pößneck**

Der Noch-Innenminister von Brandenburg und Ex-Innensenator von Berlin, Schönbohm, erklärte am 28. April sinngemäß, ehemalige Offiziere des MfS der DDR sollten endlich ihr Wissen offenlegen, welches sie über Attentate und Attentäter der RAF hätten.

Der Ex-Panzergeneral ist in Brandenburg (wie zuvor in Berlin) Vorgesetzter der Landesbehörde des Inlandsgeheimdienstes. Er ist somit für Spionage- und Terrorabwehr zuständig. Über Frau Birtler hat er direkten Zugriff auf die Akten des MfS der DDR. Dort sollte er nachschauen. Oder sind die Unterlagen in dieser Sache klammheimlich verschwunden? Ich glaube kaum, daß MfS-Mitarbeiter, die damals mit der diskreten Einbürgerung der RAF-Aussteiger zu tun hatten, Wesentliches haben erfahren können. Hinzu kommt, daß einige der Anschläge vermutlich unter falscher Flagge von „Stay behind“-Kräften des BND und des Verfassungsschutzes durchgeführt wurden (Herrhausen, Beschießung der US-Botschaft in Bad Godesberg, Mord an Detlef Rohwedder u. a.). V-Leute dürften hier falsche Spuren gelegt haben.

Herr Schönbohm sollte auch daran denken, daß einer seiner Vorgänger in Berlin maßgeblichen Anteil bei der Durchsetzung linksradikaler Bewegungen mit V-Leuten hatte. Dort und in seiner Behörde müßte genügend „Täterwissen“ vorhanden sein.

Leute wie Schönbohm fahren alle Geschütze auf, wenn es gegen Linke, Pseudolinke und Autonome geht. Damit wollen sie ihre „Glaubwürdigkeit“ beweisen.

**Gerd Brunecker, Berlin**

Nun scheint sich das revolutionäre Zentrum der westlichen Welt nach Lateinamerika zu verlagern. Den RF-Leitartikel „Castros Saat geht auf“ habe ich mit großem Interesse gelesen. Mit Begeisterung und Sorge. Denn auch die Unwägbarkeiten der Situation für diese Länder des amerikanischen Doppelkontinents werden ja nicht ausgespart. Gut, daß der Autor darauf hingewiesen und daran erinnert hat, wie die USA in den zurückliegenden Jahrzehnten über ihre CIA-Agenten reaktionären Kräften in der lateinamerikanischen Region zur Errichtung von Diktaturen verhalfen. Nach dem Ersten Weltkrieg war es in Europa ja ähnlich. Das Kapital fi-

nanzierte faschistische Mordbuben zum Schutz seiner Interessen. Damals gelang es in Italien, Deutschland und Spanien, die schwachen bürgerlichen Demokratien niederzuwalzen und den sozialen Fortschritt abzuwürgen. Das Rezept ist noch immer das gleiche. Der Appetit des mafiosen Kapitalismus auf die Ressourcen anderer Länder ist so groß, daß er vor keiner Schurkerei zurückschreckt.

**Horst Geßler, Randowtal**

Einige Bemerkungen zum ausgezeichneten Artikel Dr. Bernhard Majorows „Taufziehen um Kasachstan“. Seine Analyse der US-Strategie in Zentralasien teile ich völlig. Ich möchte noch hinzufügen, daß Präsident Nursultan Nasarbajew wohl fester im Sattel sitzt als die Chefs anderer früherer Sowjetrepubliken Mittelasiens, ist er doch zugleich das Oberhaupt des größten von drei kasachischen Stämmen, die gemeinsam das heutige „Volk“ ausmachen. Er besitzt die Achtung seiner Landsleute, da er sich auf die Staatsgeschäfte versteht und eine geschickte Entwicklungs- und Investitionspolitik verfolgt.

Leider gibt es zunehmende Spannungen zwischen den Kasachen und den zahlreichen Russen, Ukrainern und Belorussen, die zu Sowjetzeiten als Spezialisten nach Kasachstan gingen und dort Wurzeln schlugen. Heute ist die russische Sprache bei vielen leider verpönt. Da noch keine genügende Auswahl an Lehrbüchern auf kasachisch vorliegt, wird englisch besonders gefördert. Diverse westliche Staaten, vor allem die USA, stellen für junge Kasachen attraktive Stipendien zum Studium an ihren Universitäten bereit. Dort werden sie im bürgerlichen Sinne politisch und fachlich geschult. Im Ergebnis ihres mehrjährigen Auslandsaufenthalts erscheint ihnen Kasachstan dann „reformbedürftig“. Damit tun sie den ersten Schritt in eine Zukunft, die ihnen persönlich Geld und hohe Posten verspricht, ihr Land jedoch zum willfährigen Erdöl- und Gaslieferanten imperialistischer Mächte erniedrigen soll.

**Dr. Vera Butler, Melbourne**

Mit großem Interesse las ich den Artikel von Ernst Heinz im April „RotFuchs“. Auch „meine“ Schule war der Prenzlauer Berg, wo ich geboren wurde und heute noch lebe. Hier arbeitete mein Vater bis zu seiner Verhaftung durch die Nazis für die KPD. Nachdem er zehn Jahre Konzentrationslager überstanden hatte, war er wieder im Prenzlauer Berg ansässig und in vielen ehrenamtlichen Funktionen tätig.

Im PB besuchte ich die 10klassige allgemeinbildende Oberschule und arbeitete nach meinem Pädagogikstudium als Pionierleiterin an der Dr.-Theodor-Neubauer-Oberschule, wo ich solche hervorragenden Menschen wie die im o. g. Artikel erwähnte Uschi J., die Direktorin der Schule Ingrid D. (sie war Verdiente Lehrerin des Volkes) und auch Ernst Heinz kennenlernte. Sie alle und in erster Linie natürlich mein Elternhaus haben mich fürs Leben geprägt, mir beigebracht und geholfen, einen festen Klassenstandpunkt zu vertreten.

**Monika Kauf, Berlin**

Leipzig ist jene Stadt im Osten, deren tonangebende Kreise Marx derzeit wohl am stärksten bekämpfen. Sie ziehen an überheblichsten und hämischsten über den großen Denker her. Unlängst hat der Stadtrat mit den Stimmen der SPD beschlossen, daß das von der Leipziger Universität entfernte Marx-Relief nicht an einem entsprechenden anderen Ort wiederaufgestellt werden soll. Doch ich erlebte auch andere SPD-Mitglieder. In Erinnerung ist mir die Diskussion einer Gruppe Leipziger und Chemnitzer Fachleute mit dem sozialdemokratischen Spitzenfunktionär Rudolf Judith aus Duisburg. Er kam von der IG Metall und wurde zu uns geschickt. In Leipzig und Dessau hielt er Vorträge, setzte sich für den Erhalt von Wertbetrieben ein, denen „Heuschrecken“ drohten. Dabei vertrat der inzwischen Verstorbene die Position, daß angesichts des Wolfsgesetzes und der Jagd

nach Maximalprofiten die Marxsche Kapitalismusanalyse unverändert gültig sei.

Die Begegnung mit einem Mann vom Format Judiths bleibt mir in bester Erinnerung, so daß ich über die kleinen, aufgeblasenen Gestalten hiesiger „Marx-Stürmer“ eigentlich nur lachen kann.

**Joachim Spitzner, Leipzig**

Der jüngste Siemens-Skandal – die millionenschwere Bestechung der Bosse einer „arbeitgeberfreundlichen“ Scheingewerkschaft aus Konzernkassen – war schon wieder unter den Teppich gekehrt, als die Schmiergeldaffäre durch den Rauswurf des Aufsichtsratsvorsitzenden von Pierer neue Brisanz erhielt. Unter dem Druck der im Aufsichtsrat vertretenen Großaktionäre wurde er an die frische Luft gesetzt.

Doch das ist nicht alles. Herr von Pierer sitzt nämlich nach wie vor in regierungsnahen Ämtern. Die Bundeskanzlerin kann auf ihn als Vorsitzenden ihres Innovationsrates nicht verzichten. Sie lächelt sich mit banalen Erklärungen über die Affäre hinweg.

**Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Daß unsere SED (nach bewährtem Muster und mit eigenem Eifer noch multipliziert) übermäßig aufgebläht war, ist inzwischen unbestritten. Aufschlußreich sind hierzu einige Zahlen. Vor der Rückwende hatten wir bei rund 10 Millionen Erwachsenen ca. 2,3 Millionen „Genossen“. In Berlin erbrachte der Dokumentenumtausch im Jahre 1989 immerhin noch 188 573 Eingeschriebene. Im Februar 2007 vermeldete die Berliner PDS ganze 9200 Mitglieder, was natürlich auch an ihr selbst liegt.

Doch rekapitulieren wir: Von den Mitgliedern und Kandidaten der SED war die Mehrzahl nur mit der Partei verbunden, weil sie ihnen persönliche Vorteile bescherte. Oder irre ich mich? Eine der wichtigsten Maximen, an die man sich damals wie heute gehalten hat, ist die Annahme, die jeweilige Leitung habe immer recht. Ich möchte behaupten, daß die PDS-Basis nach wie vor ganz überwiegend aus früheren SED-Mitgliedern besteht, die im Schnitt zwischen 60 und 80 Jahre alt sind. Aufgrund der ererbten Führungshörigkeit kann sich die Leitung darauf verlassen, daß ein massenhaftes Aufmucken auch bei größter Verdrossenheit innerhalb der Partei eher unwahrscheinlich ist. Bei den Wählern sieht es da ganz anders aus, wie die massive Stimmhaltung zuungunsten der PDS gezeigt hat. Aber das juckt die Leitung in keiner Weise.

**Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin**

Dr. Erhard Kegel schrieb seinerzeit zum „Airbus mit lahmen Flügeln“ viel interessantes. In seinem Beitrag wurden die Rollen des Managerwesens und der USA-Konzerne aber nur beiläufig erwähnt. Ich möchte deshalb auf zweierlei hinweisen: Die sogenannte Globalisierung ist auch dadurch gekennzeichnet, daß Manager ohne nationale Beschränkungen quer durch die Unternehmen ihre Posten vertauschen und kontinenteübergreifend agieren. Das führt dazu, daß diese geldgesteuerten Kreaturen komplette Betriebe, Standorte oder auch Marken zerstören und in den Ruin treiben, um mit deren Kunden, Namen und Patenten (Know-how) einem anderen Herrn für höhere Prämien dienstbar zu sein. Warum sollte es im Falle EADS-Airbus eigentlich anders gelaufen sein?

Im Beitrag werden zwei USA-Rüstungsgiganten genannt: Boeing ist die führende Kraft gerade in dem Segment, das Airbus erobern möchte. Wer mag da glauben, daß sich dieser Konzern von Europäern das Geschäft vermessen läßt? Da hilft man doch sicher gern mit einigen treuen Managern aus, die auf höchster Ebene den Konkurrenten desorganisieren und bei ihm Chaos verbreiten. Der Super-Rüstungskonzern Lockheed-Martin ist ebenfalls Konkurrent für EADS. Auch von dort kommen Leute, die Unheil im Schilde führen.

Früher sprach man von Industriespionage und Sabotage. Heute ist die Rede von „Mitbewer-

bern“, und die verursachten Schäden nennt man „Software-Probleme“.

Die nahezu sanftmütige Art und Weise des Umgangs der Bundesregierung mit der Airbus-Problematik läßt nur den Schluß zu, daß die USA ihr eigenes Süppchen kochen und die Pannen bei EADS nicht ohne ihre Regie entstanden sind.

**Richard Georg Richter, Cloppenburg**

Im Juli 1942 waren Hitlers Soldaten schon einmal bis auf 2000 km an die Grenzen Afghanistans herangekommen und blickten vom Elbrus siegessicher in Richtung Osten. Nur wenige kamen heil zurück.

Am 9. März 2007 gaben 405 „Volksvertreter“ im Bundestag grünes Licht für ein erweitertes Kriegsendagement der BRD-Armee in Afghanistan. Das Geschehen spielt sich mehr als 4000 km von den deutschen Landesgrenzen entfernt ab.

**Heinz Born, Rostock**

Als Mitglied des RF-Fördervereins sehe ich jeder neuen Ausgabe unserer Zeitschrift mit großer Spannung entgegen. Der RF ist für mich eine wesentliche Grundlage zur theoretischen und praktisch-politischen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, zur Analyse von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Seine Beiträge dienen der Bildung und Weiterbildung. Das gilt auch für die Veranstaltungen unserer Regionalgruppe Güstrow. Kompetente Referenten üben dabei eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Am 27. April war z. B. Sahara Wagenknecht unser Gast. Sie sprach über das Thema: „Wie links ist die künftige Partei ‚Die Linke‘?“ Souverän beurteilte sie die politische, ökonomische und soziale Situation. In der lebhaften Diskussion wurde darauf verwiesen, daß der außerparlamentarische Kampf keineswegs im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Er ist die wichtigste Waffe der Massen.

**Walter Krüger, Dudinghausen**

Verbale Attacken gegen die Vertreter der „reinen Lehre“ oder gegen „dogmatische und orthodoxe Marxisten“ sind wenig hilfreich. Daß „die Revolution nicht von einer selbsternannten Avantgarde“ angeordnet werden kann, wie Gregor Gysi fordert, bleibt unbestritten. Kein ernstzunehmender linker Politiker behauptet das. Revolutionen lassen sich genauso wenig anordnen, wie man den Sozialismus mir nichts dir nichts „einführen“ kann. Das setzt entsprechende subjektive Bedingungen voraus, von denen europaweit derzeit keine Rede sein kann, obwohl die objektiven Voraussetzungen eigentlich längst herangereift sind. Das weiß jeder Teilnehmer eines Grundkurses in Marxismus-Leninismus.

Niemand kommt an der Tatsache vorbei, daß ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus, wie immer er heißen mag, modern oder demokratisch, eine Illusion bleibt. War der „demokratische Sozialismus“ nicht jahrzehntelang programmatischer Anspruch, Bewegung und Ziel der deutschen Sozialdemokratie, die schließlich, wie wir alle erfahren müssen, im Sumpf des Kapitalismus landete? „Eine Überwindung dieser kapitalistischen Verhältnisse muß in einer Demokratie enden“, sagte Gysi in Marburg. Ob das auf einem „demokratischen (friedlichen und gewaltfreien) Weg“ erfolgt, hängt doch wohl eher von den Besitzern der großen Banken und Konzerne ab. Außerdem muß auch die Frage erlaubt sein, welche Demokratie Gysi eigentlich meint. Versteht er darunter lediglich die Überwindung der Auswüchse des kapitalistischen Systems? Wenn ja, dann hieße das: Nach erfolgreichen Kämpfen der Sozialisten und ihrer Verbündeten ändert sich nichts am Wesen der Staats- und Herrschaftsform. Sozialismus aber setzt logischerweise, wie von Marx und Engels wissenschaftlich begründet, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln voraus. Hier scheiden sich die Geister. **Waldemar Arndt, Vellahn**



Unschuldengel über Afghanistan

Grafik: Klaus Parche

Am **5. Juni** um **16 Uhr** spricht Botschafter a. D. **Rolf Berthold**, Vorsitzender des RF-Fördervereins, in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Bitterfeld, An der Sorge 2, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Bitterfeld/Wolfen**.

Sein Thema lautet:

**China heute – die politische und wirtschaftliche Lage in der Volksrepublik**

## Das grüne und andere Ungeheuer

**Rudi Kurz**, Regisseur und Drehbuchautor vieler politischer Abenteuerfilme und Serien, liest aus seinen Erinnerungen.

Veranstalter ist die **RF-Regionalgruppe Berlin**

Eingeladen wird für den **8. Juni, 16.30 Uhr**, in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203–205.

**Prof. Dr. Götz Dieckmann**, stellv. Vorsitzender des RF-Fördervereins, spricht am **16. Juni** um **10 Uhr** im HKB, 7. Etage, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Neubrandenburg**

Sein Thema lautet:

**Das Gesicht des gegenwärtigen Faschismus**

Alle Interessenten sind herzlich willkommen.

## I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnack  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Dr. Dieter Hillebrenner  
Manfred Hocke  
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn  
Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Rudi Kurz  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Fred Mätho  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Walter Ruge  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Dr. Gerhard Steinmüller  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer

### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger  
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe**  
(für Sehbehinderte):  
Sylvia Feldbinder

### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/6545634  
arminneumann@ewt-net.de  
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,  
Bruni Büdler, Hans Ludwig,  
Harry Schreyer, Peter Barth  
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,  
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74